

**FORSCHUNGS-
BERICHT**



JENA VOR DEM NSU – RECHTSEXTREMISMUS BIS 1990 IN JENA UND OSTTHÜRINGEN

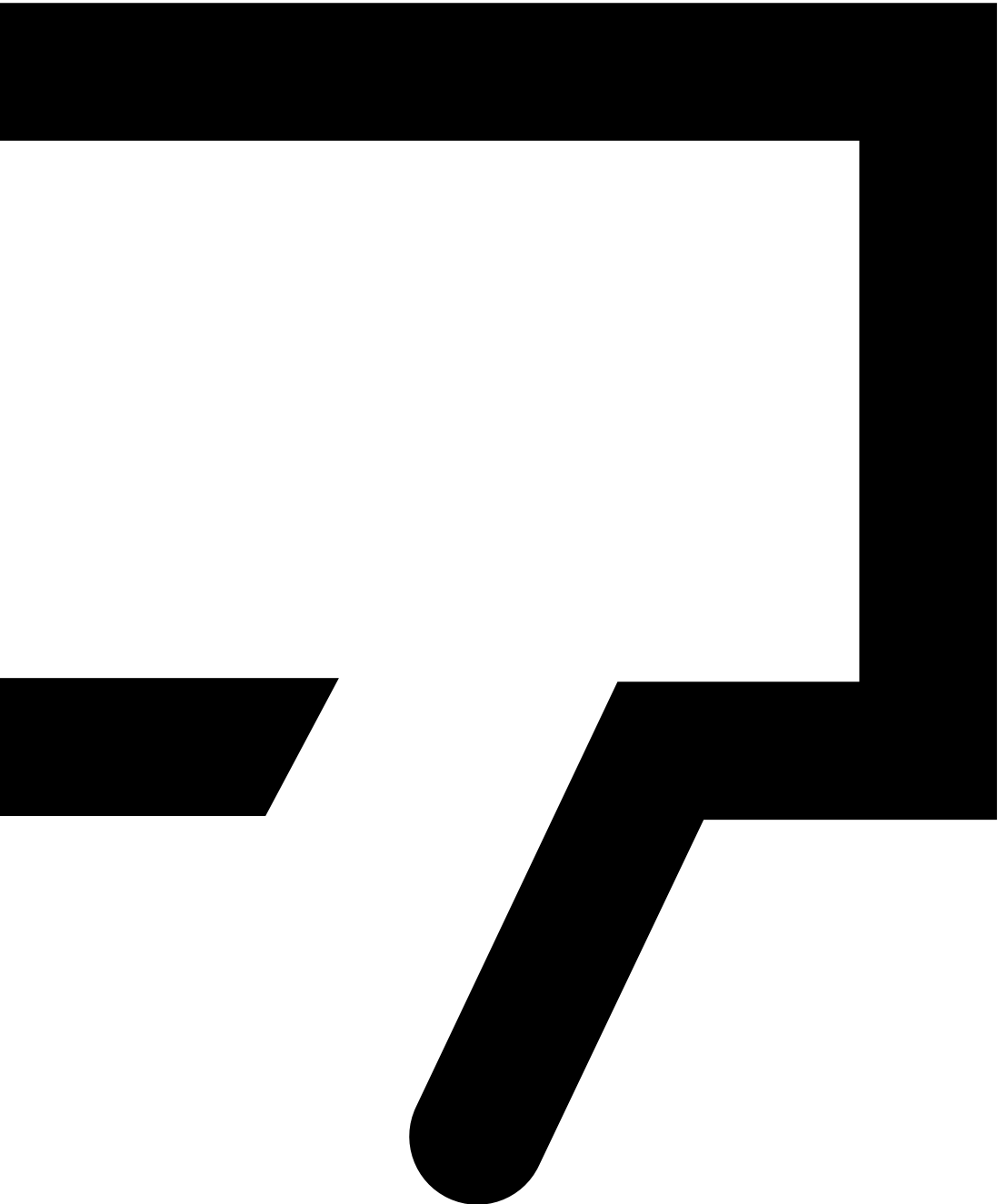


In Trägerschaft der

INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
UND ZIVILGESELLSCHAFT

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
THÜRINGEN**



Autor: Michael Ebenau
März 2023



**JENA VOR DEM NSU –
RECHTSEXTREMISMUS BIS 1990
IN JENA UND OSTTHÜRINGEN**

VORWORT	4
VORBEMERKUNGEN	6
ZUR METHODE	7
ENTWICKLUNGSETAPPEN	7
DIE REGION	9
RÜCKBLICK: NATIONALSOZIALISMUS IN OSTTHÜRINGEN	11
GRÜNDUNGSJAHRE	11
FRÜHE KOALITIONEN	12
NATIONALSOZIALISMUS AN DER MACHT	13
ENTNAZIFIZIERUNG ODER RE-INTEGRATION?	16
THÜRINGEN	17
DIE INTEGRATION „EHMALIGER“	19
JENAER MEDIZINER*INNEN	22
EHMALIGE NATIONALSOZIALIST*INNEN IN NEUEN PARTEIEN	22
DIE 1950ER-JAHRE	24
PARTEIAUSSCHLÜSSE EHMALIGER NATIONALSOZIALIST*INNEN	24
HAKENKREUZE IN DER ÖFFENTLICHKEIT	27
HAKENKREUZE UND RECHTSEXTREME ORGANISIERUNG IN DEN 1960ERN	29
ANTISEMITISMUS 1960	30
DIE „GRUPPE COSPEDA“	32
RUDOLSTADT, ZEULENRODA UND ANDERSWO: RECHTE ORGANISIERUNGSVERSUCHE	41
DIE VORGÄNGER*INNEN DER SKINHEADS IN DEN 1970ER-JAHREN	44
HEIME UND WERKHÖFE ALS RÄUME FÜR EXTREM RECHTE SOZIALISATION	44
„PUSCHKINPARKGRUPPE“ IN SAALFELD	46
BAD BLANKENBURG – CROSSEN – NEUSTADT/ORLA	48
WEHRSPORT IM RAUM JENA	49
ZWISCHENFAZIT	52
RASSISMUS	53
FUßBALLFANS	55

DIE 1980ER-JAHRE: QUELLEN DES NSU	57
NEONAZIS IN DER BUNDESREPUBLIK ALS VORBILDER	57
DIE ENTWICKLUNG IN DER DDR	58
STABILE GRUPPEN IN OSTTHÜRINGEN AB MITTE DER 1980ER-JAHRE	61
NEONAZISMUS IN WEHRAUSBILDUNGLAGERN JENA UND GERA	63
JUNGE GEMEINDE JENA: SKINHEAD-GEWALT GEGEN PUNKER*INNEN 1987	64
REGELMÄßIGE BERICHTERSTATTUNG DER STAATSSICHERHEIT	65
MÄRZ 1988: „TERRITORIALE SCHWERPUNKTE IN DEN KREISEN GERA, JENA UND STADTRODA“	66
GERA: OPK „CONTRA“	68
JENA: CODEWORT „GLATZE“	69
DIE RECHTSEXTREME SZENE IN GERA	71
JENA IM FRÜHJAHR 1989	75
AUGUST 1989: ÜBERFALL AUF EIN JENAER WOHNHEIM	78
RUDOLSTADT – SAALFELD – KÖNIGSEE 1989	80
HERBST 1989	82
DAS JAHR 1990	85
AUGUST 1990 – TATORT JENA-WINZERLA	86
BOMBENDROHUNGEN	88
KAMPF UM DIE HÄUSER	89
NPD, REPUBLIKANER UND ANDERE	91
RESÜMEE	93
ENTWICKLUNGSLINIEN	93
ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT	95
EINE KURZE CHRONIK	97
LITERATURVERZEICHNIS	103
LITERATUR	103
ARCHIVBESTÄNDE	105

INHALT

Vorwort

Wie braun es in der DDR zugeht und wie sich der Umgang mit dem Nationalsozialismus noch heute auf die politische Kultur auswirkt, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Zugenommen hat zuletzt die öffentliche Auseinandersetzung mit den „Baseballschlägerjahren“, also des Alltags rassistischer und extrem rechter Gewalt in Verbindung mit der Ignoranz weiter Teile der Behörden, Politik und Gesellschaft in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland. Der Weg der Normalisierung rechtsextremer Ideologien/Strukturen führte u. a. über Rostock Lichtenhagen, DVU, NPD, den NSU und durch die Verfassungsschutzbehörden bis zur AfD. Doch über den Rechtsextremismus zwischen 1945–1990 in der DDR und speziell in Thüringen mangelt es an fundierten Beschreibungen und Analysen. Die vorliegende Studie zum (neo-)nazistischen Rechtsextremismus in Jena und Ostthüringen füllt diese Lücke.

Minutiös, quellenreich und differenziert rekonstruiert Michael Ebenau, wie Alt- und Neonazis nach 1945 die faschistischen Ideologien und Symbole des Nationalsozialismus am Leben erhielten. Die regionalhistorische Quellenstudie zeichnet durch viele historische Kontextualisierungen ein eindrückliches Bild über die Kontinuitäten neonationalsozialistischer Strukturen nach der Befreiung Europas vom NS-Regime. Die Studie zeigt, dass das Ausmaß personeller Kontinuitäten bekannter Altnazis in Machtpositionen in der alten Bundesrepublik die Systemintegration in der DDR deutlich übertroffen hat. Dennoch: „Ein wirksames Mittel zur Überwindung alter NS-Ideologien aber fand die DDR zu keiner Zeit.“ Die Quellen offenbaren Entwicklungslinien sowie den Umgang der DDR-Behörden auf den meist proletarisch geprägten und oft provokativ in Erscheinung tretenden Neonazismus. Anhand der Provokationen fand nach 1945 das Fortleben neonazistischer Umtriebe Eingang in zahlreiche Dokumente, die der Studie als Quellen zugrunde liegen. Weniger dokumentiert ist, wie normalisiert rechtsextreme und neonationalistische Ideologiefragmente über die amtlich erfassten Randgruppen hinaus war. Deutlich wird in der Studie: In der Mehrheitsgesellschaft der DDR-Bevölkerung hat eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den Familien nicht stattgefunden. Die Abspaltung zwischen der privaten Lebenswirklichkeit und der durch das autoritäre SED-Regime konstruierten offiziellen Realität zeigt sich auch im Umgang mit der eigenen (NS-)Geschichte.

Fehlende Aufarbeitung, Verdrängung und die Gefahr der Wiederholung des Nationalsozialismus kritisierte ab den 1960er-Jahren auch die Revolte der Studierenden in der Bundesrepublik. Emanzipatorische Impulse zur Selbstbefreiung, wie sie im feministischen Slogan „Das Private ist politisch“ zum Ausdruck kamen, konnten in der DDR kaum eine Basis finden, weil das Private in der DDR für viele zuvorderst ein Schutzraum vor den Übergriffen des Staates bedeutete. Dass sich, wie Michael Ebenau beobachtet, bis kurz vor dem Ende der DDR schlichtweg keinerlei Hinweise auf das Vorhandensein einer Zivilgesellschaft finden lassen, die sich gegen das Entstehen und Auftreten der neuen Rechtsextremen zur Wehr setzte, entspricht dem Charakter des SED-Regimes und der öffentlich-gleichgeschalteten Rolle, in die es seine Bevölkerung versetzte. Die neulinken Bewegungen der 1968er in der westlichen Welt erreichten zwar weder die Entnazifizierung staatlicher Institutionen oder eine flächendeckende Aufarbeitung der NS-Geschichte in den Familien in der BRD, aber sie

begründeten eine neue Kultur kritischer und widerständiger Prozesse sowie zivilgesellschaftlicher Beteiligungs- und Transformationspotenziale. Für das Lernen aus der NS-Barbarei, worunter etwa die Frankfurter Schule um Theodor W. Adorno und Max Horkheimer neben der radikalen Kritik an ökonomischen Wurzeln des Faschismus auch einen intellektuellen, theoretischen und reflexiven Prozess zur Mündigkeit des Einzelnen verstanden, gab es in der DDR kaum geduldete öffentliche Räume.

Noch heute tun sich in Thüringen auch demokratische und insbesondere konservative Politiker*innen damit schwer, staatliche Maßnahmen und Programme zu unterstützen, die die Entwicklung einer informierten und kritischen Zivilgesellschaft sowie der Stärkung von Resilienz gegen faschistoide und menschenfeindliche Tendenzen unterstützen. Über Jahrzehnte haben Politiker*innen – insbesondere der langjährig regierenden CDU – den Rechtsextremismus auch nach 1990 gewähren lassen und begünstigt. In Thüringen entstand der NSU, der bundesweit rassistische Morde verübte, ohne dass die Zuständigen den rechten Terror erkannten. Rechtsextreme Netzwerke bereiten den Umsturz vor und noch heute wird die Existenz von Rassismus in Gesellschaft und Behörden verleugnet und verdrängt – in allen Teilen des Landes. Rechtsextreme nutzen tief eingebrannte Erfahrungen und Narrative der DDR-Zeit, um die liberale Demokratie der Bundesrepublik als „Diktatur“ zu denunzieren und mit der DDR gleichzusetzen. Kritische Reflexionen des Politischen im Privaten, z. B. antisemitische, rassistische und sexistische Prägungen in Sozialisationsprozessen, das Hinterfragen von Privilegien und des Status quo in der Klimakrise – werden als Indoktrination oder geheimer Plan feindlich gesinnter Mächte dargestellt. Die rechtsextreme AfD stellt sich nicht nur in Thüringen an die Spitze der geschichtsverdrehenden Vereinnahmung der DDR-Opposition und nutzt mitunter die gleichen Rhetoriken und Ressentiments wie das SED-Regime, etwa indem politische Erscheinungen, die dem ideologischen Weltbild widersprechen, als bezahlte Konspiration feindlicher Mächte dargestellt oder wenn Amerika und ‚der Westen‘ als Bedrohung konstruiert werden.

Inwieweit die Ursachen dafür, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland heute besonders aggressiv auftritt und gleichzeitig besonders viel Zuspruch aus der Bevölkerung erfährt, vor allem in der DDR-Vergangenheit oder in den Folgen der Transformationsschocks zu suchen sind, bleibt umstritten. Die vorliegende Studie liefert für die Debatte durch detaillierte Darstellungen und Einblicke anhand zahlreicher Quellen historisches Material für Bildung, Diskurs und Forschung. Deutlich wird: Um extrem rechte Gruppen und Netzwerke zurückzudrängen, ist konsequentes und problembewusstes Handeln zuständiger Institutionen notwendig. Politik und Institutionen stehen in der Verantwortung, nicht nur die rechten Gewalt- und Umsturzgruppen zu entwaffnen, sondern auch selbstkritisch in den eigenen Reihen aus der Vergangenheit zu lernen und demokratische Räume des Engagements antifaschistischer, kritischer und demokratischer Öffentlichkeiten zu schützen und zu stärken. Eine kritische Zivilgesellschaft ist und bleibt das wichtigste Mittel gegen die extreme Rechte, gegen das Verharmlosen und Verdrängen extrem rechter Kontinuitäten und gegen die Normalisierung alter und neuer Demokratiefeind*innen auf den Straßen und in den Parlamenten.

Dr. Matthias Quent

Gründer und Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena von 2016 bis 2022 / Professor für Soziologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Vorbemerkungen

Rechtsextreme Gruppen und Personen traten ab 1990 in Gera, Jena und ganz Thüringen schnell und offen mit vielerlei Aktivitäten auf. Dass die CDU-geführten Koalitionen und die Sicherheitsbehörden das Problem von Rechtsaußen in den 1990ern durchweg verharmlosten und verleugneten, vergrößerte die Handlungsmöglichkeiten für die extreme Rechte. Thüringen wurde so zu einem attraktiven Aufmarsch- und Aktionsgebiet. Statt dem entgegenzutreten, heuerte das Landesamt für Verfassungsschutz in der rechten Szene eine Reihe von Spitzeln an und finanzierte die neonazistische Gefahr über die gezahlten Honorare und andere Gelder. Unter den Spitzeln waren Führungskader wie Tino Brandt und Thomas Dienel, die längst für ihre Gewalaffinität bekannt waren und dennoch über Jahre hinweg vom Verfassungsschutz nicht nur bezahlt, sondern auch gedeckt wurden.¹ In Jena entwickelte sich aus der rechtsextremen Kameradschaft Jena zunächst die Anti-Antifa Ostthüringen, dann der Thüringer Heimatschutz und darin auch der Kern des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU).² Über Jahre hinweg verfügte die extreme Rechte in Jena über eine Immobilie, nach nationalsozialistischem Vorbild als „Braunes Haus“ bezeichnet, in der nationale und internationale Neonazis verkehrten und ihre Vernetzung vorantrieben.

Offen ist die Frage, warum sich diese Strukturen ausgerechnet in der Stadt Jena entwickelten, die bis 1990 jedenfalls nicht als Zentrum rechtsextremer Aktivitäten bekannt war. Ergänzt werden muss: Über die Aktivitäten der Skinheads und anderer neonazistischer Gruppen im Jena der Vorwendezeit war kaum etwas bekannt. Die Untersuchung der Entstehungsbedingungen und möglicher Kontinuitäten war nie Gegenstand einer systematischen Analyse. Insofern stellt die hier vorliegende Betrachtung einen ersten Schritt dar, diese Lücke zu schließen. Damit wird nicht die Frage beantwortet, warum ausgerechnet Jena zum Sozialisationsort eines beträchtlichen Teils des NSU wurde. Aber die historischen Hintergründe werden intensiver ausgeleuchtet, als dies bislang der Fall war, und es zeigen sich erstaunliche Handlungsspielräume, die die Sicherheitsbehörden Rechtsextremen und Skinheads einräumten.

Gleichzeitig versteht sich die vorliegende Studie als Ergänzung zur Forschung zum Thema Rechtsextremismus in der DDR. Durch die Beschränkung auf eine Region, den ehemaligen Bezirk Gera, sind nicht unbedingt beispiellose neue Erkenntnisse zu erwarten, aber doch ein genauerer Blick auf die regionalen Entwicklungen.

¹ Vgl. u. a. Jens-F. Dwars/Mathias Günther (Hrsg.): Das braune Herz Deutschlands? – Rechtsextremismus in Thüringen, Jena 2001.

² Vgl. z. B.: Bodo Ramelow (Hrsg.): Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012 sowie Bodo Ramelow (Hrsg.): Shreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen, Hamburg 2013.

Zur Methode

Methodisch konzentriert sich die Studie vornehmlich auf die Akten der Sicherheitsbehörden, also auf Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv, sowie auf Polizeiberichte und staatsanwaltliche Ermittlungsakten aus dem Staatsarchiv Rudolstadt. Hinzu kommen Presseartikel aus der Sammlung des Stadtarchivs Jena, Parteiakten der SED aus dem Staatsarchiv Rudolstadt, NS-Akten des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Staatsarchiv Weimar sowie Unterlagen aus dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte in Jena. An dieser Stelle geht ein herzlicher Dank an die Mitarbeiter*innen der genannten Archive, die das Projekt immer unterstützt und viele wichtige Hinweise und Ratschläge gegeben haben.

Auf Interviews mit Akteur*innen der rechtsextremen Szene Ostthüringens wurde bewusst verzichtet. Deren Darstellungen in der Studie „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ geben die Entwicklungen in verfälschender Art und Weise wieder. Beispielsweise wird dort ausgeführt, dass sich die Feindschaft zwischen Rechten und Linken erst in der Wendezeit entwickelt habe.³ Natürlich muss beachtet werden, dass auch die Perspektive der Sicherheitsbehörden nicht immer mit den tatsächlichen Entwicklungen übereinstimmt, weil auch sie einen speziellen Blickwinkel hatten, der manches bewusst oder unbewusst ausblendete. Das gilt ebenso für andere historische Themen, etwa die Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz 1878 bis 1890 oder die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus 1933 bis 1945, deren Erforschung sich vielfach ebenfalls vorrangig auf Akten der Polizei stützt. Durch die Aktenlage ergeben sich zumindest Möglichkeiten für eine Rekonstruktion zeitlicher Abläufe, die quellenkritisch zu interpretieren sind. In diesem Zusammenhang sei vorausgeschickt, dass vorliegende Arbeit an vielen Stellen längere Zitate von Polizei oder Staatssicherheit verwendet, das mag die Lektüre hier und da erschweren, dient aber der Authentizität. In den Zitaten, auch darauf sei hingewiesen, wurden Rechtschreib- und grammatikalische Fehler stillschweigend korrigiert sowie Abkürzungen weitgehend aufgelöst, soweit dadurch die Inhalte unverändert blieben.

Der Schwerpunktsetzung auf Archivgut ist es geschuldet, die juristischen Vorschriften der Anonymisierung anzuwenden. Im Thüringer Archivgesetz ist geregelt, dass Forschungsergebnisse, die sich auf natürliche Personen beziehen, erst zehn Jahre nach deren Tod veröffentlicht werden dürfen, auf Antrag zwar auch früher, dann aber ohne personenbezogene Angaben. Da es ohnehin Ziel der Studie ist, strukturelle Entwicklungen darzustellen und nicht einzelne Personen in den Mittelpunkt zu stellen, wurden die Anonymisierungsvorschriften durchgängig angewendet. Auch das mag die Lesbarkeit an manchen Stellen erschweren.

Entwicklungsetappen

Zumeist liegen Untersuchungen Arbeitshypothesen zugrunde, die durch die Studie verifiziert oder falsifiziert werden. Hier war das Vorgehen ein anderes, weil zu Beginn unklar war, ob überhaupt

³ Andreas Klärner: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008, S. 94.

und was in den Archivbeständen aufzufinden war. Als Ausgangspunkte der theoretischen und methodischen Überlegungen dienten einige wenige Quellen und Erinnerungen an Vorkommnisse der Wendezeit, vor allem aber Arbeiten von Norbert Madloch, Bernd Wagner und Harry Waibel zum Themenkomplex „Rechtsextremismus in der DDR“.⁴ Sie erlaubten erste Zugänge für die weitere Recherche, auch wenn sich mancher vermeintliche Zugang später als Sackgasse herausstellte. Nicht für alle dort skizzierten und Rechtsextremen zugeschriebenen Vorgänge konnte tatsächlich ein neonazistischer Hintergrund nachgewiesen werden, die beispielsweise in Jena 1963 zerschlagene „Gruppe Läbe“ war keineswegs ein Zusammenschluss Rechtsextremer.⁵ Gleichwohl konnte mithilfe dieser Untersuchungen eine Vorstellung davon entwickelt werden, die zunächst die Bildung verschiedener Entwicklungsetappen und endlich auch die Ausformulierung von Thesen für die weitere Diskussion und Bearbeitung des Themas ermöglichte.

Die Entwicklungsetappen bilden sich hier in der Einteilung der Kapitel ab. Diese reichen zurück zur NS-Herrschaft in Thüringen, gehen dann auf die auch hier unvollkommen bleibende Entnazifizierung ein, bevor der Nationalsozialismus in den 1950er-Jahren ausweislich der Polizeiakten eher als randständiges und vorrangig retrospektives Thema behandelt wurde. Ab Ende der 1950er-Jahre tauchten dann immer wieder Hakenkreuzschmierereien, antisemitische Parolen und rechtsextreme Organisationsversuche auf, die zumeist schnell bekämpft und zerschlagen wurden – mit Ausnahme einer Jenaer Gruppe Anfang der 1960er-Jahre. Für das folgende Jahrzehnt könnte Ähnliches bilanziert werden, wären da nicht unter all den Erfolgsmeldungen von Staatssicherheit und Polizei hin und wieder kurze, fast flüchtig erscheinende Hinweise über sich langsam entwickelnde Strukturen, die die Ausbreitung und Festigung rechtsextremen Denkens und entsprechender Gruppen förderten und begünstigten. Eine tatsächlich neue Qualität, vor allem in Form sich festigender Strukturen und der Herausbildung widerstandsfähiger Gruppen, ist für die 1980er-Jahre und erst recht für 1990 festzustellen. Einige thesenförmige Überlegungen, die für weitergehende Untersuchungen und Debatten produktiv sein können, finden sich am Ende der Darstellung.

Zu danken bleibt der Rosa-Luxemburg Stiftung Thüringen und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, die die Idee der Untersuchung sofort aufgegriffen und immer unterstützt haben.

⁴ Norbert Madloch: Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und in Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990, in: Robert Harnischmacher (Hrsg.): Angriff von rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen, Rostock/Bornheim-Roisdorf 1993; Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Schriften Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 5, Berlin 2000; Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2018 (zweite Auflage); Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017.

⁵ Harry Waibel: Die braune Saat, a.a.O., S. 204. Vgl. dagegen BSTU: MfS, HA IX, MF 11884.

Die Region

Zwischen 1952 und 1990 firmierte Ostthüringen als Bezirk Gera, einer von insgesamt 14 Bezirken der DDR. In diesen 38 Jahren fehlte die Region Schmölln/Altenburg, sie gehörte zum Bezirk Leipzig. Die Einwohner*innenzahl schwankte zwischen 720.000 und 750.000. Dabei hatten Gera und Jena jeweils über 100.000 Einwohner*innen, andere Städte wie Greiz, Saalfeld und Rudolstadt waren deutlich kleiner, aber teils als historische Residenzstädte und vor allem als Industriestandorte bedeutsam. Prägende Wirtschaftszweige waren der Maschinen- und Anlagenbau in Gera, die feinmechanische und optische Industrie in Jena, die Stahlerzeugung im Raum Saalfeld, die Herstellung chemischer Fasern in Rudolstadt sowie der Uranerzbergbau bei Ronneburg. Jena war zudem Standort der traditionsreichen Friedrich-Schiller-Universität.

Historisch war der spätere Bezirk Gera eher proletarisch geprägt. Bei den Reichstagswahlen zwischen 1890 und 1912 wurde die Sozialdemokratie zur jeweils stärksten Thüringer Partei gewählt, was auch auf die Ergebnisse in den Wahlkreisen der beiden reußischen Staaten mit den Hauptstädten in Greiz und Gera zurückzuführen war. Noch im März 1933 waren es Orte wie Meuselwitz, Schmölln, Weida, Gera, Eisenberg, Altenburg, Kahla, Pößneck, Hermsdorf, Ronneburg und Triebes, in denen die Arbeiterparteien SPD und KPD stärker blieben als die seit 30. Januar regierende NSDAP. Hier

„lag das sozialistische Lager [...] in der Gunst der Wähler klar vor den Nationalsozialisten [...]. Im Osten hatte sich die sozialistische Arbeiterbewegung zu einem stabilen, relativ krisenfesten, sich dauerhaft reproduzierenden sozialkulturellen Milieu verdichten können.“⁶

Eine langfristige Resistenz und überdurchschnittliche Widerständigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus folgte daraus allerdings nicht. Gunther Mai konstatierte „ausbleibenden Widerstand“, die Auflösung der „Identität von proletarischem und sozialdemokratischem Milieu“ sowie die Verunsicherung der Arbeiter*innen, die den geringen aktiven Widerstand gegen den Aufstieg der NSDAP ebenso erklären könnten wie die anhaltende Lähmung und die „partielle Loyalität“ nach 1933.⁷

Nach der Machtübergabe zogen die meisten Industriezweige in Ostthüringen sichtbaren Profit aus den Rüstungsprogrammen der NS-Diktatur, auch die Einwohner*innenzahlen in den Industriestädten stiegen deutlich an. Für die Wirtschaft der DDR blieben die Ostthüringer Industriebetriebe von großer Bedeutung, dabei nahm der VEB Carl Zeiss Jena einen besonderen Stellenwert ein: Ab

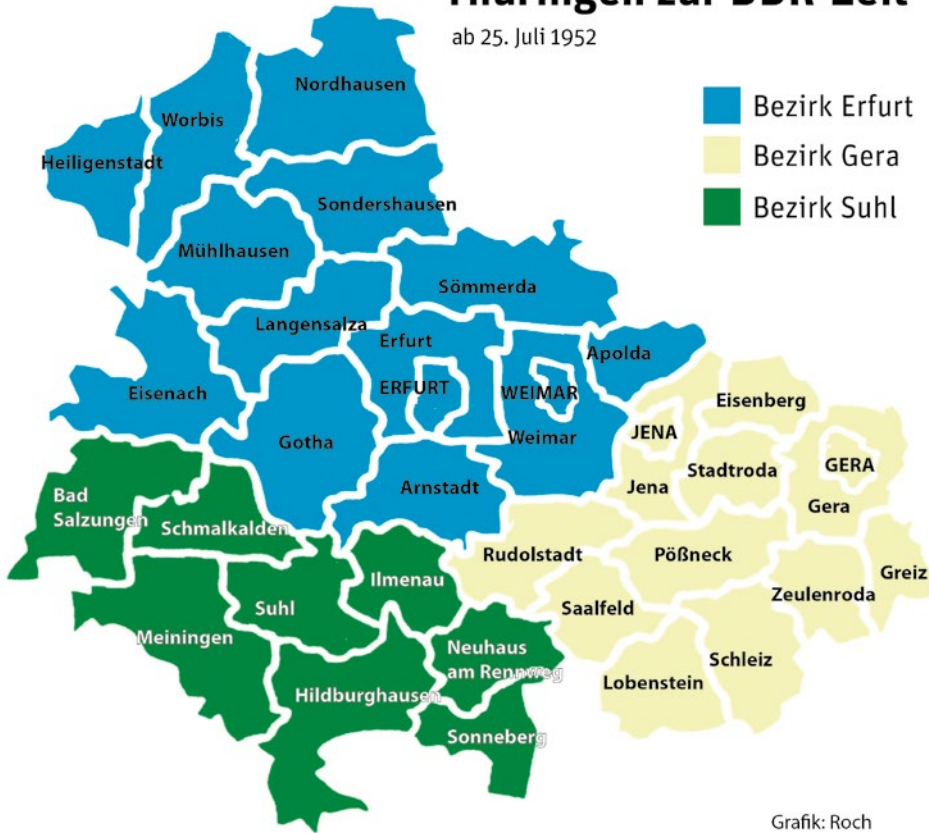
⁶ Franz Walter: Von der roten zur braunen Hochburg. Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften, S. 146 ff., in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen, Köln 1995.

⁷ Gunther Mai: Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Arbeiterschaft und Nationalsozialismus 1927 bis 1944, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen, a.a.O. S. 186 f.

Mitte der 1960er-Jahre wurde er zum Stammbetrieb des gleichnamigen Kombinates, dem nach und nach eine Reihe anderer Betriebe der optisch-feinmechanischen und der elektronischen Industrie zugeordnet wurden. In den 1980er-Jahren umfasste das Zeiss-Kombinat 25 Betriebe mit bis zu 70.000 Beschäftigten, verteilt über die gesamte DDR und von großer Bedeutung für militärische Entwicklungs- und Produktionsprojekte der damaligen UdSSR, sodass Jena seine große Bedeutung als Rüstungsstandort behielt.

Thüringen zur DDR-Zeit

ab 25. Juli 1952



Thüringen zur DDR-Zeit (Quelle: André Roch/insuedthueringen.de)

Rückblick: Nationalsozialismus in Ostthüringen

Thüringen hatte für die Nationalsozialist*innen früh eine große Bedeutung. 1924 wurde eine Ersatzorganisation der damals verbotenen NSDAP zur Tolerierung einer Minderheitsregierung gegenüber SPD und KPD herangezogen, ab 1930 wurde die NSDAP zum gleichen Zweck in einer konservativ-rechten Koalition an der Landesregierung beteiligt. Waren in den traditionellen Industrieregionen in Ostthüringen bis März 1933 weitgehend die Arbeiterbewegung und deren Parteien dominant, änderte sich dies nach der Machtübergabe an die NSDAP. Die Rüstungsindustrie wurde rasch ausgebaut, NS-Gegner*innen verfolgt, Konzentrationslager errichtet, Hunderttausende ausländische Zwangsarbeiter*innen ausgebeutet.

Im und für den Nationalsozialismus hatte Thüringen einige Besonderheiten: Hier wurde die NSDAP ab Mitte der 1920er-Jahre, und damit etliche Jahre früher als woanders, wiederholt an Landesregierungen beteiligt, weil die anderen Parteien Koalitionen und Tolerierungen mit beziehungsweise durch SPD oder KPD ausschlossen und stattdessen die Nähe zu den Nationalsozialist*innen oder deren Ersatzorganisationen suchten. Hier wurde die Wirtschaft ab 1933 besonders zielstrebig zu einem Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie umgebaut, und hier entstand ab Sommer 1937 mit Buchenwald eines der größten Konzentrationslager in Deutschland, in dem bis 1945 über 50.000 Menschen getötet wurden.

Gründungsjahre

Erste nationalsozialistische Parteigruppen entstanden bereits im Februar und März 1922 in Pößneck und Weida, wenig später in Ilmenau, Gotha und Erfurt. Das seit Juli 1922 geltende Verbot der NSDAP wurde mithilfe von Ersatzorganisationen umgangen, eine war die Deutsch-Völkische Freiheitspartei mit Sitz in Gera. Diese Frühformen der NSDAP waren eingebettet in eine Vielzahl antisemitischer, rassistischer und militaristischer Vereine und Verbände, die seit Jahrzehnten vor allem in den Städten präsent waren und dort das politische Klima prägten. Allein in Jena gab es über 20 Krieger- und Militärvereine, dazu den Deutschen Volksbund Jena, den Deutschvölkischen Verein (eine Abspaltung des besonders antisemitischen Flügels der örtlichen Deutschnationalen Volkspartei) oder auch die Vaterländische Gesellschaft 1914 für Thüringen. Die Friedrich-Schiller-Universität wurde früh zu einer NS-Hochburg. Hier wirkten zwei zutiefst antisemitische Professoren – einer war gleichzeitig Vorsitzender der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, einer

der einflussreichsten Organisationen im völkischen Spektrum. An der Universität wurde 1925 eine der ersten deutschen NS-Hochschulgruppen gegründet, 1931 konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund bei den Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen acht von zehn Mandaten erringen.⁸

Frühe Koalitionen

Thüringen galt früh als ein „Mustergau“ des Nationalsozialismus, auch weil die NSDAP früh und wiederholt an Regierungen des Landes beteiligt wurde. Nach den Landtagswahlen 1924 bildete der „Thüringer Ordnungsbund“, eine Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien, eine Minderheitsregierung, die sich in Ermangelung eigener Mehrheiten von der „Vereinigten Völkischen Liste“ tolerieren ließ, einer Ersatzorganisation der verbotenen NSDAP. 1930 beteiligte ein Bündnis aus Deutscher Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, dem Thüringer Landbund und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes die NSDAP offiziell als Koalitionspartner an der Regierung – bis dahin einmalig in Deutschland. Minister für Inneres und Volksbildung und gleichzeitig Stellvertreter des Vorsitzenden der Landesregierung wurde mit Wilhelm Frick ein enger Vertrauter Adolf Hitlers. Frick war 1923 Teilnehmer am nationalsozialistischen Putschversuch in München und wurde 1946 im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Koalition mit der NSDAP erfolgte, weil die genannten Parteien über keine eigenen Mehrheiten verfügten und eine Koalition mit einer der Arbeiterparteien ebenso ausschlossen wie eine Minderheitsregierung. Sie schlossen dieses Bündnis, obwohl, zum Teil sicher aber auch weil die NSDAP-Landtagsfraktion bereits Jahre zuvor eine Reihe antisemitischer Gesetzentwürfe in das Parlament eingebracht hatte, die den Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzt*innen und Notar*innen ebenso wie die Ausweisung sogenannter „Ostjuden“ und die Beschlagnahme von deren Vermögen forderte.

Die neue Koalition setzte mit ihrem nationalsozialistischen Innenminister einen erheblichen Stellenabbau im öffentlichen Dienst um, bei dem vor allem sozialdemokratische und kommunistische Beschäftigte entlassen wurden. Beim Aufbau einer Landespolizei wurden vor allem Bewerber*innen mit nationalsozialistischer Einstellung berücksichtigt. Zum Leiter der Weimarer Kunsthochschule wurde ein Mitglied des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ und der NSDAP berufen, an die Universität Jena mit Hans F. K. Günther ein Protagonist der „Nordischen Bewegung“, die die „nordische Rasse“ als den historischen Kulturträger schlechthin sah. Ein Misstrauensvotum brachte die Regierung im April 1931 zu Fall. Nach kurzem Intermezzo einer von der SPD tolerierten Minderheitsregierung erzielte die NSDAP bei den Landtagswahlen im Juli 1932 dann aber mit 42,5 % der Wähler*innenstimmen einen erdrutschartigen Erfolg. Sie übernahm die Regierung in einer Koalition mit dem Thüringer Landbund. Das Argument vor allem konservativer Politiker*innen, die 1933 mit der NSDAP paktierten und ihre Bereitschaft zu diesem Bündnis damit begründeten, die Nationalsozialist*innen würden in der Regierungsverantwortung entzaubert und bald geschwächt werden, war damit längst widerlegt.

⁸ Rüdiger Stutz: Im Schatten von Zeiss: Die NSDAP in Jena, S. 131., in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), a.a.O.

Nationalsozialismus an der Macht

Ab 1933 und verstärkt noch einmal durch den Vierjahresplan 1936 wurde Thüringen zielstrebig zu einem Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie ausgebaut. Die Ostthüringer Industriebetriebe profitierten davon erheblich. In Schwarzburg bei Rudolstadt wurde die Thüringische Zellwolle AG gegründet, Vorläufer des späteren VEB Thüringisches Kunstfaserwerk Wilhelm Pieck, in Gera 1938 ein großes Werk des Siemens & Halske-Konzerns, aus dem nach der Befreiung der VEB Electronicon Gera wurde. Beide produzierten wie die Zeiss-Werke in Jena wesentlich für das Militär. Entsprechend stiegen die Beschäftigten- und die Bevölkerungszahlen in den östlichen Städten Thüringens deutlich an.

Im Verlauf der folgenden zwölf Jahre überzogen die Nationalsozialist*innen ihre politischen Gegner*innen und andere Menschengruppen in Thüringen wie in ganz Deutschland mit Verfolgung und Vernichtung. Am Oberlandesgericht Jena und am Sondergericht Weimar fanden zwischen 1933 und 1936 über 3.000 Prozesse wegen staatsfeindlicher Äußerungen statt. Knapp 600 SA- und fast 1.200 SS-Angehörige übernahmen in den ersten Monaten nach der Machtübergabe 1933 hoheitliche Exekutivaufgaben, die bisher der Polizei vorbehalten waren.⁹ Politische Gegner*innen wurden unmittelbar nach der Machtübergabe vom 30. Januar 1933 landesweit in Schutzhaft genommen. In Nohra bei Weimar errichteten die neuen Machthaber*innen bereits Ende Februar 1933 ein provisorisches Konzentrationslager, eines der ersten in Deutschland.

Hatten 1933 knapp 3.000 Menschen jüdischen Glaubens in Thüringen gelebt, waren es am Ende des Zweiten Weltkrieges noch 400. Am 1. April 1933 wurde ein erster landesweiter Boykott jüdischer Geschäfte organisiert und mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 die Entfernung der Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Dienst abgeschlossen. Am 9. und 10. November 1938 wurden die Synagogen in Gotha, Eisenach, Meiningen, Nordhausen und Erfurt angezündet, jüdische Einrichtungen geschändet und Geschäfte angegriffen. In Gera stürmten und verwüsteten SA-Leute die im „Hotel Kronprinz“ in der Schülerstraße gelegene Synagoge und errichteten einen symbolischen Galgen, an dem sie eine Puppe mit den Insignien eines Rabbiners befestigten – 1996 inszenierten Jenaer Neonazis ein ähnliches Bild an einer Autobahnbrücke bei Jena. Wohnungen, in denen die NS-Schergen Menschen jüdischen Glaubens vermuteten, wurden im November 1938 durchsucht und Männer ab 16 Jahren in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Die wenigen in Jena noch bestehenden jüdischen Geschäfte wurden geschlossen und 18 Jüdinnen und Juden ebenfalls nach Buchenwald gebracht. Einer der Verhafteten starb dort wenig später. Im Zusammenhang mit den Pogromen wurden aus ganz Thüringen insgesamt fast 1.200 jüdische Menschen in Buchenwald eingesperrt, von ihnen starben dort etwa 25 in den folgenden Tagen. Mehrere zentral organisierte Deportationen führten Jüdinnen und Juden in den Jahren darauf in die Vernichtungslager. Ein letzter Transport fand am 31. Januar 1945 nach Theresienstadt statt. Auch am Jenaer Westbahnhof wurden nochmals jüdische Frauen in den Zug gesetzt. In Jena hatten 1933 etwa 150 jüdische Menschen gelebt, im Mai 1945 war es kaum mehr eine Handvoll,

⁹ Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten/Studienkreis deutscher Widerstand 1933 bis 1945 (Hrsg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 bis 1945, Band 8: Thüringen, S. 7.

etwa 60 waren umgebracht oder in den Selbstmord getrieben worden. Nach der Befreiung kehrten nur wenige Überlebende aus den Lagern oder der Emigration in die Stadt zurück.

Anfang April 1945, wenige Tage vor der Befreiung, zogen die Todesmärsche aus dem KZ Buchenwald auch durch Jena und Gera. Die Zivilbevölkerung wurde so noch einmal zum Augenzeugen des Terrors, mit dem die Nationalsozialist*innen die Häftlinge behandelten. Widerstand dagegen blieb auch jetzt weitgehend aus. Ähnliches geschah in Gera. Hier führte am 13. April 1945 ein Todesmarsch aus Buchenwald durch die Stadt. Acht Häftlinge wurden im Stadtgebiet erschossen. Bei der Befreiung lebten noch acht Jüdinnen und Juden in der Stadt, 1933 waren es fast 400 gewesen.

Zur nationalsozialistischen Geschichte Jenas gehört auch, dass hier 1939/40 im Rahmen der Aufstellung von Ausbildungsbataillonen das berüchtigte Polizeibataillon 311 stationiert und ausgebildet wurde. Untergebracht in einer Kaserne in der Nähe des Westbahnhofs, setzte sich das Bataillon aus zumeist Freiwilligen zusammen. Darunter waren natürlich auch Männer aus Thüringen und Jena selbst. Mitte Oktober 1940 wurde das Bataillon nach Krakau verlegt und war an Razzien gegen die polnische und jüdische Bevölkerung, an Verhaftungswellen und Deportationen beteiligt. Die Blutspur des weiteren Weges zog sich von Lemberg bis nach Bialystok, wo im August 1943 bei der Räumung des dortigen Gettos über 30.000 Juden in die Vernichtungslager oder zur Zwangsarbeit deportiert wurden. 1944 war das Bataillon an Operationen gegen Partisanenverbände in Weißrussland beteiligt, bei denen ganze Regionen dem Erdboden gleichgemacht, Tausende Männer, Frauen und Kinder erschossen oder lebendig in Kirchen verbrannt wurden. Zeitweilig an den Heimatstandort Jena zurückversetzte Angehörige des Bataillons bewachten Jenaer Außenlager des KZ Buchenwald, ein Bombenräumkommando aus KZ-Häftlingen und den letzten Todesmarsch aus Buchenwald durch Jena.¹⁰

Am Ende des Zweiten Weltkrieges lebten in Thüringen etwa 200.000 Displaced Persons, ehemalige Zwangsarbeiter*innen und KZ-Häftlinge, dazu kamen noch einmal 600.000 bis 800.000 Evakuierte und Flüchtlinge, beide Gruppen machten in diesen Wochen zusammen fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus.¹¹ Eine halbe Million Zwangsarbeiter*innen war im Zweiten Weltkrieg in Lager verschleppt worden, vornehmlich in die industriellen Zentren, also auch nach Jena, Gera, Saalfeld, Rudolstadt und Altenburg. Nur wenige Tage vor der Befreiung wurden in Jena fünf Zwangsarbeiter*innen vor dem Zeiss-Hochhaus von der SS erhängt, in Jena-Lobeda zwei sowjetische Arbeiter*innen erschossen.

Seit Mitte April 1945 wurde das Land von amerikanischen Militärregierungen in den Stadt- und Landkreisen beherrscht. Im Juli wurde die amerikanische von der sowjetischen Besatzung abgelöst. Neben der Frage, das tägliche Überleben sicherzustellen, stand auch die Frage des Umgangs mit

¹⁰ Siehe dazu Frank Döbert: Nie gesühnte Verbrechen. Das Jenaer Polizeibataillon 311 im Zweiten Weltkrieg, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, Ausgaben 40, 42, 44 und 46.

¹¹ Jens Schley: Quellen zur Geschichte Thüringens. Thüringen 1945, Januar bis Juni, Kriegsende und amerikanische Besatzung, Erfurt 2016, S. 287.

den Mitgliedern und Funktionär*innen der NSDAP und ihrer zahlreichen Organisationen. Bedingt durch die bereits mit der Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930 begonnene Personalpolitik hatte der Anteil der Parteimitglieder im öffentlichen Dienst Thüringens mit 96 % weit über dem Reichsdurchschnitt von 75 % gelegen.¹² Aufgrund ihrer Funktion für die Ausbildung junger Menschen und für die Bestrafung von NS-Verbrecher*innen waren das Bildungs- und das Justizwesen von großer Bedeutung: Etwa 90 % der Thüringer Lehrer*innen war zur Zeit des Nationalsozialismus Mitglied der NSDAP. Bei den Richter*innen lag die Quote ebenfalls bei 90, bei den Staatsanwält*innen bei knapp 70 %.¹³

¹² Helga A. Welsh: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945 bis 1948), München 1989, S. 46.

¹³ Ebenda, S. 89 und S. 133.

Entnazifizierung oder Re-Integration?

Die Entnazifizierung verfolgte 1945 zunächst weitreichende Ziele, geriet aber bald mit wirtschaftlichen und politischen Erfordernissen in Konflikt: Der Wiederaufbau und die Sicherung des alltäglichen Überlebens ließ viele NS-Belastete als Fachkräfte unverzichtbar erscheinen. Auch aus politischen Gründen trat man ehemaligen Nationalsozialist*innen recht bald wieder aufgeschlossen entgegen. So wurden neue Karrieren ehemaliger Nationalsozialist*innen auch in der DDR und in Thüringen möglich. In Familien-, Freundes- und Kolleg*innenkreisen konnten alte Ideologien und Überzeugungen überdauern. Ein wirksames Mittel zur Überwindung alter NS-Ideologien fand die DDR nicht.

Die Herausforderungen der Entnazifizierung stellten sich für alle vier Besatzungszonen gleichermaßen, wurden aber im Laufe der folgenden Jahre ungleich beantwortet. Im Januar 1946 legten die alliierten Besatzungsmächte zwar gemeinsame Entnazifizierungsrichtlinien fest, gingen dann aber unterschiedliche Wege. Festgelegt wurde zunächst, dass Menschen aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Stellungen in wichtigen Unternehmen entfernt werden sollten, die auf der Kriegsverbrecherliste der Alliierten-Kommission für Kriegsverbrechen standen, hauptamtlich im Offiziersrang oder in den Parteigliederungen oder angeschlossenen und betreuten Parteiverbänden hauptamtlich tätig gewesen waren, auch Beamt*innen und Jurist*innen.

In der Bundesrepublik konnten ehemalige Nationalsozialist*innen bald wieder offiziell Karriere machen. Ihr Wissen schätzten die Bundesregierung unter Konrad Adenauer und die West-Alliierten als bedeutsam für den beginnenden Kalten Krieg. 1951 verabschiedete der Bundestag das sogenannte „131er-Gesetz“, mit dem ein Großteil der ehemaligen Beamt*innen nun zu „Beamten auf Wiedereinstellung“ erklärt wurde. Lediglich Angehörige der Geheimen Staatspolizei und Berufssoldaten der Waffen-SS blieben davon ausgenommen, doch auch sie konnten auf Ausnahmeregelungen hoffen. Im Laufe der folgenden Jahre ermöglichte das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen [...]“ ab 1951 die Rückkehr von fast allen nach 1945 verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes“.¹⁴

Im Bundeskriminalamt übernahmen frühere Abteilungsleiter*innen des Reichssicherheitshauptamtes erneut leitende Positionen. Auch der entstehende Bundesnachrichtendienst und die 1955

¹⁴ Friedrich Kiessling/Christoph Safferling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, München 2021 (2. Auflage), S. 189.

gebildete Bundeswehr griffen auf Fachleute zurück, die bis 1945 in ähnlichen Funktionen für den NS-Staat tätig gewesen waren, ebenso die Bundesanwaltschaft. Die Zahl der Bundestagsabgeordneten mit nationalsozialistischer Vergangenheit nahm bis in die 1960er-Jahre hinein deutlich zu. Mit Hans-Maria Globke wurde ein ehemaliger Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze 1953 Kanzleramtsminister unter Konrad Adenauer, mit Theodor Oberländer ein ehemaliger überzeugter Nationalsozialist im gleichen Jahr Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Eugen Kogon, ehemaliger Häftling im KZ Buchenwald und 1946 Autor des Buches „Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager“ urteilte 1954:

„Die stille, allmähliche, schleichende, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen scheint das Schicksal der Bundesrepublik zu sein. Angetan mit alten und neuen Mänteln der Gerechtigkeit lassen sie sich einzeln auf den hohen, reihenweise auf den mittleren Sesseln der Verwaltung, der Justiz und der Verbände nieder. In der Wirtschaft halten sie ohnehin nicht erst seit heute die Hebel in ihren [...] Händen.“¹⁵

Thüringen

Auch in der sowjetischen Besatzungszone und der entstehenden DDR stellte sich sehr schnell die Frage nach den Grenzen der Entnazifizierung. Unmittelbar nach der Befreiung forderten viele örtliche Initiativen aus den Reihen der NS-Gegner*innen eine strenge Entnazifizierung. In Gera beispielsweise drängten die Mitglieder eines „Antifaschistischen Ausschusses“ auf die Säuberung der Kommunalverwaltung und warfen den amerikanischen Besatzungsbehörden im Sommer 1945 Untätigkeit vor. Bis Ende August 1945 wurden u. a. 8 Oberbürgermeister*innen und 13 belastete Landrät*innen abgesetzt, so auch in Jena.¹⁶ Sofern sich Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen nicht aktiv an der NS-Herrschaft beteiligt hatten und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthaber*innen zeigten, blieben sie in diesen Wochen unbehelligt. Allerdings geriet die Entnazifizierung in Thüringen wie in der gesamten sowjetischen Besatzungszone bald in Widerspruch mit dem Erfordernis, ausreichend Arbeitskräfte für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens, die Versorgung der Bevölkerung und den Wiederaufbau zu haben.

Dies wurde umso dringender, als viele Menschen in die Westzonen abwanderten. Gemeinsam wandten sich SED, LDPD und CDU daher im Februar 1947 an die sowjetischen Besatzungsbehörden und baten darum, die Durchführung der Entnazifizierung zu modifizieren. Ein Zeitungsartikel Wilhelm Piecks, seit April 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED, zielte in die gleiche Richtung. Er formulierte als Ziel, Kriegsverbrecher*innen und Naziaktivist*innen zu verfolgen und zu bestrafen, einfache Mitglieder der NSDAP aber als gleichberechtigte Staatsbürger*innen anzuerkennen und in den Aufbau eines demokratischen Deutschlands einzubeziehen. Dem folgte die sowjetische Administration Mitte 1947, bevor sie die Entnazifizierung 1948 für abgeschlossen erklärte. Festgelegt wurde aber, dass ehemalige Nationalsozialist*innen grundsätzlich nicht in

¹⁵ Reinhold Billstein: Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1985 (2. Auflage), S. 19.

¹⁶ Welsh: a.a.O., S. 42.

den Polizei- und Justizapparat oder in die Leitungsstellen der Verwaltungsapparate zurückkehren durften.

Eine Bilanz für Thüringen bis Mitte 1948 listete 155.000 Überprüfte auf. Davon waren zwei Drittel entlassen oder anderen Beschränkungen unterworfen worden. Knapp 50.000 blieben ohne Beschränkungen.¹⁷ Exakte Vergleiche mit anderen Bundesländern liegen nicht vor, die Bewertungsmaßstäbe und die Vorgehensweisen zwischen den vier Besatzungszonen waren auch sehr unterschiedlich. In der Stadtverwaltung Jena waren im Mai und Juni 1945 etwa 100 Beschäftigte wegen früherer Mitgliedschaft in der NSDAP oder ihren Gliederungen entlassen worden. Bis Ende 1946 stieg die Zahl auf etwa 500.¹⁸ Dazu gehörte auch Rudolf Löhnis, der am 16. April 1945 als Oberbürgermeister eingesetzt worden war, bald aber wieder abgesetzt wurde, weil auch er eng in das NS-Regime verstrickt gewesen war.

So wie viele andere Aspekte der DDR-Geschichte war und ist der Verlauf der Entnazifizierung und damit der Umgang mit den ehemaligen Träger*innen des NS-Regimes Gegenstand höchst unterschiedlicher Bewertungen. Harry Waibel stellte fest, auch dort sei es „zum großen Frieden mit den Tätern“ gekommen und schrieb:

„Für den Aufbau und den Bestand der DDR benötigten die deutschen Kommunisten für die Machtausübung die erfahrenen ehemaligen Nazis, die die Geschäfte des Systems betrieben. Sie verflochten ihre [...] Einstellungen mit den neuen Erfordernissen des Landes und aus dieser Melange entwickelte sich im Laufe der Zeit nicht nur eine autoritäre und rassistische Ideologie, sondern eine ebenso abstoßende gesellschaftliche Wirklichkeit.“¹⁹

Jürgen Danyel stellte heraus, es habe kaum tragfähige Alternativen dazu gegeben, ehemalige NSDAP-Mitglieder in die ostdeutsche Gesellschaft zu integrieren, es habe sich dabei doch immerhin um ein Sechstel der Gesamtbevölkerung gehandelt.²⁰

Helga A. Welsh bewertete die Entnazifizierung in Thüringen als konsequenter und weiterreichender als in den Westzonen, zog jedoch in Zweifel, ob damit eine innere Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit einhergegangen sei. Weitaus mehr als in den Westzonen habe sich die Entnazifizierung auf spezifische Berufsgruppen wie Beamt*innen und Angestellte im öffentlichen Dienst konzentriert, insbesondere in Schulen, Justiz und Polizei. Bei anderen Berufsgruppen sei sehr viel pragmatischer vorgegangen worden, vor allem bei den Menschen, die für den Wiederaufbau und die Reparationsleistungen unverzichtbar waren.²¹ Auf den wichtigen Aspekt der subjektiven

¹⁷ Frank Boblenz: Zur Überlieferung aus dem Bestand „NS-Archiv des MfS“ im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, in: Archive in Thüringen 2/2006, S. 30.

¹⁸ Rüdiger Stutz/Matthias Mieth (Hrsg.): Jena. Lexikon zur Stadtgeschichte, Jena 2018, S. 177.

¹⁹ Harry Waibel: Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR, Frankfurt am Main 2014, S. 101.

²⁰ Jürgen Danyel: Die SED und die „kleinen PG's“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, S. 178, in: Annette Leo/ Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999.

²¹ Welsh, S. 167.

Verarbeitung machte auch Norbert Madloch aufmerksam:

„In vielen Familien fehlte es jedoch an einer selbstkritischen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Die laufenden Entnazifizierungsverfahren wurden zumeist als ein von der Besatzungsmacht angeordnetes Übel betrachtet. Zwar war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nach dem Überleben von Faschismus und Weltkrieg der Meinung ‚Nie wieder‘, aber die Schuld für die Schrecken der vergangenen Zeit wurden nicht im eigenen Tun und Denken gesucht, sondern in der Regel bei anderen.“²²

Die Frage, inwieweit neben einer formalen Entnazifizierung nach 1945 auch eine subjektive Verarbeitung stattfand, muss für alle vier Besatzungszonen und ab 1949 für beide deutschen Staaten gleichermaßen gestellt werden. Dies führt zur Perspektive aus anderer Sicht: Sowohl ein nachsichtiger Umgang mit ehemaligen Nationalsozialist*innen in der Entnazifizierung als auch die Möglichkeit, quasi umstandslos von der NSDAP in nun wieder zugelassene andere Parteien eintreten zu können und sich damit Vorteile im Beruf und für die gesellschaftliche Stellung zu verschaffen, produzierte eine Vielzahl lebender Beispiele für diesen fragwürdigen Umgang mit deren möglicher Schuld. Das stieß zum einen ehemalige Widerstandskämpfer*innen und Antifaschist*innen vor den Kopf und schuf zum anderen vielfältige Freiräume für ehemalige Nationalsozialist*innen – ob sie nun aus Karrieregründen oder aus politischer Überzeugung in die NSDAP eingetreten waren. Es waren lediglich formale Bekenntnisse zum neuen Staat gefordert. Im privaten und beruflichen Umfeld aber blieb es möglich, den alten Ideologien anzuhängen und sie zu tradieren. Damit konnte auch in der DDR trotz strengerer Entnazifizierung „ein bestimmter Bodensatz an Werturteilen und Stereotypen, die der Nationalsozialismus geprägt hatte“, überdauern und zumindest im Privaten weiter gegeben werden.²³

Die Integration „Ehemaliger“

Anhand der Archivbestände und früherer Veröffentlichungen können für Ostthüringen vielerlei Beispiele dafür genannt werden, dass ehemalige Nationalsozialist*innen trotz der Entnazifizierungsforderungen und -prozesse auch hier aus unterschiedlichen Gründen heraus unbehelligt blieben. Im Sommer 1949 forderte das Thüringer Innenministerium von den Städten und Kreisen telefonisch Auskunft „über ehemalige Mitglieder der NSDAP, die früher in leitenden Stellungen waren und zurzeit noch in der Verwaltung tätig sind.“²⁴ Außer zur jeweiligen Vergangenheit wurde nach aktueller Parteimitgliedschaft und einer beruflichen und politischen Bewertung gefragt. Aus ganz Thüringen gab es darauf mehr oder weniger lange Namenslisten, bei denen vorausgesetzt werden muss, dass

²² Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, S. 66, in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Schriften Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 5, Berlin 2000.

²³ Jürgen Danyel: DDR-Antifaschismus. Rückblick auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven, S. 18, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Bewertungen der Entnazifizierungspraxis zu kurz greifen, sofern sie sich allein auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre beziehen. Der Umgang mit ehemaligen Nationalsozialist*innen nach 1949 muss ebenso kritisch betrachtet werden.

²⁴ Haupt-Staatsarchiv Weimar: NS-Archiv des MfS, ZA VI 4244, Bl. 16.

die Zahl der Aufgelisteten nicht immer der Wirklichkeit entsprach, bot doch die Fragestellung nach „früheren leitenden Stellungen“ vielfältige Interpretationsspielräume. So verwundert es, dass aus der Stadtverwaltung Jena lediglich fünf Männer aufgelistet wurden, davon zwei noch oder wieder in der Funktion eines Amtsleiters, ein dritter gar als Mitglied des Parteileitung-Ausschusses beim SED-Kreisvorstand. Vier der Männer waren inzwischen Mitglied der SED, ein fünfter der LDPD, die in Jena bis 1953 den Oberbürgermeister stellte.²⁵ Zu den fünf Männern aus der Stadtverwaltung kam auf einer gesonderten Liste eine Reihe Beschäftigter der kommunalen Wirtschaftsunternehmen hinzu, so der Geschäftsführer der Städtischen Beschaffungsgesellschaft, der Direktor des städtischen Schlachthofes und mehr als ein Dutzend Beschäftigte der städtischen Brauerei.²⁶ Aus der unmittelbaren Umgebung meldeten Stadtroda und Camburg je ein ehemaliges Mitglied der NSDAP, Eisenberg zwei und Kahla drei. Darunter waren der Leiter der Finanz- und Steuerverwaltung Kahla, der Leiter des Sozial- und Jugendamtes Eisenberg sowie der Leiter der Finanzverwaltung Eisenberg. Weitere Antworten aus Ostthüringen kamen u. a. aus dem Kreis Altenburg mit 48 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, der Stadt Altenburg mit 30, Greiz mit 39, Rudolstadt meldete 4, Schleiz 7, Saalfeld 27 (darunter der Leiter der städtischen Finanzverwaltung, nun Mitglied der LDPD), der Kreis Gera 6 Personen. Unter dem Aspekt wiedergewonnenen Einflusses augenfällig waren u. a. ein CDU-Stadtrat in Greiz, ein SED-Schulungsleiter in Lobenstein, der Chefarzt des Krankenhauses in Pößneck, ein Stadtrechtsrat und LDPD-Stadtrat in Altenburg, der Leiter der Haushaltsabteilung des Kreises Gera sowie der Leiter des Gesundheitsamtes Gera-Land. Das Ministerium für Volksbildung meldete einen erneut als Professor an die Universität Jena berufenen Mann, der dort bereits vor 1945 gelehrt hatte, aber auch als Blockleiter der NSDAP tätig gewesen war.²⁷ Die weitaus umfangreichste Liste kam aus Weimar mit fast 100 Personen, darunter der nun in der LDPD organisierte Leiter des Stadtverordnetenbüros. In den beruflichen Bewertungen dominierte fast durchgängig der Versuch, die berufliche Unverzichtbarkeit der Gemeldeten herauszustellen. Festzuhalten bleibt, dass nicht nur in Jena ehemalige NS-Mitglieder und Funktionär*innen bald wieder und keinesfalls im Verborgenen leitende Funktionen im öffentlichen Dienst einnahmen. Die tatsächlichen Dimensionen müssen aber trotz dieser Befragung als offen gelten.

Im Aktenbestand findet sich auch ein illustres Beispiel für die Problemstellung der Entnazifizierung: Naturgemäß war die möglichst sichere Energieversorgung für die Bevölkerung wie für die Industrie in der unmittelbaren Nachkriegszeit von großer Bedeutung. So ist es zumindest auf den zweiten Blick wenig überraschend, dass in der Thüringer Energieversorgung trotz der Entnazifizierungsvorschriften offenbar kein großer Personalaustausch stattgefunden hatte. Sie lieferte nun also eine Liste mit über 80 früheren NSDAP-Mitgliedern ab, viele waren inzwischen in die LDPD eingetreten. An der Spitze stand mit Herbert Kyser sogar ein ehemaliger Wehrwirtschaftsführer. Er war 1924 von der damaligen Landesregierung zum Aufbau einer einheitlichen Energieversorgung im Land eingestellt worden, war 1937 in die NSDAP eingetreten und vor wie nach 1945 verantwortlich für die Landeslastverteilung, nunmehr ebenfalls Mitglied der LDPD und mit einer Beurteilung „als hervorragender Fachmann, zählt zu den fortschrittlichen Kräften innerhalb der LDPD“ versehen.²⁸

²⁵ Haupt-Staatsarchiv Weimar: Ebenda, Bl. 187.

²⁶ Haupt-Staatsarchiv Weimar: Ebenda, Bl. 221 und Bl. 223.

²⁷ Haupt-Staatsarchiv Weimar: Ebenda, Bl. 193.

²⁸ Haupt-Staatsarchiv Weimar: Ebenda, Bl. 207.

Die politische Bewertung seiner Arbeitskolleg*innen war in vielen Fällen weniger überzeugend: „politisch undurchsichtig“, „politisch indifferent“, „konservative Einstellung“, „politisch vorsichtig zu bewerten“, „unreif“, „unklarer Mensch“ – so lauteten einige Einschätzungen. Auf die damit beschriebenen Fachkräfte aber sollte oder konnte nicht verzichtet werden.

Auch in den Thüringer Industriebetrieben verloren ehemalige Nationalsozialist*innen ihre Leitungspositionen nicht zwingend. Das wurde naturgemäß von der Öffentlichkeit wahrgenommen, wie folgendes Beispiel aus dem traditionsreichen Jenaer Glaswerk dokumentiert, in dem ein Mann 1950 bittere Beschwerde gegenüber der SED führte:

„Im Januar 1949 kehrte ich aus der Gefangenschaft zurück und musste damals feststellen, dass sich bei Schott in der Frage des Personals und in der ideologischen Einstellung der Menschen nicht viel geändert hatte. [...] In der Zeit des Dritten Reiches war ein gewisser (Name anonymisiert, ME) Vertreter des Personalleiters. (Name anonymisiert, ME) bekleidete dieses Amt seit 1930. Er war zeitig Mitglied der SA und der bürgerlichen Sportvereine, obgleich er Arbeiterkind war. Der Dienstgrad in der SA war Obertruppführer und stellvertretender Sturmführer. In letzter Zeit des Hitlerreiches trug er stets öffentlich eine Pistole [...]. Dieser (Name anonymisiert, ME) verstand es, alle aktiven Antifaschisten an die Front zu bringen und Nazis unabkömmlich zu stellen. Er brachte es weiterhin fertig, belgische und französische Zwangsarbeiter bei ungenügender Leistung und Führung dem Sicherheitsdienst des Dritten Reiches zu melden [...]. Ich hatte all dieses bereits nach meiner Rückkehr dem Kreisvorstand der Partei sowie dem Amt zum Schutze des Volkseigentums schriftlich mitgeteilt und zwar deshalb, weil (Name anonymisiert, ME) heute noch Vertreter des Personalleiters ist. Er brauchte sich nicht erst wieder als aktiver Nazi zu bewähren. Als sich (Name anonymisiert, ME) als Kandidat zur SED meldete, erhob ich schriftlich Einspruch [...]. Der Kreissekretär [...] teilte mir mit, dass man einem Menschen, der eine solche Schlüsselstellung schon fünf Jahre innehat, die Aufnahme zu unserer Partei nicht verwehren kann.“²⁹

Derartige Fälle stillschweigender Re-Integration blieben natürlich nicht im Verborgenen. Die Bewegungsmöglichkeiten ehemaliger Nationalsozialist*innen empörten überzeugte Antifaschist*innen und Verfolgte des Nazi-Regimes. Eine andere Frau führte 1946 Klage gegenüber der SPD: „Teile Ihnen hierdurch mit, dass mein Eintritt in die SPD nicht erfolgen kann, da die Faschistin (Name anonymisiert, ME), Jena, Mühlenstraße 73 noch heute Mitglied der Partei ist. Es ist mir unverständlich, dass in heutiger Zeit die Opfer des Faschismus immer wieder Opfer sein müssen und weichen müssen, während sich die Faschisten breit machen.“³⁰

²⁹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Thüringen, Signatur 4658, Bl. 47 f.

³⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7850 (Vorgang Hanitzsch), Bl. 23.

Jenaer Mediziner*innen

Trotz ihres Handelns in den Jahren 1933 bis 1945 galten auch Mediziner*innen wie Jussuf Ibrahim, Rosemarie Albrecht und andere als unverzichtbar, deren beruflichen Wege über die Jahre hinweg gut dokumentiert sind. Jussuf Ibrahim wurde von der NSDAP nach einem Antrag auf Mitgliedschaft nicht in die Partei aufgenommen, weil sein Vater ägyptischer Staatsbürger war. Vor 1945 war er am Euthanasieprogramm beteiligt, hatte mehrere Kinder an die Landesheilanstalt im nahen Stadtroda überwiesen, wo sie getötet wurden. Er blieb nach der Befreiung auf dem beruflichen Karrierepfad als Leiter der Jenaer Universitäts-Kinderklinik. 1945 trat er in die LDPD ein, erhielt 1947 die Ehrendoktorwürde der Stadt, 1949 die Auszeichnung Verdienter Arzt des Volkes und 1952 den Nationalpreis der DDR. Margarete Hielscher, die im nahen Stadtroda zwischen 1942 und 1945 die Kinderfachabteilung geleitet hatte und für die hier verübten Euthanasieverbrechen verantwortlich war, arbeitete dort nach 1945 bis zum Ruhestand als Oberärztin weiter, nun nicht mehr Mitglied der NSDAP, sondern der SED. Auch Rosemarie Albrecht, zwischen Mai 1940 und Mai 1942 für die Frauenstation der Landesheilanstalt Stadtroda verantwortlich, blieb bis 1960 an der Universitätsklinik unbehelligt und erhielt zahlreiche Ehrungen. Ermittlungen des Ministeriums für Staatssicherheit zu den Euthanasieverbrechen in Stadtroda wurden 1966 eingestellt, die Akten gesperrt und erst im Jahr 2000 wieder aufgefunden und ausgewertet.³¹

Ehemalige Nationalsozialist*innen in neuen Parteien

Eng mit der Frage der Entnazifizierung verknüpft ist die des Umgangs der politischen Parteien mit Mitgliedsanträgen ehemaliger Nationalsozialist*innen. Nicht wenige ehemalige NSDAP-Mitglieder suchten dadurch die Möglichkeit, sich mit einem Eintritt in die neuen Parteien zu entlasten und die Vergangenheit zu verschleiern. Anfangs lehnte offenbar keine der frisch wieder zugelassenen Parteien Aufnahmeanträge von Ehemaligen ab. Eine Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder widersprach zwar den Regelungen, die sich die neuen Parteien selbst auferlegt hatte. Das ließ sich aber mithilfe einer Reihe von Ausnahmeregelungen umgehen, die im Einzelfall vermutlich großzügig ausgelegt wurden. In der Regel wurden von den neuen Mitgliedern Fragebögen mit Selbstauskünften über die Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 gefordert. Die Angaben waren aber nicht nur bei Ortsfremden und Flüchtlingen schwer nachzuprüfen. Nicht eben selten wurde die eigene Vergangenheit geschönt oder wurden wichtige Details verschwiegen. Zu Ende März 1946 kamen die Thüringer Parteien schließlich erneut überein, vorerst keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder mehr aufzunehmen. Unklar bleibt aber, inwieweit sie sich in jedem Einzelfall an diese Absprache hielten. Ende September 1946 gab die CDU in Thüringen den Anteil ehemaliger Nationalsozialist*innen in ihrem Mitgliederbestand mit etwa 10 % an, die LDPD meldete 8 %, für die SED wird ein ähnlich hoher Anteil von acht bis 10 % geschätzt, allerdings auf Ebene der gesamten sowjetischen Besatzungszone.³²

³¹ Anfang der 2000er-Jahre gab es um die Frage der Ehrenbürgerwürde Jussuf Ibrahims und die Benennung einer Straße nach ihm eine kritische Debatte in Jena, in deren Verlauf sich Teile der Jenaer und Thüringer Öffentlichkeit nicht über deren Karrieren, sondern über die nun erhobene Kritik daran empörten: Peter Reif-Spirek: Später Abschied von einem Mythos. Jussuf Ibrahim und die Stadt Jena, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen, S. 21 ff.

³² Welsh, a.a.O., S. 63, für die SED: Danyel, a.a.O., S. 183.

Hinzu kam die NDPD, die 1948 mit dem Ziel gegründet wurde, ehemalige Soldaten und Mitglieder der NSDAP zu integrieren.

Für die 1950er- und auch 1960er-Jahre ist in den Archiven dokumentiert, dass unter den nunmehrigen SED-Mitgliedern nicht wenige waren, die ihre Biografien zurechtgerückt und die Fragebögen falsch oder unvollständig ausgefüllt hatten. So konnte die berufliche Zukunft durchaus in die neuen politischen Führungsebenen navigiert werden, wie eine Untersuchung über die Vergangenheit der SED-Parteisekretäre in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl zeigt: Insgesamt 263 Sekretär*innen wurden in der Mitgliederkartei der NSDAP recherchiert,

„36 Sekretäre konnten tatsächlich als frühere NSDAP-Mitglieder identifiziert werden. Nur von einem Sekretär war dieses negative Kadermerkmal einer NS-Vergangenheit auch schon vor der Überprüfung der [...] Unterlagen bekannt gewesen.“³³

Festzuhalten bleibt, dass die Entnazifizierung in der DDR strenger als in der Bundesrepublik gehandhabt wurde. Vor allem gab es kein Re-Integrationsgesetz wie das bundesdeutsche „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ von 1951. Viele ehemalige Nationalsozialist*innen blieben in der DDR trotzdem unbehelligt. Der Bedarf an Arbeitskräften und deren Fachwissen war dafür ein gewichtiger Grund, die Zustimmung zum neuen Staat ein weiterer wichtiger Maßstab. Als offene Frage bleibt, warum nicht stattdessen aktiver nach unbelastetem Personal für viele Schlüsselstellungen gesucht wurde. Ob bei den NS-Belasteten tatsächlich eine selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hatte, war nicht zu überprüfen. 1963 vermerkte Erich Honecker, damals Mitglied des Politbüros der SED und Sekretär für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der Partei, dass die SED „allen ehemaligen einfachen Mitgliedern der Hitlerpartei die Möglichkeit zur Mitarbeit und zum Beginn eines neuen Lebens“ gegeben und der „irregeleiteten und im faschistischen Sinne erzogenen Jugend“ große Aufmerksamkeit gewidmet habe.³⁴ Den Nationalsozialismus sah die SED inzwischen durch die politischen und ökonomischen Veränderungen in der DDR als vollständig aufgearbeitet und überwunden an.

„Obwohl als antifaschistischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik konzipiert, musste die DDR mit den Folgen und Kontinuitäten der NS-Diktatur politisch pragmatisch haushalten. Dies schloss ein, dass faschistische Bewusstseinslagen in der Bevölkerung fortexistierten, NS-belastete Fachkräfte für den Aufbau eines Gemeinwesens und der Wirtschaft gebraucht wurden und die Verfolgung von NS-Tätern politisch-taktisch motivierten Konjunkturen der Logik des Kalten Krieges unterlag.“³⁵

³³ Sandra Meenzen: Praktizierter Antifaschismus. Der Funktionär Heinz Tittl und der Umgang der SED mit einer NSDAP-Vergangenheit, S. 28, in: Marcus Böjck/Anja Hertel/Franziska Kuschel (Hrsg.): Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte, Berlin: Metropol 2012.

³⁴ Jürgen Danyel: Die SED und die kleinen PGs, a.a.O., S. 178.

³⁵ David Begrich: Östliche Versprechen. Warum die alte DDR den Rechten zum Experimentieren taugt, in: Gideon Botsch/Friedrich Burschel/Christoph Kopke/Felix Korsch (Hrsg.): Rechte Ränder – Faschismus, Gesellschaft und Staat, Berlin 2023, S. 280.

Die 1950er-Jahre

In den 1950er-Jahren spielten nationalsozialistische Gruppen, öffentlich angebrachte NS-Symbole oder andere extrem rechte Taten zunächst keine Rolle in den Berichten der Ostthüringer Polizeibehörden. Die SED wurde dagegen bis in die 1960er-Jahre hinein immer wieder auf ehemals aktive Nationalsozialist*innen aufmerksam, die nun Mitglieder der Partei waren, viele wurden über die Jahre ausgeschlossen. Am Ende dieses Jahrzehnts aber kam es wiederholt zu öffentlichen Hakenkreuzschmierereien, die die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden erregten. Als Täter*innen wurden oft Jugendliche identifiziert, die die NS-Diktatur nicht bewusst erlebt hatten.

Die Auswertung der Polizeiakten des Bezirks Gera gibt für die 1950er-Jahre einen Überblick über die damaligen Schwerpunkte der Polizeiarbeit. Etwas überraschend spielten die Themen Nationalsozialismus und andere Formen extrem rechten Handelns zumindest vorerst keine Rolle. Dies gilt auch für die Unterlagen zum 17. Juni 1953, obwohl dafür schnell die Interpretation eines „faschistischen Putschversuches“ benutzt wurde. In den Berichten unterschiedlicher Polizeistrukturen findet sich für den Bezirk Gera keine Anhaltspunkte für ein herausgehobenes Wirken ehemaliger Nationalsozialist*innen in den Junitagen 1953. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre wurden dann Vorfälle der Verwendung von NS-Symbolik oder mit Bezug zum Nationalsozialismus in Ostthüringen dokumentiert. Die Jahre zuvor sind zumindest in den Akten zum Thema Nationalsozialismus vom Versuch geprägt, ihn als abgeschlossen und überwunden zu bewerten.

Parteiausschlüsse ehemaliger Nationalsozialist*innen

Allerdings entdeckte die SED immer wieder ehemals aktive NSDAP-Mitglieder oder andere NS-Belastete: Eine „Analyse über die Lage und den Zustand der Parteiorganisation der SED“ der Landes-Kontrollkommission vom September 1951 berichtete von über 800 „Karrieristen“, 478 „moralisch unsauberen Elemente[n]“, 375 ehemaligen Angehörigen „verbrecherischer faschistischer Organisationen“ sowie 134 „Fragebogenfälschern“ unter den über 250.000 Mitgliedern und Kandidat*innen:

„Es handelt sich meist um ausgesprochene Militaristen und solche, die immer rechtzeitig das richtige Parteibuch in der Tasche hatten. Das trifft vor allem auf Verwaltung, Post und Eisenbahn zu [...]. Ferner wurde eine große Anzahl von Angehörigen verbrecherischer faschistischer Organisationen entfernt. Vielfach hatten die Betroffenen das bisher verschwiegen, andererseits muss festgestellt werden, dass in der Vergangenheit viele Parteiorganisationen bei der Aufnahme in die Partei in dieser

*Hinsicht sehr sorglos gearbeitet haben und solche Elemente sogar oft führende Stellungen einnahmen.*³⁶

Im Rechenschaftsbericht vom 23. Juni 1952 vermeldete die Kommission 1.012 Parteiausschlüsse für Thüringen insgesamt, davon 195 wegen Zugehörigkeit zur Waffen-SS, zur SA und zur NSDAP. Weiter betroffen waren 85 ehemalige „Polizeiangehörige und Militaristen“ sowie 334 „Fragebogenfälscher und Karrieristen“.³⁷ 1954 befragte die SED republikweit ihre Untergliederungen zur NS-Vergangenheit der Mitglieder. Im Ergebnis nahm der Bezirk Erfurt mit fast 11.000 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und einem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft von 15,4 % einen Spitzenplatz unter den Bezirken ein. Im Bezirk Suhl lag der Anteil bei ebenfalls 15,4 %, im Bezirk Gera bei immerhin 11,3 %.³⁸

Eine Reihe von Beispielen aus dem Bezirk Gera illustriert, dass es nicht nur kleine Mitläufer*innen waren, die die Partei in den 1950er- und 1960er-Jahren identifizierte und ausschloss. In Jena fiel beispielsweise 1953 ein Mann auf, dessen Stationen während des Zweiten Weltkrieges auffällige Parallelen zu denen des Polizeibataillons 311 darstellten: Er hatte von 1940 bis 1945 „einer nazistischen Polizeieinheit“ angehört und war „in Polen und in der Sowjetunion zur Terrorisierung und Ausplünderung polnischer und sowjetischer Menschen eingesetzt“. Nach einer Verwundung sei er 1944/45 als Lagerleiter in Zwangsarbeiterlagern nahe Jena und Kahla eingesetzt gewesen, „aufgrund der Sorglosigkeit der Genossen in der Kreisleitung Jena-Stadt“ war es ihm nun gelungen, als Instrukteur für Partei und Massenorganisationen in der Kreisleitung tätig zu werden.³⁹ In Albersdorf bei Stadtroda war im Jahr zuvor ein Mann ausgeschlossen worden, der als Ausbildungsleiter tätig war, seine früheren Aktivitäten im Stahlhelm und in den motorisierten Verbänden der SS aber ebenso verschwiegen hatte wie die Tatsache, dass er wegen aktiver SS- und NSDAP-Zugehörigkeit 1945 für etliche Wochen in Haft gewesen war.⁴⁰ Weniger spektakulär war der Fall eines Buchhalters im VEB Carl Zeiss Jena, der ebenfalls frühere Mitgliedschaften im Stahlhelm und in der SA verheimlicht hatte, die er bei seiner ursprünglichen Bewerbung 1933 bei den Zeiss-Werken noch als Auszeichnung angegeben hatte. Einem andere Zeissianer wurde nachgewiesen, zu Zeiten des spanischen Bürgerkrieges als Mitglied der Legion Condor an den Luftangriffen auf die spanische Zivilbevölkerung beteiligt gewesen zu sein. 1959 aus der SED ausgeschlossen wurde der Vorsitzende des Rates der Stadt Pößneck: Er war 1938 in die NSDAP eingetreten, dann in Leitungsfunktionen für den Reichskommissar und späteren Reichsstatthalter im Sudetengau tätig gewesen und hatte sich als dortiger Gauverwaltungsrat maßgeblich an der Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik beteiligt. Dies alles hatte er nach 1945 verheimlicht und sich stattdessen eine Antifa-Bescheinigung ausstellen lassen. In Wenigenauma wurde 1958 ein öffentlich längst als NS-Anhänger bekannter Mann ausgeschlossen, der mehrfach Fragebögen gefälscht und so verheimlicht hatte, dass er zuvor nicht nur in der SA aktiv gewesen war, sondern auch Unterschlagungen begangen, Deportationen jüdischer Menschen geleitet und Zwangsarbeiter*innen schikaniert hatte. Aus Ronneburg ist der Fall eines Mannes dokumentiert, der

³⁶ LATH-StA Rudolstadt: Landesleitung der SED Thüringen, Signatur 15, Bl. 11.

³⁷ LATH-StA Rudolstadt: Landesleitung der SED Thüringen, Signatur 14, Bl. 21.

³⁸ Sandra Meenzen: „Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit“: SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, S. 50, in: Historical Social Research, 35 (3), S. 50.

³⁹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Thüringen, Signatur 5764, ohne Paginierung.

⁴⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Thüringen, Signatur 5764, ohne Paginierung.

seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS und seinen Einsatz als SS-Mann in Lwow und in Frankreich verschwiegen und es nun zum Schüler der Bezirksparteischule geschafft hatte.⁴¹ Genannt sei auch der Hauptwachtmeister der Polizei Jena, der seit 1952 bei der Bereitschaftspolizei eingesetzt war: Er hatte ein Trinkgelage mit Kolleg*innen öffentlich als „Soldatentreffen“ bezeichnet und damit weitere Untersuchungen ausgelöst. Die Stadtleitung der SED schrieb:

„Es bildete sich eine Gruppe von Volkspolizei-Angehörigen, die mehrmals abends ausgingen und diese Treffen als Soldatentreffen bezeichneten. Dabei bezeichneten sie sich untereinander mit den Namen faschistischer Kriegsverbrecher Manteuffel, Kesselring, Guderian und so weiter [...]“

Dieser Kreis hatte schon begonnen, faschistische Tendenzen in die Unterkunft der Volkspolizei hineinzutragen. Dieses beweist das Vorkommnis am 20. April 1954⁴², als die Bereitschaftspolizisten in ihrer Unterkunft einen inzwischen ungewöhnlichen Geburtstag feierten: „Adolf der tausendjährige“⁴².

Allein die Säuberungsanstrengungen der SED in den 1950er-Jahren zu skizzieren, wäre unvollständig. Parallel dazu gab es auch einen konträren Umgang: Das Ministerium für Staatssicherheit sammelte Unterlagen aus der und über die NS-Zeit, monopolisierte und nutzte sie bald für eigene Zwecke. Ein Beispiel aus Jena ist Heinz Tittl, dessen frühere Mitgliedschaft in der NSDAP dem Ministerium für Staatssicherheit bereits 1953 angezeigt wurde. Er war zu diesem Zeitpunkt im Reichsbahnausbesserungswerk Jena angestellt, ehrenamtlicher Parteisekretär der SED und Leiter der Abteilung Arbeit und zudem als Informant der Staatssicherheit tätig. Die frühere Mitgliedschaft in der NSDAP wurde in den von der Kreisdienststelle der Staatssicherheit angelegten Lebensläufen verschwiegen. So wurde Tittl 1961 zum Zweiten Sekretär der Betriebsparteiorganisation und 1965 zum Ersten Sekretär der Industriekreisleitung berufen.⁴³ Sein Fall steht als ein Beispiel dafür, dass Loyalität zur DDR, und natürlich zählte die Bereitschaft zur Arbeit für die Staatssicherheit dazu, über Jahrzehnte hinweg vor einer Entlarvung schützen konnte. Von Fall zu Fall eröffnete diese – trotz der historischen Schuld – neue berufliche und/oder politische Karrierewege.

Insgesamt ist ein durchaus ambivalentes Agieren festzuhalten. Neben vielen Anstrengungen, ehemalige NS-Täter*innen ausfindig zu machen, sie aus der SED auszuschließen und auch aus wichtigen Berufen fernzuhalten, gab es eben auch das Verdecken früherer Mitgliedschaften und Aktivitäten in der NSDAP, wenn Loyalität oder gar Engagement für den neuen Staat vorhanden war. Noch 1969 legte das Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes eine große Zusammenstellung über prominente NSDAP-Mitglieder vor, die in der DDR aktiv waren.⁴⁴

⁴¹ Die aufgeführten Fälle sind dokumentiert im LATH-StA Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Thüringen, Signatur 5756, ohne Paginierung.

⁴² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Thüringen, Signatur 5755, ohne Paginierung.

⁴³ Sandra Meenzen: Praktizierter Antifaschismus. Der Funktionär Heinz Tittl und der Umgang der SED mit einer NS-DAP-Vergangenheit, in: Marcus Böick/Anja Hertel/Franziska Kuschel (Hrsg.): Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte, Berlin 2012, S. 29 f.

⁴⁴ Jürgen Danyel: Die SED und die kleinen PGs, a.a.O., S. 179.

Hakenkreuze in der Öffentlichkeit

Ende der 1950er-Jahre offenbarte sich, dass nationalsozialistisches Denken und Auftreten auch in der DDR keine Themen der Vergangenheit waren. Zunehmend berichteten die Sicherheitsbehörden über Hakenkreuzschmierereien und andere sicht- oder hörbare Formen der NS-Symbolik. Warum erst jetzt darüber berichtet wurde, bleibt unklar. Es ist kaum anzunehmen, dass es vorher nicht Ähnliches gegeben hatte. Möglich ist, dass die Zahlen tatsächlich erst jetzt deutlich anstiegen, weil der Nationalsozialismus Ende der 1950er-Jahre immer stärker Einzug in die Schlagzeilen der Medien hielt: Die DDR „überzog [...] die Bundesrepublik mit einer Kampagne ‚gegen ehemalige Nationalsozialisten in Bonner Diensten‘ nach der anderen“⁴⁵. Die Presse berichtete immer aufs Neue über ehemalige Täter*innen in Diensten der Bundesregierung, in deren Geheimdiensten und der neu entstandenen Bundeswehr. Vorstellbar ist, dass dadurch all diejenigen vermehrt zum Rückgriff auf nationalsozialistische Formeln und Symbole motiviert wurden, die ihre Ablehnung der DDR und Sympathien mit der Bundesregierung ausdrücken wollten. Konrad Weiß schrieb Jahre später dazu, dass sie „gerade durch ihre Hinwendung zum Faschismus [...] den gesellschaftlichen und staatlichen Autoritäten den allerheftigsten Schmerz zufügen“ konnten.⁴⁶ Möglich ist aber ebenso, dass die DDR selbst angesichts ihrer Vorwürfe in Richtung Bundesrepublik vorbeugend in Erfahrung bringen wollte, welche Vorhaltungen in Sachen Nationalsozialismus sie selbst zu befürchten hatte und daher ihre Sicherheitsbehörden anwies, entsprechende Untersuchungen anzustellen.

In den Berichten, die die Polizeiämter im Bezirk Gera bis dahin angefertigt hatten, standen andere Themen im Mittelpunkt. Ehemalige Nationalsozialist*innen waren dort zumeist als retrospektive Herausforderung erschienen – wiederholt im Zusammenhang mit illegalem Waffenbesitz oder als Konzentration in Produktionsbetrieben, weil die Entnazifizierung am Ende der 1940er-Jahre häufig die Entfernung aus alten Ämtern mit der künftigen Beschäftigung in der Produktion verbunden hatte. Der „Jahresbericht des Volkspolizeikreisamtes für Jena für das Jahr 1957“ hielt fest, dass es im Berichtszeitraum neun Verfahren wegen illegalen Waffenbesitzes gegeben hatte. Dabei seien keine Gruppenbildungen illegaler Waffenbesitzer ermittelt worden, sondern „in jedem Fall [...] Einzelpersonen, deren Vergangenheit in der Hauptsache faschistisch war [...]“.⁴⁷ Ein Jahr zuvor hatten Waffen- und Munitionsfunde in Jena, Golmsdorf und Camburg nach polizeilicher Lesart gezeigt, „dass [...] noch Elemente vorhanden sind, die krampfhaft an ihren Waffen der vergangenen Zeit harren“⁴⁸. Und als das Volkspolizeikreisamt Jena 1959 aufgefordert war, zur „Lösung der volkspolizeilichen Aufgaben zum Gelingen des Siebenjahresplanes auf dem Territorium Jena-Stadt und Land“ Stellung zu beziehen, wiesen die Verfasser*innen ausdrücklich auf einzelne Betriebe hin:

„Im VEB Jenapharm besteht eine Konzentration ehemaliger NSDAP-Mitglieder und faschistischer Offiziere. [...] Im Reichsbahnausbesserungswerk ist eine starke Konzentration von Umsiedlern. Teile der Belegschaft waren Mitglieder der SA oder

⁴⁵ Jürgen Danyel: Die SED und die kleinen PGs, a.a.O., S. 179.

⁴⁶ Konrad Weiß: Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.): Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Diskussion, Erfurt 1992, S. 22.

⁴⁷ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1246, Bl. 55.

⁴⁸ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1435, Bl. 21.

anderer faschistischer Gliederungen. [...] Das VEB Zementwerk Göschwitz selbst ist ein Sammelbecken reaktionärer Elemente. Ehemalige leitende NSDAP (sic!) sind dort als Arbeiter tätig.⁴⁹

Der gleiche Bericht verwies an anderer Stelle auf ein zweites Phänomen: ein verstärktes Auftreten junger krimineller Gruppen. Zunächst war für Jena von drei Gruppen die Rede, die gewalttätige Übergriffe auch auf Angehörige der Polizei verübt hätten.⁵⁰ Ihnen wurden auch sexuelle Gewalttaten zugeschrieben. Eine Schlüsselrolle für die Herausbildung der kriminellen Gruppen, so die Ermittler*innen, nahm ein früherer und inzwischen zurückgekehrter Fremdenlegionär ein.⁵¹ Für die Bezirksebene berichtete die Polizei erstmals von Hakenkreuzschmierereien und anderen Formen der Verwendung alter NS-Symbolik – so in Pößneck und Gera, Greiz, Jena sowie in der Umgebung von Triptis. Tatorte waren u. a. der VEB Zeiss Jena und der VEB Greika (Greizer Kammgarnwebereien) in Greiz, zu dem es vielsagend und wiederum mit Blick in die Vergangenheit hieß: „Die Konzentration von ehemaligen Angehörigen der NSDAP ist zu beachten.“⁵² Ende 1959 stellte die Bezirksbehörde der Volkspolizei in Gera damit explizit nicht ehemalige Nationalsozialist*innen, sondern junge Menschen heraus:

„Bei der Betrachtung der Täterpersönlichkeiten ist auffällig, dass ein großer Teil der Täter Jugendliche oder Menschen sind, die aufgrund ihres Alters den Faschismus nicht kennengelernt haben. Die Gründe hierfür sind in der verstärkten Faschisierung der Westzonen und damit verbundenen Beeinflussung eines Teils unserer Jugendlichen durch Einschleusung von Hetz- und Schundliteratur [...] zu suchen.“⁵³

Inzwischen führte auch die Regierung der DDR Statistiken über rechte Delikte. Das Ministerium für Staatssicherheit zählte 1959 1.418 „Hetzlosungen und faschistische Schmierereien“. Ein Jahr zuvor waren es 40 % mehr. Die Schwerpunkte lagen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Dresden, Halle und Berlin und somit außerhalb Thüringens. 1960 registrierte das Ministerium des Inneren wiederum einen Anstieg auf etwa 3.000 neonazistische und 600 antisemitische Schmierereien.⁵⁴ Für 1960 ist in den Unterlagen der Sicherheitsbehörden auch eine Herausbildung organisierter rechter und rechtsextremer Gruppen dargestellt. Als Begründung für dieses zumindest aus Sicht der Polizei und des Ministeriums für Staatssicherheit neue Phänomen trugen beide ähnliche Argumente vor, wie auch die Polizei im Bezirk Gera angeführt hatte: das jugendliche Alter der Täter*innen, v. a. aber deren Beeinflussung und Anstiftung aus der benachbarten Bundesrepublik, benannt als „politisch-ideologische Diversion“ (PID). Beide Begründungszusammenhänge blieben bis 1990 die hauptsächlichen Erklärungsmuster für Rechtsextremismus, boten sie doch einen Ausweg aus dem Dilemma, dass solche Einstellungen in der DDR offiziell als ausgerottet und überwunden galten.⁵⁵

⁴⁹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 198 ff.

⁵⁰ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 203.

⁵¹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1365, Bl. 29.

⁵² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1364, Bl. 160.

⁵³ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 174.

⁵⁴ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017, S. 114.

⁵⁵ Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2018 (zweite Auflage), S. 34 ff. Siehe auch Monika Schmidt: Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation, Berlin 2007, S. 104.

Hakenkreuze und rechtsextreme Organisation in den 1960ern

Anfang Januar 1960 kam es in Ostthüringen an vielen Orten zu öffentlichen antisemitischen Schmierereien und Hakenkreuzschmierereien. Staatssicherheit und Polizei bildeten gemeinsame Ermittlungsgruppen, harte Strafen wurden angekündigt. In Jena wurde eine Gruppe junger Arbeiter*innen als Täter*innen ermittelt, die Ermittlungen wurden aber nicht sonderlich intensiv fortgeführt. Dabei spielte das Ministerium für Staatssicherheit eine fragwürdige Rolle. Die Bildung rechtsextremer Gruppen nahm in diesem Jahrzehnt deutlich zu – auch in Rudolstadt und Zeulenroda wurden entsprechende Gruppierungen entdeckt und aufgelöst.

Hatte das Polizeiamt in Jena Ende der 1950er-Jahre verstärkt über kriminelle Jugendbanden und einen zurückgekehrten Fremdenlegionär als deren zentrale Figur berichtet, kamen ab November 1959 neonazistische Schmierereien und kurz darauf erste rechtsextreme Organisationsansätze hinzu. Wenngleich diese Organisationsversuche, zumindest soweit in den Polizeiakten dokumentiert, zumeist kurzlebig blieben und insofern keinesfalls mit bundesdeutschen Parteien und Verbänden vergleichbar waren, stellten sie doch eine neue Qualitätsstufe dar.

Am 9. November 1959 berichtete die Polizei in Jena über zehn Fälle von Hetzlosungen und aufgemalten Hakenkreuzen, „unter anderem im VEB Zeiss Jena, VEB Porzellanwerk Kahla und in der HOG Kupferhütchen Jena“, zudem über einen sichtbareren Anstieg von Waffendelikten bei Jugendlichen.⁵⁶ Auch in Greiz und einigen Vororten nahmen die Sicherheitsbehörden verstärkte Hakenkreuzschmierereien wahr, „wo eine verbrecherische Gruppe als Täter angenommen werden kann“⁵⁷. Während in Greiz die Staatssicherheit die Ermittlungen übernahm, argumentierte die Geraer Bezirksbehörde der Polizei bei der Frage nach möglichen Motiven auf Grundlage der Sprachregelung des Innenministeriums und der Staatssicherheit und wies auf das jugendliche Alter und die Beeinflussung der Täter*innen „durch Einschleusung von Hetz- und Schundliteratur“ hin.⁵⁸

Tatsächlich waren die Einflüsse aus der Bundesrepublik nicht zu unterschätzen: Mit dem Jahreswechsel 1959/60 erhielt das öffentliche Anbringen nationalsozialistischer Zeichen und Parolen in der DDR deutlichen Auftrieb aus dem Nachbarstaat. In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember schändeten zwei Rechtsextremisten die Synagoge in Köln mit roten Hakenkreuzen und dem Spruch

⁵⁶ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1435, Bl. 222.

⁵⁷ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, Signatur 1366, Bl. 211.

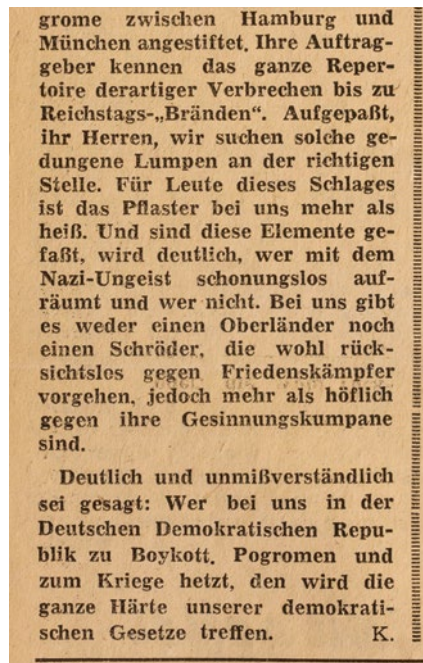
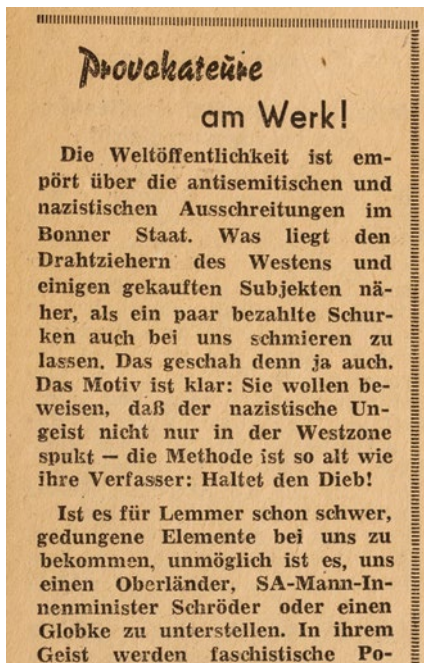
⁵⁸ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei Gera, Signatur 1364, Bl. 174.

„Deutsche fordern Juden raus“. Sie beschmierten außerdem ein nahe gelegenes Mahnmal für Opfer der Gestapo. Als Täter*innen wurden zwei Mitglieder der Deutschen Reichs-Partei ermittelt. Bundeskanzler Konrad Adenauer kommentierte das u. a. mit dem Aufruf: „Wenn Ihr irgendwo einen Lummel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.“⁵⁹

Antisemitismus 1960

Die Kölner Taten wurden zu einer regelrechten Initialzündung. In den folgenden Wochen kam es bis ins Frühjahr 1960 hinein zu einer Welle weiterer antisemitischer Schmierereien und Angriffe in vielen bundesdeutschen Städten, über die in den DDR-Medien breit berichtet wurde. Aber auch hier und ebenso im Bezirk Gera kam es zu einer vergleichbaren Serie. Die Polizei notierte:

„In der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1960 sind im Bezirk Gera [...] 44 faschistische Schmierereien (davon wurden elf aufgeklärt) angefallen. [...] Als Schwerpunkte ergeben sich die Kreise Jena, Pößneck und Rudolstadt. [...] Zur Bekämpfung dieser Delikte wurden im Bezirk zehn Brigaden, zusammengesetzt aus Genossen des MfS und der Volkspolizei, eingesetzt.“⁶⁰



„Provokateure am Werk“, Volkswacht, 6. Januar 1960 (Stadtarchiv Jena)

⁵⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 11, 19. Januar 1960, S. 89.

⁶⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1364, Bl. 88.

Mancherorts gab die Polizei auffällig schnell strafunmündige Kinder als Täter*innen an. Verklausuriert und widersprüchlich merkte sie in ihren Berichten an:

„In keinem Falle konnte festgestellt werden, dass die Kinder als Werkzeuge in mittelbarer Täterschaft benutzt wurde. Die Befragung der Kinder ergab, dass in fast allen Fällen die Anregung zu den Schmierereien vonseiten des Lehrers oder des Elternhauses die Ursache war.“⁶¹

In welcher Form die Gespräche über Hakenkreuzschmierereien in den Elternhäusern und an den Schulen geführt wurden, ob ablehnend, mit vernehmbaren antisemitischen Untertönen oder gar mit Sympathien, und in welcher konkreten Form sie Auslöser für die Taten wurden, blieb unbeantwortet.

Einer der wichtigsten Tatorte in diesem Kontext war die Stadt Jena: Am 4. Januar 1960 tauchten hier an 19 öffentlichen Plätzen sichtbare NS-Zeichen und antisemitische Parolen auf. Die „Volkswacht“, Tageszeitung der SED-Bezirksleitung Gera, machte hier keine Kinder, sondern vom Westen bezahlte Agent*innen verantwortlich:

„Die Weltöffentlichkeit ist empört über die antisemitischen und nazistischen Ausschreitungen im Bonner Staat. Was liegt den Drahtziehern des Westens und einigen gekauften Subjekten näher, als ein paar bezahlte Schurken auch bei uns schmieren zu lassen. Das geschah denn ja auch. Das Motiv ist klar: Sie wollen beweisen, dass der nazistische Ungeist nicht nur in der Westzone spukt. [...] Deutlich und unmissverständlich sei gesagt: Wer bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik zu Boykott, Pogromen und zum Kriege hetzt, den wird die ganze Härte unserer demokratischen Gesetze treffen.“⁶²

In Westberlin demonstrierten im Januar 1960 etwa 40.000 Menschen gegen die neonazistischen und antisemitischen Schmierereien, über eine ähnlich ablehnende Reaktion der Jenaer Einwohner*innen ist nichts bekannt. Hier setzte sich die Serie von nun an kontinuierlich fort, wie die Quartalsberichte der Jenaer Polizei dokumentierten. War am 4. Januar vor allem das Schottviertel betroffen, so erweiterten sich die Schmierereien bald auf das Hauptwerk des VEB Zeiss im Stadtzentrum, zwei Kinos, den Holzmarkt als belebten Platz in der Stadtmitte, die nahe gelegenen Ortschaften Kahla und Camburg und sogar auf das Gebäude des Volkspolizeikreisamtes. Während in Kahla im August 1960 drei Festnahmen erfolgten, hielt die Serie in Jena an. Im September wurde hier auch das Ehrenmal der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes am Heinrichsberg geschändet. Zwar kam es in diesem Zusammenhang zur Festnahme eines jungen Mannes, während ein zweiter Täter angeblich nach Westberlin fliehen konnte. Die NS-Schmierereien aber setzten sich über Jahre hinweg fort. Im November 1969 bilanzierte die Polizei:

„Schmierereien in Jena: Brennpunkt besteht bereits seit mehreren Jahren. Bisher umfasst er dreißig Straftaten. Umfangreiche und verschiedene Maßnahmen im

⁶¹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 87.

⁶² „Provokateure am Werk!“, in: Volkswacht vom 6. Januar 1960.

*Verlauf der Bearbeitung eingeleitet: Fallen aller Art (auch durch kriminaltechnisches Institut), Personenüberprüfungen, Observationen und so weiter. Täter unberechenbar im Anfall. Setzt monatelang aus, plötzlich ein, zwei oder drei Handlungen. Seit Juni kein Anfall mehr.*⁶³

Während Kinder und Jugendliche andernorts zur regelmäßig bemühten Argumentation und zu einem Versuch der Entlastung wurden, war dies in Jena nicht möglich: Die Gebäude des VEB Zeiss waren gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt, sodass für die hier verübten Taten in erster Linie Zeiss-Beschäftigte oder andere Zugangsberechtigte infrage kamen.

In der Zeit vom 1.1. - 15.2.1960 sind im Bezirk G e r a
16 Delikte "Hetze besonderer Art" und 44 Delikte
faschistische Schmierereien angefallen.

Diese Delikte gliedern sich auf folgende Kreise:

VPKA	"Hetze bes.Art"	faschistische Schmierereien
Eisenberg	-	4
Gera	33	3
Greiz	2	5
Jena	5	5
Lobenstein	2	4
Pörsneck	1	6
Rudolstadt	2	6
Saalfeld	-	4
Schleiz	-	5
Stadtroda	-	2
Zeulenroda	1	2
insgesamt	16	44

Auszug aus einem Polizeibericht Anfang 1960 (Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Rudolstadt, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera Nr. 1364, Bl. 88)

Die „Gruppe Cospeda“

Unmittelbar nach dem 4. Januar 1960 war auch in Jena eine enge Zusammenarbeit zwischen Staatssicherheit und Polizei zur Aufklärung vereinbart worden. Jeweils fünf Mitarbeitende beider Sicherheitsorgane hatten zunächst die Bearbeitung übernommen.⁶⁴ Die Führung lag eindeutig beim Geheimdienst, es zeigte sich aber, dass dort eigene Interessen handlungsleitend wurden. 1965 zog die Kreisdienststelle der Staatssicherheit ein verheerendes Fazit der Ermittlungen: Diese seien nur zwischen November 1962 und Februar 1963 „zielgerichtet bearbeitet“ worden und dann wieder unbearbeitet geblieben.⁶⁵ Tatsächlich ziehen sich die Akten über mehrere Jahre hinweg, zu einer Anklage gegen die Hauptverdächtigen kam es nicht. Unter Verdacht war bald eine Gruppe junger Arbeiter*innen aus dem Schottviertel geraten, die den kriminellen Jugendbanden vom Ende der

⁶³ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1736, Bl. 169.

⁶⁴ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1364, Bl. 86.

⁶⁵ BA-StUA: MfS BV Gera, AOP 1630/65, Bl. 182 ff.

1950er-Jahre zugeordnet war. Sie trat „laufend negativ in Erscheinung“, nicht nur mit neonazistischen Aktivitäten.⁶⁶ Namentlich erfasst wurden sechs Männer im Alter von 17 bis 21 Jahren: Vier davon waren als Werkzeugmacher, Feinmechaniker und Modelltischler im Südwerk des VEB Zeiss tätig, einer als Malerlehrling in der PGH Maler Jena, der sechste war als Werkzeugmacher in einem anderen Betrieb beschäftigt. Weitere sechs bis acht andere Personen, die die Staatssicherheit auflistete, hatten die DDR inzwischen illegal verlassen und hielten sich im Raum Pirmasens auf, so die Kreisdienststelle Jena im Dezember 1961.⁶⁷ Sie stellte Ende 1962 und Anfang 1963 zumindest zeitweise engmaschige Beobachtungen an, in die sowohl informelle Mitarbeiter*innen als auch die Hauptabteilung VIII einbezogen wurden, die auf Mitschnitte von Telefongesprächen, heimliche Fotoaufnahmen und verdeckte Wohnungsdurchsuchungen spezialisiert war. Eine Wohnung in der Nähe eines der Verdächtigen wurde zu dessen Überwachung genutzt. Einer Spaltung der Gruppe sollte die Anwerbung eines der Männer für die Ordnungsgruppen der FDJ dienen. Dieser Versuch endete allerdings mit dem Austritt des Mannes aus der FDJ. Während der Überwachung erwies sich, dass die Gruppe nicht hermetisch abgeriegelt handelte, sondern durchaus öffentlich auftrat und überhaupt sehr offen gegenüber anderen agierte. So wurden neue Gruppenzugehörige erfasst, u. a. ein Beschäftigter des VEB Kraftverkehrs Jena und einer des technisch-physikalischen Institutes der Universität. Da ein Teil sich regelmäßig außerhalb des Stadtzentrums in Ausflugsgaststätten traf, wo sie sich offenbar weniger beobachtet fühlten, benannte die Staatssicherheit sie intern als „Gruppe Cospeda“: In diesem Dorf nördlich von Jena befand sich einer der regelmäßigen Treffpunkte. Die bisherigen Ermittlungsergebnisse fasste die Jenaer Kreisdienststelle am 15. November 1962 zusammen:

„Die Gruppe von Jugendlichen, die insgesamt erfasst sind, hat sich im Verlaufe der letzten zwei Jahre zusammengefunden. Der genannte (Name anonymisiert, ME) versucht fortlaufend, diese jugendliche Gruppierung faschistisch zu beeinflussen. Dies geschieht in der Form, dass er fortlaufend diese Jugendlichen mit ‚Heil Hitler‘ begrüßt, verschiedentlich faschistische Lieder wie das ‚Deutschlandlied‘, ‚Erika‘ und andere singen lässt und von sich aus immer wieder anstimmt. Des Weiteren versuchte er die Jugendlichen zu veranlassen, sich das Buch Hitlers ‚Mein Kampf‘ zu verschaffen und sich darin Anleitung zu suchen. Weiter forderte er die Jugendlichen auf, sich Braunhemden zu verschaffen, um der Gruppe einen faschistischen Charakter zu geben. Er selbst versuchte ebenfalls, sich ein solches zu verschaffen. (Name anonymisiert, ME) bringt weiterhin zum Ausdruck, dass er mit der Gruppe Exerzierübungen und Ähnliches durchführen will. Dass die Gruppe noch jetzt in Aktion ist beweist die Tatsache, dass vor circa drei Wochen von Bürgern der Stadt bemerkt wurde, wie Jugendliche faschistische Lieder singend in die Stadt marschierten. [...] (Name anonymisiert, ME) bringt in den erfassten Kreis von Jugendlichen antisemitische Argumentationen. So stellt er die Hinrichtung des Judenmörders Eichmann als Mord hin, gebraucht im genannten Kreis oft das Argument ‚Wir sind gute Deutsche und keine Juden‘.“⁶⁸

⁶⁶ BA-StUA: Ebenda, Bl. 52.

⁶⁷ BA-StUA: Ebenda, Bl. 53.

⁶⁸ BA-StUA: Ebenda, Bl. 28 f.

An anderer Stelle referierte die Staatssicherheit zudem, dass die Gruppe Anschluss an ehemalige Nationalsozialist*innen suchte:

„Er sagte ferner, dass nach 1945 die Nazis nach Westdeutschland abgehauen sind, um sich der Bestrafung zu entziehen. Jetzt würden diese alle wieder in die DDR kommen und sie müssten mit solchen Beziehungen aufnehmen, um einen Umsturz vorzubereiten.“⁶⁹

Es handelte sich also um eine offen agierende, von der Zusammensetzung her wechselnde Gruppe vorwiegend männlicher junger Arbeiter. Der Kern kannte sich aus gemeinsamer Schulzeit und aus den Jugendbanden vom Ende der 1950er-Jahre. In dieser kriminellen Szene spielte der bereits genannte ehemalige Fremdenlegionär eine Schlüsselrolle. Er war zeitweise mit der Schwester eines der hier Hauptverdächtigen liiert und ohne Zusammenhang mit den NS-Propagandadelikten zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Neonazistische Agitation und Antisemitismus waren offenbar nicht die gemeinsame Klammer der Gruppe, wurden aber von einigen der Männer immer wieder hineingetragen und stießen jedenfalls nicht auf Ablehnung. Offenkundig stiftete das auch andere Personen außerhalb der Gruppe zu Schmierereien an. Die anfangs auf das Schottviertel begrenzten Tatorte weiteten sich jedenfalls auf die Arbeitsorte zweier junger Frauen aus dem Umfeld aus. Zumindest anfänglich war es erklärtes Ziel einiger Gruppenmitglieder, die DDR Richtung Bundesrepublik zu verlassen. Ein Teil hatte dies bereits 1961 getan, hielt aber weiterhin Kontakt. Andere unternahmen im Oktober 1961 einen missglückten Fluchtversuch.

Die Staatssicherheit zielte mit ihrer Arbeit im Zeitraum von November 1962 bis Februar 1963, in dem die Ermittlungen ernsthaft betrieben wurden, nach eigener Darstellung auf die Zerschlagung der Gruppe sowie auf die Inhaftierung zumindest eines Mannes, aber auch auf die Anwerbung eigener informeller Mitarbeiter*innen „zur operativen Bearbeitung der Gruppe und zum weiteren Einsatz in Richtung Untergrund, insbesondere unter der Jugend“⁷⁰. Die Anwerbung des Mannes war detailliert geplant und formell für den 12. November 1962 vorgesehen. Seine Tätigkeit für die Staatssicherheit sollte sich dann gegen eine andere Gruppe in Jena richten, die der DDR ablehnend gegenüberstand, aber keinen neonazistischen Hintergrund hatte. Sie war seit Sommer 1961 wiederholt mit Flugblattaktionen und in der Öffentlichkeit aufgemalten Forderungen hervorgetreten und hatte ihre bis dahin öffentlichste Aktion Mitte Oktober 1962 verübt. Nun sollte sie endlich ermittelt und zerschlagen werden. Tatsächlich trat, so ein späterer Artikel,⁷¹ Anfang Dezember 1962 ein bisher unbekannter Mann an diese Gruppe heran, der sich dann als geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheit herausstellte. Aus den vorliegenden Archivunterlagen ist nicht mit letzter Sicherheit zu belegen, dass das der neu angeworbene Spitzel aus der neonazistischen Gruppe aus dem Schottviertel war. Die zeitliche Parallelität der Handlungsstränge ist aber zumindest ebenso auffällig wie die weitere Entwicklung: Die Gruppe in Jena-Ost wurde Mitte Februar 1963 zerschlagen, ihre

⁶⁹ BA-StUA: Ebenda, Bl. 43, vgl. auch Bl. 54.

⁷⁰ BA-StUA: Ebenda, Bl. 80.

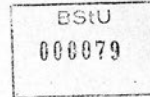
⁷¹ Heinz Voigt: Weg mit Ulbricht – gebt uns Freiheit und was zum Fressen. Vor fünfzig Jahren wurde in Jena eine jugendliche Widerstandsgruppe zerschlagen, in: Gerber-gasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, Ausgabe 3/2013, S. 28 ff.

Mitglieder inhaftiert und zu langen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. In einem Sammelbericht der Hauptabteilung IX der Staatssicherheit wurden sie bezichtigt, „eine über große Teile der Deutschen Demokratischen Republik verzweigte und straff geleitete Untergrundorganisation“ schaffen zu wollen.⁷² Nationalsozialistisch motivierte Delikte spielten in diesem Zusammenhang allerdings keinerlei Rolle.

⁷² BA-StUA: MfS, HA IX, MF 11884, Bl. 6.

Kreisdienststelle Jena
Arbeitsgruppe V

Jena, den 2.11.62
GÜ.



Maßnahmeplan zur Bearbeitung der
Gruppe " [REDACTED] "

Verantwortlich : Gen. Lt. S a o h s e
Gen. Ultn. M e s s e r s c h m i d t
Gen. Ultn. G ü h n e

I. Einschätzung des Materials

Bei den im Material erfaßten Jugendlichen handelt es sich um eine Gruppe, die bereits im Jahre 1960 wegen Verdacht der fasch. Schmierereien bearbeitet wurden. Diese Jugendlichen konzentrieren sich alle im Südviertel Jenas. (Tatzendpromenade - Fritz Reuter Str. Die Bearbeitung erfolgte nicht bis zur vollständigen Klärung des Charakters der Gruppierung. Eine aktive Bearbeitung wurde erst weider im Juli diesen Jahres (Schmiererei Zeiß - Südwerk) aufgenommen.

Im Material wurden insgesamt 9 Jugendliche erfaßt und aufgeklärt. Fünf dieser Jugendlichen sind bereits wegen verschiedenen krimi - nellen und gesellschaftsgefährdenden Delikten angefallen und haben Freiheitsstrafen verbüßt.

Bei den Personen handelt es sich um jugendliche Arbeiter, die im VEB Zeiß, beim VEB Kraftverkehr, in der PGH Maler und in Insti - tuten arbeiten.

Zum Charakter der Gruppe wurde ermittelt, dass zwischen den einzelnen Jugendlichen keine ständigen und fest fundamentierten Verbindungen bestehen. Ein festes Programm sowie staatsgefährdende Zielstellungen sind bisher noch nicht bekannt.

Es liegen jedoch Hinweise vor, dass der [REDACTED] im Jahre 1960 eine Bande nach faschistischen Muster und fasch. Ziel - stellung gründen wollte. Ein Teil der Jugendlichen lehnte dies jedoch ab. Die Gründung einer solchen Bande erfolgte nicht.

- 2 -

Die Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatssicherheit hatte Ende Januar 1963 in einem elfseitigen, materialreichen Bericht vorgeschlagen, gegen eine der zentralen Personen der „Gruppe Cospeda“ nun endlich ein offizielles Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen nach Paragraph 19 Strafrechtsergänzungsgesetz der DDR einzuleiten.⁷³ Das lehnte die Bezirksverwaltung in Gera Anfang März ab, also nach den Verhaftungen in Jena-Ost, und begründete das u. a. damit, dass der Vater des Verdächtigen informeller Mitarbeiter der Kreisdienststelle Jena sei. Es sei nicht beachtet worden,

„vorher zu prüfen, wie sich diese strafprozessuale Maßnahme auf die weitere Verwendung des IM (Vater des Verdächtigen) auswirkt. Weil es sich unserer Meinung nach um eine Grundfrage der operativen Arbeit handelt ist es unerlässlich, darüber Klarheit zu schaffen und das Ergebnis der Abteilung IX unverzüglich mitzuteilen.“⁷⁴

Vom Oktober 1965 datiert der oben bereits zitierte Abschlussbericht der Kreisdienststelle Jena über den mittlerweile seit mehr als fünf Jahren laufenden Vorgang. Mit ihm wurde vorgeschlagen, den Operativverlauf im Archiv abzulegen. Die Bearbeitung habe negative Momente bestätigt. Zum engeren Kreis hätten neun Jugendliche unter 25 Jahren gehört, sie seien „auf dem Index“ erfasst worden. Ziel der operativen Arbeit sei es gewesen, „die Gruppe zu zerschlagen und den (Name anonymisiert, ME) als Hauptperson zu inhaftieren“. Seit der letzten ernsthaften Bearbeitung im Februar 1963 habe sich der Kontakt der anderen Männer zum Verdächtigen aber entschieden gelockert. Ein weiterer Teil der Gruppenangehörigen sei zur Armee einberufen worden.

„Mit bereits erfolgter Auflösung der Gruppe und der Anwerbung des (Name anonymisiert, ME) durch die Operativgruppe der -K- erübrigt sich die weitere Bearbeitung des Operativverlaufes.“⁷⁵

Das Anbringen von NS-Symbolik insbesondere im Süd- und im Hauptwerk des VEB Zeiss wie auch an anderen Stellen der Stadt setzte sich unterdessen fort und blieb, wie beschrieben, bis 1969 Gegenstand der polizeilichen Berichte. 1969 endete die Berichterstattung dazu in den Polizeiakten plötzlich, ohne dass weitere Ermittlungserfolge oder Strafverfolgungen bekannt wurden.

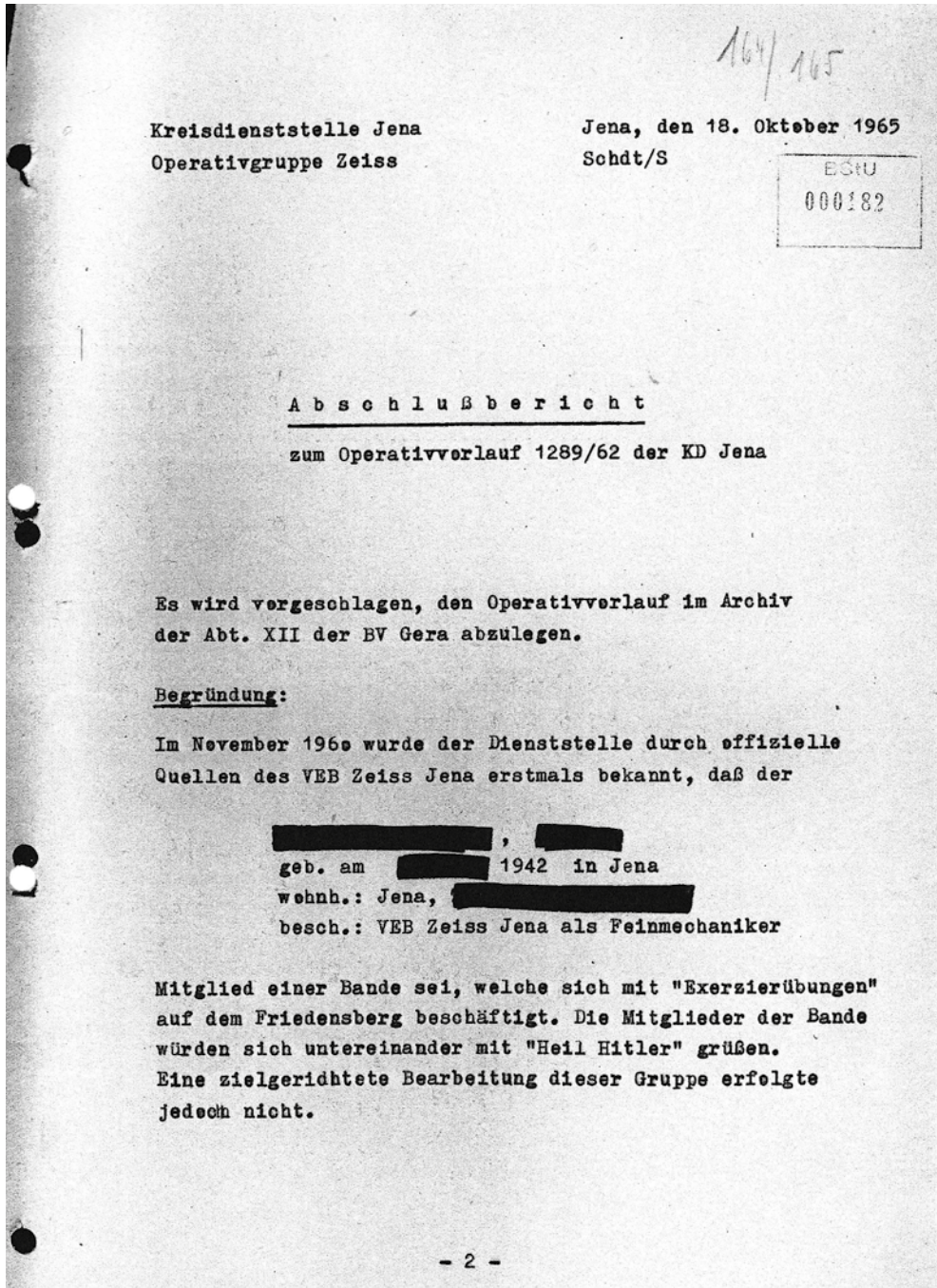
Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Die Sicherheitsbehörden identifizierten die Mitglieder der Gruppe zwar und hatten zumindest zeitweise ein dichtes Überwachungsnetz angelegt, von mangelndem Wissen kann also keine Rede sein. Allerdings gab es augenscheinlich unterschiedliche, vielleicht auch wechselnde Ziele. Polizei und Staatssicherheit kann es in ihren Ermittlungen sowohl um die rein kriminell-motivierten Handlungen als auch um die Verbindungen zu den Republikflüchtlingen und weiteren Fluchtwilligen gegangen sein, ebenso um die NS-Gesinnung einzelner Täter. Auffällig bleibt, dass das übergeordnete Bezirksamt der Staatssicherheit 1963 den Vorschlag zur Eröffnung eines offiziellen Ermittlungsverfahrens ablehnte, um den Vater eines Verdächtigen in seiner Rolle

⁷³ BA-StUA: MfS BV Gera, AOP 1630/65, Bl. 166 ff. Der Paragraph 19 des Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR stellte die Verherrlichung und Propagierung des Faschismus und Militarismus sowie Hetze gegen andere Völker oder Rassen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten unter Strafe.

⁷⁴ BA-StUA: MfS BV Gera, AOP 1630/65, Bl. 179. Die genannte Abteilung IX war die für strafrechtliche Ermittlungen zuständige Einheit.

⁷⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 184. Das „K“ stand für die Kriminalpolizei.

als inoffizieller Mitarbeiter zu schützen. So blieben Freiräume für diejenigen bestehen, die weitere Hakenkreuze in der Öffentlichkeit anbrachten. Ebenso beachtlich ist die Funktionalisierung der Ermittlungen zur Gewinnung neuer Spitzel aus der Gruppe sowohl durch die Staatssicherheit als auch durch die Polizei.



- 2 -

165

ES+U
000183

Die operative Bearbeitung dieser Gruppe, aufgenommen 1962 durch inoffizielle Hinweise, erbrachte die Bestätigung dieser u.a. negativer Momente.

Zu dem engeren Kreis dieser Gruppe gehörten 9 Jugendliche im Alter unter 25 Jahren. Diese Personen sind auf dem Index erfaßt. Weitere Jugendliche wurden vor dem 13. 8. 61 r.-flüchtig (s. Schlußbericht S. 148 - 158).

Das Ziel der operativen Bearbeitung bestand darin, da die Tätigkeit dieser Gruppe hohe gesellschaftsgefährdende Auswirkungen haben konnte, die Gruppe zu zerschlagen und den [REDACTED] als Hauptperson zu inhaftieren.

Der Vorgang wurde nur in der Zeit vom November 1962 - Februar 1963 zielgerichtet bearbeitet.

Anschließend blieb er monatelang ohne Bearbeitung.

In der Zwischenzeit hat sich der Kontakt der Jugendlichen zu dem [REDACTED] entschieden geleckert und einige Jugendliche mieden den Umgang mit [REDACTED] völlig.

Ein weiterer Teil der Angehörigen dieser Gruppe wurde zur NVA einberufen.

Bei der Operativgruppe der K des VPKA Jena ist der [REDACTED] inzwischen kriminell angefallen (in das vorhandene Material wurde durch das MfS (Einsatzgruppe) Einsicht genommen. Von seiten der Op.-Gruppe -K- wurde beabsichtigt, den [REDACTED] auf Kontakt zu nehmen und als IM zu werben.

- 3 -

- 3 -

166
EStU
000184

Zu diesem Zweck wurden offizielle Hinweise über das Ausmaß der negativen Handlungen des [REDACTED] und der Gruppe sowie eine Einschätzung zur Person [REDACTED] aus dem Operativverlauf an die Op.-Gruppe der -K- mündlich übertragen.

Mit bereits erfolgter Auflösung der Gruppe und der Anwerbung des [REDACTED] durch die Op.-Gruppe der -K- erübrigt sich die weitere Bearbeitung des Op.-Verlaufes.

[REDACTED] z.Zt. bei der NVA.

Schumann
Schumann
Hauptmann
Operativgruppenleiter

Schmidt
Schmidt
Oberfeldwebel

v. Schumann, Altm.
Müller
Hauptmann
Leiter der KD

Rudolstadt, Zeulenroda und anderswo: rechte Organisationsversuche

Versuche neonazistischer Organisation gab es zu Beginn der 1960er-Jahre nicht nur in Jena. Harry Waibel berichtet von entsprechenden Vorkommnissen in mehreren Bezirken, so von einem „Kampfbund nationalsozialistischer Erneuerer des Großdeutschen Reiches“ in Leipzig und einer weiteren Gruppe im Raum Sonneberg⁷⁶ und das Ministerium für Staatssicherheit auch von einem „Großdeutschen Geheimbund“ im Bezirk Karl-Marx-Stadt sowie einer Gruppe Magdeburger Polizisten:

„Die Mitglieder der Gruppe verherrlichten zum Beispiel in ausgesprochen fanatischer Form die Überfälle der faschistischen Wehrmacht auf andere Völker sowie die von den Faschisten begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit [...] und propagierten die SS als ihr Vorbild.“⁷⁷

Auch in Rudolstadt wurde Mitte März 1960 eine Anzeige erstattet. Ein Beschäftigter des VEB Kunstfaserwerks Wilhelm Pieck hatte dort einen Arbeitskollegen für seine „Deutsche Widerstandsbewegung“ zu werben versucht. Die Polizei Rudolstadt notierte, dass diese Gruppe sich ein konkretes Programm gegeben habe, das eine Anleitung „zu ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit“ sei, „die weitere Bearbeitung dieser Gruppe hat das Ministerium für Staatssicherheit übernommen“⁷⁸. Fünf junge Männer wurden verhaftet. Sie alle waren Auszubildende im Werk. Bei ihren Ermittlungen stieß die Polizei auf ein gemeinsames Statut sowie auf nationalsozialistische Symbolik. Im Statut war eine Reihe programmatischer Punkte aufgelistet, in denen die grundsätzliche Ablehnung der DDR mit extrem rechter Ideologie verwoben war. Unter Punkt 8 hieß es etwas schelmisch:

„Wir wollen weder Links- noch Rechtsradikalismus in unserer Bewegung. Abgesehen davon, dass es Linksradikale bei uns nicht gibt, so könnten jedoch Rechtsradikale bei uns sein. Diese können uns bei den Kommunisten als nationalsozialistische Organisation in Verruf bringen und ihre Propaganda hätte etwas zu tun.“⁷⁹

Die Gruppe war u. a. übereingekommen, die Organisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ zur Aneignung bestmöglicher Kenntnisse in der Handhabung von Waffen zu nutzen. Das Bezirksgericht Gera verhängte hohe Haftstrafen: Der Anführer, der Anfang 1959 aus der Bundesrepublik in die DDR übersiedelt war, wurde zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die anderen zu Zuchthaus- beziehungsweise Gefängnisstrafen zwischen zehn Monaten und zwei Jahren. Die inzwischen erfolgten Solidaritätsaktionen anderer Auszubildender im Kunstfaserwerk waren eindeutig: Sie trugen Ketten mit Silbermünzen, die Hindenburg- und Hakenkreuzprägungen zeigten, auch ein Porträt Adolf Hitlers wurde gefunden.⁸⁰ Die Polizei berichtete, dass die weitere Bearbeitung ausschließlich durch das Ministerium für Staatssicherheit erfolgte und stellte Ende 1960 fest:

⁷⁶ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017, S. 198 f.

⁷⁷ BA-StUA: MfS, HA IX, MF 11884, Bl. 12.

⁷⁸ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1366, Bl. 390.

⁷⁹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda Bl. 390.

⁸⁰ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda Bl. 397.

„Die Erscheinungen des Tragens von Halsketten aus alten Zweimark-Stücken und dem Kopf von Hindenburg und Hakenkreuzprägungen durch Lehrlinge des Kunstfaserwerks Wilhelm Pieck in Schwarzau wurde unter Hinzuziehung der Lehrausbilder und FDJ-Leitung des Betriebes durch Aussprachen mit den Jugendlichen beseitigt.“⁸¹

Anfang 1961 meldete die Polizei in Zeulenroda Aktivitäten einer seit mehreren Monaten bestehenden „Faschistischen Lehrlingspartei“, bestehend aus Auszubildenden des VEB Kreisbaubetriebes Zeulenroda. Ihr gehörten vier oder fünf Maurerauszubildende an. Auch hier hatte die Staatssicherheit die weitere Bearbeitung übernommen. Wenig später wurde die Liquidierung der Gruppe mitgeteilt, im Sommer 1961 aber über fortgesetzte Sabotageakte an Maschinen und Anlagen des Betriebes durch ein früheres Mitglied der Gruppe berichtet.⁸² Eine andere Gruppe wurde ebenfalls 1961 in Bad Blankenburg ermittelt, die sich Mitgliedsausweise und Armbinden, jeweils mit Hakenkreuzen versehen, hergestellt hatten. Hier handelte es sich um neun Schüler eines Kreiskinderheims. Sie wurden als Strafmaßnahme aus der FDJ ausgeschlossen.⁸³

Fast schon normal wirken dagegen Meldungen in den Polizeiberichten über antisemitische Äußerungen Jugendlicher in Ronneburg 1962 oder über Hetzschriften und Hakenkreuzschmierereien in Kahla 1964 durch Schüler der Karl-Marx-Oberschule. Hier wurden bei einer Hausdurchsuchung Gewehre, ein Trommelrevolver und Kleinkalibermunition aufgefunden. Sichtbaren Vorbildcharakter für einige der Aktivitäten hatten tatsächliche Vorfälle und Organisationen in der Bundesrepublik. So tauchten nach Gründung der NPD bald mit deren Namen versehene Hakenkreuze an einer Jenaer Schule auf.⁸⁴

Insgesamt ist zu konstatieren: Zu Beginn der 1960er-Jahre gab es im damaligen Bezirk Gera und auch andernorts deutlich verstärkte neonazistische Organisationsansätze. Diese Gruppen wurden dann zumeist bald aufgelöst. Festzuhalten ist auch, dass die Sicherheitsbehörden die extrem rechten Organisationsansätze schnell erfassten und dabei zur Kenntnis nahmen, dass sich nationalsozialistische Überzeugungen und Antisemitismus nicht mehr auf die ehemaligen NS-Anhänger konzentrierten, sondern unter jungen Menschen verbreiteten. Hervorzuheben sind zudem die auffälligen Unterschiede bei der Bekämpfung beziehungsweise bei den Strafmaßnahmen: Während man es bei der „Faschistischen Lehrlingspartei“ in Zeulenroda bei der Auflösung der Gruppe und in Bad Blankenburg 1961 beim Ausschluss aus der FDJ beließ, stand bei der „Gruppe Cospeda“ der eigene Nutzen in Form von informellen Mitarbeitern für Polizei und Staatssicherheit im Mittelpunkt. Staatsanwaltliche Ermittlungen wurden dem untergeordnet und letztlich unterbunden, soweit dies aus den Akten rekonstruierbar ist. Die Mitglieder der „Deutschen Widerstandsbewegung“ in Rudolstadt wiederum wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, für die offensichtlich solidarischen Mit-Auszubildenden wiederum genügte dann die Einschüchterung durch „Aussprachen“ mit Polizei, Ausbilder*innen und FDJ. Nationalsozialistisch und antisemitisch motivierte Propagandadelikte in Wort und Schrift oder als Organisationsziel allein wurden keineswegs so bekämpft, wie es die

⁸¹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda Bl. 412.

⁸² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1744, Bl. 36.

⁸³ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017, S. 201.

⁸⁴ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1559, Bl. 95.

Gesetze vorschrieben und die „Volkswacht“ 1960 angekündigt hatte: „[...] den wird die ganze Härte unserer demokratischen Gesetze treffen“⁸⁵. Rechtsextremismus und Antisemitismus als alleiniges Motiv zogen keine strengen strafrechtlichen Reaktionen nach sich.

⁸⁵ „Provokateure am Werk!“ in: Volkswacht vom 6. Januar 1960.

Die Vorgänger*innen der Skinheads in den 1970er-Jahren

Rechtsextreme Organisationsversuche und NS-Schmierereien waren zumeist kurzlebiger Natur, nahmen aber in den 1970er-Jahren weiter zu. Die Polizeibehörden machten Heime und Jugendwerkhöfe, später auch die neu errichteten Großinternate für Auszubildende in Gera und in Jena als Räume aus, in denen sich Jugendliche extrem rechts sozialisierten. Kurzlebige aktive Gruppen gab es u. a. in Saalfeld, Crossen, Neustadt/Orla und Bad Blankenburg. In der Nähe von Jena wurde 1981 eine Gruppe junger Zeiss-Beschäftigter bekannt, die unter Beteiligung von Kolleg*innen und Nachbar*innen wehrsportähnliche Aktivitäten entfalteten.

In den Unterlagen der Sicherheitsbehörden finden sich zahlreiche, wenn auch jeweils vereinzelte Hinweise auf das Fortleben neonazistischer Zusammenhänge, Schmierereien und Organisationsversuche über die Schwelle zu den 1970er-Jahren hinweg. Eine systematische Betrachtung oder gar Auswertung ist für den Bezirk Gera aber nicht darunter.

Heime und Werkhöfe als Räume für extrem rechte Sozialisation

Wiederkehrende Tatorte waren auch Kinderheime und Jugendwerkhöfe. Schon zu Beginn der 1960er-Jahre hatte die Polizei Stadtroda in einem Schreiben an den Rat des Kreises über „Mängel in der Erziehung der Arbeit im Jugendwerkhof Wolfersdorf geklagt: Anfang Januar 1962 seien zwei Haftbefehle ausgestellt worden, die Täter*innen hätten „den Faschismus verherrlicht“. Überhaupt sei diese Einstellung im Jugendwerkhof weit verbreitet.⁸⁶ Ähnliche Berichte fanden sich über die 1960er-Jahre hinweg immer wieder und nicht nur für Wolfersdorf, sondern auch über den Jugendwerkhof in Hummelshain und das Spezialkinderheim in Bad Blankenburg.

Offenkundig wurden also u. a. Heime und Werkhöfe zu Räumen für extrem rechte Sozialisation. Natürlich lässt sich daraus kein Automatismus ableiten: Nicht alle Heimkinder oder Insass*innen von Werkhöfen wurden zu Rechtsextremen, aber das ständige Zusammenleben vieler Kinder und Jugendlicher erleichterte offensichtlich die Ausbreitung dieser Ideologie. So mancher Fall der 1970er- und 1980er-Jahre offenbarte, dass Menschen, gegen die wegen neonazistischer Betätigung ermittelt wurde, zuvor eine Heim- oder Werkhofvergangenheit hatten. Zwei Straßenbauer

⁸⁶ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1744, Bl. 37.

aus Saalfeld beispielsweise, die einen Teil ihrer Kindheit und Jugend gemeinsam im Spezialkinderheim Bad Blankenburg und im Jugendwohnheim Gera zugebracht hatten, wurden 1980 wegen öffentlicher Herabwürdigung verurteilt. Sie hatten „Symbole mit faschistischem Charakter, die die staatliche Ordnung verächtlich machten, anderen Personen zugänglich“ gemacht.⁸⁷ Ein anderer Mann aus Saalfeld, der Mitte der 1970er-Jahre einer kriminellen Gruppe mit deutlicher Neigung zum Nationalsozialismus angehörte, war zuvor ebenfalls fast zwei Jahre im Jugendwerkhof Wolfersdorf gewesen.⁸⁸ Auf andere Beispiele wird noch zurückzukommen sein.

Ähnliche räumliche Gelegenheiten extrem rechter Sozialisierung und Gruppenbildung kamen in den 1970er-Jahren in Jena und andernorts mit den großen Wohnheimen für Auszubildende hinzu. Im Jenaer Stadtteil Lobeda entstand 1970 ein Internat für über 2.000 Auszubildende. Überhaupt wurde der Stadtteil zur Großbaustelle – dort wurde ein Wohngebiet errichtet, das vorwiegend für die Beschäftigten des VEB Zeiss komfortable Mietwohnungen schaffen sollte. Die Polizei klagte schon während der Bauarbeiten:

„Jena ist als absoluter Schwerpunkt der Jugendkriminalität, Jugendgefährdung im Bezirk einzuschätzen. Von den elf Ermittlungsverfahren wegen Rowdytum 1970 im Bezirk waren sechs allein in Jena. Jena ist über die Großbaustellen Kommunikationspunkt der Labilen und Gefährdeten des Bezirkes Gera.“⁸⁹

Mehrere Mitglieder einer angeblich kriminellen Gruppe aus Neustadt/Orla hatten

„Arbeitsverhältnisse auf den Baustellen und im Plattenwerk Göschwitz, wo es eine Konzentration Labiler und kriminell Gefährdeter aus der ganzen Republik gibt. Eine systematische Erfassung und straffe Kontrolle sind nicht gewährleistet. Die Betriebe und Heime haben keinen exakten Überblick. Ein ständiger Wechsel der Arbeitsstellen und der Unterkünfte erschwert die Erfassung und Kontrolle. Eine Tätigkeit der staatlichen Organe zur Überwindung dieser Mängel ist nicht erkennbar. Auch hinsichtlich der bestehenden Konzentrationspunkte Ratszeise, Mühltalklause und Klub der Jugend Carl Zeiss wird keine Aktivität zur Auflösung entwickelt. Von Labilen aus diesen Konzentrationspunkten gingen alle schweren Rowdystraftaten in Jena aus.“⁹⁰

Bezog sich diese Klage 1970 allein auf die allgemeine Kriminalität und auf auffällige Jugendliche, die als Rowdys stigmatisiert wurden, jedenfalls nicht explizit auf rechte oder rassistische Taten, wurden die Lehrlingswohnheime im Laufe der kommenden Jahre auch zu Orten rechtsextremer Sozialisierung. Das Geraer Bezirksamt der Polizei schrieb 1979:

„Den Schwerpunkt bilden Schulen des Stadt- und Landkreises Jena sowie Internate der Jenaer Großbetriebe. So ist besonders an diesen Schulen und Internaten die

⁸⁷ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 505, Bl. 14.

⁸⁸ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 95.

⁸⁹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1747, Bl. 71.

⁹⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1747, Bl. 71.

Verbreitung faschistischen Gedankengutes in schriftlicher und mündlicher Form festzustellen. [...] Einzelne Schüler grüßten sich untereinander mit ‚Heil Hitler‘.⁹¹

Aus Greiz ergänzte ein weiterer Bericht, dass Auszubildende in einem dortigen Internat einen anderen „äußerst brutal“ misshandelt hätten und dabei „faschistische Foltermethoden“ verherrlicht hätten.⁹² Damit wurde auch dokumentiert, dass die rechtsextreme Ideologie inzwischen die Geburtsjahrgänge ab 1960 erreicht hatte. Gleichartige Prozesse in den Schulen und Internaten setzten sich in den 1980er-Jahren verstärkt fort. Auch darauf wird zurückzukommen sein; zunächst aber zu einigen herausstechenden Gruppen, die sich Ende der 1970er-Jahre zusammenfanden, öffentlich in nationalsozialistischer Weise äußerten und so ins Visier der Sicherheitsbehörden gerieten.

„Puschkinparkgruppe“ in Saalfeld

Die Polizei in Saalfeld, die ansonsten kaum über rechtsextreme oder rassistische Vorkommnisse berichtete, ermittelte 1976 gegen eine Gruppe junger Menschen, die nach einem ihrer hauptsächlichen Treffpunkte als „Puschkinparkgruppe“ bezeichnet wurde. Die Beteiligten hatten im Vorfeld der für den 17. Oktober 1976 angesetzten Volkskammerwahlen wiederholt DDR-Fahnen verbrannt und bekannten Persönlichkeiten des Nationalsozialismus gehuldigt. Insgesamt handelte es sich um mindestens zehn bis zwölf Frauen und Männer. Das von der Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld schließlich eingeleitete Ermittlungsverfahren konzentrierte sich am Ende auf sechs Arbeiter*innen, Auszubildende und Schüler*innen im Alter zwischen 16 und 22 Jahren. Ein als Tischler im VEB Wohnungsbau Rudolstadt beschäftigter Mann hatte die Jahre 1974 und 1975 im Jugendwerkhof Wolfersdorf verbracht, ein anderer Mann arbeitete als Bäcker im Backwarenkombinat Saalfeld und war schon zwei Jahre zuvor wegen „Beleidigungen wegen Zugehörigkeit zu einer anderen Nation“, Rowdytum und Staatsverleugnung verurteilt worden.⁹³ Er betonte nun in den Vernehmungen seine Forderung nach Ausreise in die Bundesrepublik und zeigte sich überzeugt, dort seine rechtsextreme Einstellung frei ausleben zu können:

„Ich habe mit dem Staat, in dem ich bis jetzt lebe, nichts zu schaffen, da nach meiner Meinung meine Interessen hier nicht frei entwickelt werden können. Wenn ich sage, meine Interessen, meine ich damit solche Dinge wie Deutschtum, die Ziele des ehemaligen Deutschen Reiches unter dem Führer Adolf Hitler und die damit zusammenhängenden Dinge.“⁹⁴

⁹¹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Berichterstattung gemäß Informationsordnung 081/73 und Jugendgefährdung und Jugendkriminalität, Rowdytum und Gruppierungen“ vom 14. Februar 1979).

⁹² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Mündliche Berichterstattung vor der Leitung der BDVP am 22. Februar 1979 durch den Leiter der Abteilung Kriminalpolizei vom 20. Februar 1979).

⁹³ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 97, Bl. 384.

⁹⁴ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 95, Bl. 29.

An anderer Stelle:

„Ich habe grundsätzlich eine andere ideologische Auffassung. So bin ich der Meinung, dass es uns allen, damit meine ich uns Deutschen, besser gehen würde, wenn wir den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätten. [...] Ich muss auch ehrlich zugeben, dass ich die deutsche Wehrmacht verherrliche und ich bedauere es sogar, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg nicht gewonnen hat. Mit unserem Staat, der DDR, habe ich nichts gemein. [...] In der BRD sind beispielsweise Faschistentreffen beziehungsweise Revanchistentreffen erlaubt und dies gefällt mir. Ich hätte auch große Lust, in der Bundeswehr meinen Dienst zu versehen, weil die Bundeswehr so ist wie die alte deutsche Wehrmacht. Ich bin auch der Meinung, dass die alten deutschen Grenzen wieder hergestellt werden müssten.“⁹⁵

Eine später verurteilte Schülerin ließ mit ihrer Aussage zu einer gemeinsamen Verbrennung der DDR-Fahne auf die auch in dieser Gruppe verankerte Symbiose aus grundsätzlicher Ablehnung der DDR und nationalsozialistischer Begründung dafür schließen:

„Während die Fahne brannte, habe ich auf dem Tunnelboden gesessen und die anderen standen beziehungsweise haben sich dann auch hingesezt. Dabei hat der (Name anonymisiert, ME) tierische Reden dahingehend geführt, indem er sagte, die Juden müssten wir auf gleiche Weise verbrennen. Wir haben den Äußerungen [...] alle zugestimmt. [...] Als dann das Feuer allmählich erlosch, leisteten wir gemeinsam den Schwur, dass wir zusammenhalten und einer für den anderen für die weitere Zukunft eintreten wollen. Auch ich war bei der Leistung dieses Schwures beteiligt. [...] Wir wollten mit dieser Handlung unseren Hass gegen die staatlichen Organe (Volkspolizei) dokumentieren. Wir haben festgestellt, dass unsere Gruppe ständig durch die Volkspolizei beobachtet wird. Wir konnten uns nicht frei bewegen und waren einstimmig der Meinung, dass wir hier in der DDR nicht frei entscheiden und bewegen können. [...] So hat er weitergesprochen, als er über die Verbrennung der Juden sagte, alle Kommunisten müssten genauso verbrannt werden wie die Juden und ausgerottet, wir unserem Führer Adolf Hitler treu bleiben. Dieser ganze Schwur wurde von uns allen nachgesprochen. [...] Nach dem Verbrennen der Fahne sind wir gemeinsam die Kelzstraße entlang gelaufen bis zum Puschkinpark. Auf diesem Wege hat der (Name anonymisiert, ME) jedem einen Spitznamen gegeben [...] sich den Spitznamen ‚Nazi‘ [...], die Namen ‚Göring‘ und ‚Goebbels‘. [...] Mir gab er den Namen ‚Evchen‘⁹⁶. [...] Ich möchte noch sagen, dass der (Name anonymisiert) vor der Verbrennung und auch nach der Verbrennung der Fahne mehrmals sagten, jetzt gehen wir hoch zu den Bullen, damit meinten sie die Volkspolizei und stellen den Antrag auf Ausreise nach Westdeutschland. Den Wunsch, nach der BRD zu kommen, haben alle dieser von mir genannten Gruppe geäußert.“⁹⁷

⁹⁵ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, ebenda, Bl. 38.

⁹⁶ Nach Eva Braun.

⁹⁷ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 96, Bl. 199 ff.

Im Februar 1977 ergingen die Urteile gegen inzwischen sieben Angeklagte. Die Spanne reichte von einer viermonatigen Bewährungsstrafe bis zu zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis zuzüglich anschließender polizeilicher Kontrollmaßnahmen.⁹⁸ Damit ist dieses Urteil ein Beispiel dafür, dass die Verherrlichung des Nationalsozialismus in Verbindung mit dem öffentlichen Verbrennen der DDR-Fahnen und mit Ausreiseforderungen Anlass für mehrjährige Haftstrafen war.

Bad Blankenburg – Crossen – Neustadt/Orla

Im Juni 1978 berichtete die Ostthüringer Kriminalpolizei über elf ermittelte kriminelle beziehungsweise kriminell-gefährdete Gruppierungen. Eine davon war in Bad Blankenburg mit ruhestörendem Lärm und anderen Ordnungswidrigkeiten aufgefallen, dann auch mit einer Feier zum Geburtstag Hitlers am 20. April. Daran beteiligt war etwa ein Dutzend jugendlicher. Im November des gleichen Jahres meldete die Polizei die Auflösung dieser Gruppe:

„In der Tätigkeit des Erkennens von Gruppierungen ist eine Verbesserung zu verzeichnen. [...] Maßnahmen zur Auflösung von Gruppierungen werden unter Einbeziehung staatlicher und gesellschaftlicher Erziehungssträger durchgeführt. Zum Beispiel Gruppierung Bad Blankenburg, Umwandlung in eine positive Freizeitgruppe unter Einbeziehung der örtlichen Volksvertretung, der Grundorganisationen und der Ortsleitung der FDJ sowie von Betrieben und Lehreinrichtungen.“⁹⁹

Wenig später trat in Crossen bei Eisenberg eine Gruppe von zehn jungen Erwachsenen mit „faschistischen und reaktionärem Gedankengut“ auf.¹⁰⁰ In Neustadt/Orla gründeten fünf junge Männer 1978 die „Wölflinge“ und schrieben in ihrem Statut nationalsozialistische Verhaltensmaßregeln fest:

- die Begrüßung untereinander sollte mit „Heil Hitler“ erfolgen,
- Zielsetzung war der Kampf für ein einheitliches Deutschland,
- untersagt wurde die Mitgliedschaft für rote Verbrecher, Vaterlandsverräter und Mädchen,
- Bündnisse mit „linken Strolchen“ ohne Befehl wurden mit dem Ausschluss aus der Gruppe bestraft,
- eine Aufnahme durfte nur für „reinrassige Deutsche“ erfolgen,
- als gemeinsame Vorbilder waren Hitler, Himmler, Goebbels und andere festgelegt,

⁹⁸ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 98, Bl. 108 ff.

⁹⁹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Information für die Beratung der Leitung der BDVP am 10. November 1978 vom 3. November 1978).

¹⁰⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Mündliche Berichterstattung vor der Leitung der BDVP am 22. Februar 1979 durch den Leiter der Abteilung Kriminalpolizei vom 20. Februar 1979).

- Kampfziel eines jeden Gruppenmitglieds war die Freilassung des „Stellvertreters des Führers“ Rudolf Hess.¹⁰¹

Weiter beschrieben sie als konkrete Handlungsschritte der Gruppe ein Anbringen neonazistischer Symbole und Losungen am Gebäude der SED-Kreisleitung in Pößneck sowie einen „gewaltsamen Durchbruch an der Staatsgrenze West“ für Mitte des Jahres 1978. Die Auflösung der Gruppe erfolgte nach „Aussprachen“ der Polizeibehörden mit den Täter*innen, der Anführer wurde in eine Jugendeinrichtung eingewiesen. Weitere „Auswertungsmaßnahmen“ erfolgten mit den Eltern sowie in der Schule. Das Ministerium für Staatssicherheit setzte die „operative Kontrolle“ der aufgelösten Gruppe fort.

Wehrsport im Raum Jena

Ausschließlich der Staatssicherheit oblagen offenbar die Ermittlungen zu einer Anfang 1981 aufgefallenen und als Wehrsportgruppe bezeichneten Gruppierung im Raum Jena, zumindest ist in den Polizeiakten dazu keinerlei Hinweis enthalten. Erste Hinweise erhielt die Objektdienststelle des VEB Zeiss im Februar 1981:

„Durch inoffizielle Hinweise im Februar 1981 wurde bekannt, dass in Graitschen eine Gruppierung von Kadern der speziellen Produktion Zusammenkünfte veranstaltet, die militaristischen Anstrich tragen. [...] Im Rahmen dieser Veranstaltungen sollen Uniformteile und Ausrüstungsgegenstände der faschistischen Wehrmacht benutzt werden. [...] Diese Gruppierung war im Bereich der speziellen Produktion allgemein unter dem Begriff Wehrsportgruppe bekannt.“¹⁰²

Im Kolleg*innenkreis kursierten Fotos, auf denen die Männer mit Tarnumhängen und Lederkappen auf einem Motorrad mit Seitenwagen unterwegs waren. Allgemein bekannt war auch der Besitz eines Liederbuches der Wehrmacht. Insgesamt handelte es sich allem Anschein nach auch hier nicht um eine klandestine, sondern sehr öffentliche und offene Gruppe, an deren Aktivitäten sich ab und an Arbeitskolleg*innen sowie Nachbar*innen aus dem kleinen Dorf Graitschen beteiligten, wo einer der Überwachten lebte. Die Staatssicherheit leitete umgehend die operative Personenkontrolle „Krieger“ gegen drei 24-jährige Männer ein. Alle drei waren als Geheimnisträger verpflichtet, weil sie als Feinmechaniker in der streng überwachten Rüstungsproduktion tätig waren. Alle drei waren Mitglied in verschiedenen Massenorganisationen wie dem FDGB, der FDJ, dem Deutschen Turn- und Sportbund oder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, einer seit 1977 Mitglied der SED. Eine Überprüfung der nahen Verwandten ergab, dass der Vater eines Mannes über zehn Jahre hinweg als informeller Mitarbeiter der Hauptabteilung I der Staatssicherheit gearbeitet

¹⁰¹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Berichterstattung gemäß Informationsordnung 081/73 und Jugendgefährdung und Jugendkriminalität, Rowdytum und Gruppierungen“ vom 14. Februar 1979, Anlage 2).

¹⁰² BA-StUA: MfS BV Gera, AG XXII 0239, Bl. 54. Als „spezielle Produktion“ wurde in der DDR die Rüstungsproduktion u. a. im VEB Zeiss bezeichnet.

hatte, also in der Überwachung der Nationalen Volksarmee. Noch im Februar wurde einer der Männer „aufgrund der positiven operativen Handakte mit der Zielstellung Gewinnung als Kader für das Ministerium für Staatssicherheit durch einen operativen Mitarbeiter der operativen Dienst Einheit Zeiss Jena angesprochen“¹⁰³. Die Anwerbung kam letztlich nicht zustande, angeblich infolge eines starken Sprachfehlers des Mannes. Schließlich wurden die drei Männer massiv unter Druck gesetzt und parallel dazu in ein normgerechtes gesellschaftliches Leben eingebunden:

„Die letzte Zusammenkunft mit negativem Charakter fand am 31. Oktober 1981 statt. Seitdem gab es Brigadeveranstaltungen, woran auch die weiblichen Brigademitglieder teilnahmen. Diese Geselligkeiten verliefen in einem ordentlichen Rahmen. [...] Hierbei zeigte sich eine gewisse positive Entwicklung der OPK-Person. [...] Das Hobby des (Name anonymisiert, ME) wurde auch mehrfach in positiver Hinsicht in Anspruch genommen, indem er von den Brigadeveranstaltungen Fotos fertigte.“¹⁰⁴

¹⁰³ BA-StUA: Ebenda, Bl. 58.

¹⁰⁴ BA-StUA: MfS BV Gera, AG XXII 0239, Bl. 56.

Objektdienststelle Zeiss
Referat V

Jena, 29. 12. 1982
bel-eh

BSTU
0054

Abschlußbericht
zur OPK „Krieger“, Reg.-Nr. X 548/81

1. Ausgangspunkt der OPK

Durch inoffizielle Hinweise im Februar 1981 wurde bekannt, daß in Graitschen eine Gruppierung von Kadern der speziellen Produktion Zusammenkünfte veranstaltet, die militaristischen Anstrich tragen. Diese Zusammenkünfte finden auf dem Grundstück des O2-Kaders

geb. [REDACTED] 1957 in Jena
wh. 6521 Graitschen, [REDACTED]

statt. Dabei spielt hoher Alkoholkonsum eine große Rolle. Im Rahmen dieser Veranstaltungen sollen Uniformteile und Ausrüstungsgegenstände der faschistischen Wehrmacht benutzt werden. Aus dem Personenkreis der Teilnehmer an diesen Zusammenkünften waren neben der obengenannten Person [REDACTED] als Hauptpersonen noch die O2-Kader

[REDACTED]
geb. 1957
wh. 6522 Bürgel, [REDACTED]

und

[REDACTED]
geb. 1957
wh. 6902 Jena-Lobeda, [REDACTED]

bekannt.

Diese Gruppierung war im Bereich der speziellen Produktion allgemein unter dem Begriff

„Wehrsportgruppe [REDACTED]“

bekannt.

Es kursierten davon auch Fotos im Bereich O2, wo diese Personen auf einem englischen Beutemotorrad mit Seitenwagen aus dem 2. Weltkrieg sowie mit Tarnumhängen und Lederkappen abgebildet waren.

Weiterhin war bekannt, daß die Person [REDACTED] ein Liederbuch aus der Zeit der faschistischen Wehrmacht besitzen soll.

Die operative Personenkontrolle wurde Ende Dezember 1982 beendet. Die Beteiligten hätten verstanden, welche Konsequenzen ihnen erwachsen, wenn sie weiter „ins Negative abgleiten“, es habe sich „bei den in Graitschen stattgefundenen Zusammenkünften [...] nicht um wehrsportliche Veranstaltungen militaristischen oder faschistischen Charakters“ gehandelt, sondern „um sogenannte Feten, bei denen der Alkoholgenuss dominierte und dann zu unkontrollierten Handlungen“ führte.¹⁰⁵

Einer der Beteiligten war inzwischen zur Armee einberufen worden, obwohl er alleinerziehender Vater eines Kindes war. Die Staatssicherheit behielt die Männer vorerst unter genauerer Beobachtung. Für das recht milde Vorgehen in diesem Fall mag eine Rolle gespielt haben, dass die Kombinate in diesen Jahren erhebliche Probleme hatten, geeignete und nach einer Sicherheitsprüfung zugelassene Fachkräfte für die Fertigung von Rüstungsgütern zu finden. Das rund um die Kerngruppe herum herrschende Klima aber sticht hier besonders ins Auge: Ganz offen gingen die Arbeitskolleg*innen mit dem Begriff „Wehrsportgruppe“ um. Einige hatten sich von Zeit zu Zeit selbst ebenso an deren Aktivitäten beteiligt wie Nachbar*innen aus dem Dorf. Öffentlichkeit und auch Offenheit der Gruppe waren damit in hohem Ausmaß sichtbar. Am historischen und politischen Kontext von Wehrsportgruppen hatte sich außerhalb der Staatssicherheit aber offenbar niemand gestört, obwohl das Agieren verschiedener rechtsextremer Wehrsportgruppen in der Bundesrepublik und in Österreich auch in der DDR bekannt war, nicht zuletzt durch das Oktoberfestattentat der Wehrsportgruppe Hoffmann in München wenige Monate zuvor.¹⁰⁶

Zwischenfazit

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass sich rechtsextreme Organisierungsversuche wie im Jahrzehnt zuvor in den 1970er-Jahren fortsetzten, ebenso deren sehr ungleiche Behandlung durch die Sicherheitsbehörden und Staatsanwaltschaften. Auch ist die Ausbreitung von Orten zu nennen, die die Möglichkeit extrem rechter Sozialisation begünstigten, die großen Internate für Auszubildende etwa. Diese Orte spielten auch für die weitere Entwicklung eine Rolle, wie sich in den 1980er-Jahren zeigte. Schließlich lenkt das Beispiel der Wehrsportgruppe in Graitschen bei Jena Aufmerksamkeit auf das Verhalten der Arbeitskolleg*innen und Nachbar*innen, von denen kurz nach dem Oktoberfestattentat in München keinerlei Einwände oder Proteste dokumentiert sind. Von ihnen gab es lediglich „inoffizielle Hinweise“ an die Staatssicherheit, die das Problem dann ohne staatsanwaltliche Ermittlungen oder gar einen Prozess auflöste. Bei der Frage nach dem Verhalten der Bevölkerung gegenüber rechten Entwicklungen geraten auch einige rassistische Vorfälle dieser Jahre ins Blickfeld.

¹⁰⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 59.

¹⁰⁶ Der Gründer und Namensgeber der Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, war im Übrigen im Zweiten Weltkrieg und bis 1953 in Kahla ansässig, etwa 15 Kilometer von Jena entfernt, bevor er in die Bundesrepublik flüchtete. Nach der Wende 1989 zog er nach Kahla zurück.

Rassismus

Während es im August 1975 in Erfurt über vier Tage hinweg zu pogromartigen Ausschreitungen gegenüber algerischen Vertragsarbeiter*innen kam, sind rassistische Exzesse im Bezirk Gera wenig dokumentiert. Sie spielten im polizeilichen Alltag offenbar keine große Rolle. Die geringe Aktendokumentation ist keineswegs gleichzusetzen mit einer tatsächlich geringen Zahl an Vorkommnissen. In den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit finden sich vielerlei Berichte zu entsprechenden Angriffen.¹⁰⁷ Der Bezirk Gera gehörte aber nicht zu den Bezirken mit besonders hohem Anteil an Vertragsarbeiter*innen, das waren eher die industriellen Ballungsgebiete in Chemnitz, Dresden und eben Erfurt.¹⁰⁸ Wurde doch einmal ein Bericht über eine entsprechende Auseinandersetzung verfasst, handelte es sich zumeist um Vorfälle in Gaststätten, oft in Verbindung mit Alkohol. Die Polizei notierte dazu nahezu stereotyp wie im folgenden Beispiel algerischer Vertragsarbeiter*innen:

„Als Ursachen und Bedingungen werden genannt: übermäßiger Alkoholgenuss, sie können nicht mit Geld umgehen, Kontaktaufnahme zu Frauen, aber auch: Die algerischen Staatsbürger werden in vielfältigen Formen von DDR-Bürgern provoziert. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Jugendliche und Jungerwachsene.“¹⁰⁹

Zwei dann doch größere Vorfälle sind aus den Jahren 1975 und 1981 aus Kahla dokumentiert.

Ausschreitungen in Kahla und Zeulenroda

Der erste beschäftigte nicht die Polizei, sondern das Ministerium für Staatssicherheit: In einer Gaststätte hatte ein Mann zwei Algerier mit der Begründung angegriffen, sie hätten sich seiner zwölfjährigen Tochter unsittlich genähert. Später hatte er auch einem der hinzugezogenen Polizisten wiederholt und gezielt ins Gesicht geschlagen, schließlich nach Angaben der Staatssicherheit „staatsverleumderische Äußerungen“ in Bezug auf den 17. Juni 1953 gerufen. Ein weiterer Mann war ihm nach seiner Festnahme zur Hilfe gekommen und hatte versucht, ihn mit Gewalt zu befreien. Im Rahmen der Untersuchung stellte die Staatssicherheit fest, dass der Täter drei Jahre bei der Fremdenlegion gewesen und dann zurück in die DDR gekommen war, diese aber bald wieder verlassen hatte, bevor er 1959 doch wieder zurückgekehrt war. Seit 1960 war er wegen „Staatsverleumdung“ vorbestraft. Seine Tochter verneinte im Übrigen, dass sich die Algerier ihr genähert hätten. Am Ende wurde der Fall an die Polizei übergeben, die ein offizielles Ermittlungsverfahren einleitete, das mit einer Haftstrafe endete.¹¹⁰

¹⁰⁷ Harry Waibel: Der gescheiterte Antifaschismus. Rassismus in der DDR, Frankfurt am Main 2014, S. 125 ff.

¹⁰⁸ Im Jahr 1989, dem Jahr mit der bis dahin höchsten Beschäftigung von Vertragsarbeiter*innen in der Geschichte der DDR, listeten die Polizeibehörden für den Bezirk Gera knapp 4.000 Vertragsarbeiter*innen in 52 Betrieben auf, die meisten mit jeweils etwa 900 in Rudolstadt und Gera, etwa 500 in Greiz, 350 in Saalfeld und 219 in vier Betrieben (staatliche Forstwirtschaft Jena, Jenapharm, Jenaer Glaswerk, Porzellanwerk Kahla): LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 413, ohne Paginierung (BDVP Gera: Übersicht zum gegenwärtigen Stand des Einsatzes ausländischer Werkstätiger im Bezirk Gera vom 6. Januar 1989).

¹⁰⁹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Einschätzung der Entwicklung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, begangen durch Staatsbürger der Demokratischen Volksrepublik Algerien, 5. März 1976).

¹¹⁰ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, e-Dokumentation antisemitischer, rassistischer und neonazistischer Propaganda- und Gewaltstraftaten, nach Bezirken und chronologisch geordnet, Stuttgart 2017, S. 234.

Eine Schlägerei in Jena wurde im März 1981 zum indirekten Ausgangspunkt des zweiten Vorfalls. Zunächst notierte die Polizei:

„Die Staatsbürger der Mongolischen Volksrepublik sind seit 1980 in Jena wohnhaft beziehungsweise im VEB Porzellanwerk Kahla beschäftigt. Seitdem gibt es Ordnungsstörungen. Negativer Abschluss bisher waren mehrfache vorsätzliche Körperverletzungen am 5. März 1981 gegen 23.45 Uhr im Kulturhaus Neulobeda, in deren Folge vier NVA-Angehörige geschädigt wurden. Ein Geschädigter erlag noch in der gleichen Nacht den erlittenen Verletzungen.“¹¹¹

Weitere Hintergründe des Streits, auch die Frage nach Ursachen, blieben im Dunklen. Polizeiliche Ermittlungsakten wurden im Rahmen dieser Arbeit nicht aufgefunden. Vermutlich zur Vermeidung von Racheakten und als eine Art der Deeskalation wurden die Vertragsarbeiter*innen (28 Männer und 27 Frauen) daraufhin von Jena nach Kahla in ein dortiges Ferienheim gebracht. Mitte März 1981 berichtete die Polizei über die Reaktion der Einwohner*innen:

„In der Stadt Kahla gibt es zum Verhalten der mongolischen Staatsbürger unter der Bevölkerung eine sehr negative Meinung. So wird von den Bürgern geäußert, dass durch das Auftreten der mongolischen Staatsbürger man nicht mehr sicher ist und man kann als Frau abends nicht mehr auf die Straße. Viele Familien brachten zum Ausdruck, dass sie ihre Töchter nicht mehr aus dem Haus lassen wollen. [...] Am Mittwoch, den 11. März 1981 fand eine Jugendveranstaltung mit Tanz im Haus der Jugend statt. Dort hatten sich viele Jugendliche mit Messern und Schlagwaffen ausgerüstet, um sich beim Auftauchen der mongolischen Staatsbürger zu wehren.“¹¹²

Wenig später gab der Kaderleiter der Vertragsarbeiter*innen zu Protokoll, „dass die mongolischen Lehrlinge durch unsere Bürger und Jugendlichen als Mongolenschweine betitelt werden“¹¹³.

In dieser Atmosphäre eskalierte die Situation am 28. März 1981 anlässlich einer anderen Tanzveranstaltung im Kulturhaus der Jugend: Zwei Deutsche schlugen zunächst einen Kubaner zusammen, weil er mit der Freundin des einen Mannes getanzt hatte. Angesichts der feindseligen Atmosphäre unter den etwa 150 Besucher*innen löste die herbeigerufene Polizei Einsatzalarm aus und forderte zusätzliche Schutzpolizei an.¹¹⁴ Die nun folgenden Ereignisse, in denen sich die deutschen Besucher*innen der Veranstaltung offenbar ausnahmslos gegen die kubanischen Staatsangehörigen stellten, schilderte der stellvertretende Leiter des Kulturhauses später wie folgt:

¹¹¹ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (VPKA Jena: Einschätzung der volkspolizeilichen Lage im Neubaugebiet Lobeda, 16. März 1981). In einem weiteren undatierten Bericht im gleichen Bestand wird hingegen ausgesagt: „Bis zu den Vorkommnissen am 5. März 1981 kam es zu keinen größeren Ordnungsstörungen durch diese Bürger.“

¹¹² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (VPKA Jena: Information vom 16. März 1981).

¹¹³ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Schreiben an das Ministerium des Innern vom 24. März 1981).

¹¹⁴ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Sachstandsbericht zum Vorkommnis bei der Jugendtanzveranstaltung am Samstag, den 28. März 1981 gegen 21.35 Uhr im Kulturhaus der Jugend in Kahla vom 29. März 1981).

„Nach seinen Erkundigungen wäre die Schlägerei deshalb entstanden, weil ein gewisser (Name anonymisiert, ME) einen Kubaner, der mit einer DDR-Bürgerin tanzte, provozierte. Nach dieser Auseinandersetzung wäre die Ruhe wieder eingetreten. Die kubanischen Bürger wären bis auf einen aus dem Saal entfernt worden. Dieser noch im Saal befindliche kubanische Bürger wäre deshalb festgehalten worden, damit er bei Eintreffen der Deutschen Volkspolizei Angaben machen sollte. Dieser Bürger wurde von dem (Name anonymisiert, ME) unmotiviert angegriffen und zusammengeschlagen. (Name anonymisiert, ME) musste von DDR-Bürgern zurückgehalten werden, weil er mit einer Flasche auf ihn einschlagen wollte. [...] Die eintreffende Volkspolizeiangehörigen haben dann die Kubaner [...] zum Gruppenposten gebracht. Vor dem Gruppenposten wären zirka 150 Personen gewesen. Aus dieser Ansammlung heraus wären Pfiffe und Gejohle vernehmbar gewesen. Auch hätte es Rufe gegeben: Kubaner raus.“¹¹⁵

Natürlich gab es ähnliche Vorfälle nicht nur in Kahla. In Zeulenroda beispielsweise kam es im Oktober und Dezember 1982 sowie erneut im Januar 1983 „zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen DDR-Bürgern und im dortigen Möbelkombinat beschäftigten namibischen Staatsbürgern. Die dazu geführten Untersuchungen ergaben, dass in jedem Fall durch kriminell gefährdete beziehungsweise vorbestrafte Personen aus Zeulenroda diese Auseinandersetzungen aufgrund ihrer negativen Einstellung zu namibischen Bürgern provoziert und begonnen wurde“¹¹⁶. Die wenigen Beispiele belegen, dass es auch in Ostthüringen rassistische Vorfälle gab, die sich wenig von denen in der Bundesrepublik unterschieden. Sie zeigen weiter, dass der sich unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland entladende Rassismus eine langjährige Vorgeschichte hatte. Schließlich auch der Hinweis: Folgt man den Berichten von Polizei und Staatssicherheit, so hatte es niemanden gegeben, der gegen die Übergriffe eingeschritten wäre oder gegen sie protestiert hätte.

Fußballfans

Für die Ausbreitung rechtsextremer Gruppen in den 1980er-Jahren war schließlich auch die allmähliche Herausbildung einer neuen Generation von Fußballfans in den 1970er-Jahren wichtige Bedingung. Gut gefüllte Stadien wurden in diesem Jahrzehnt als Möglichkeit entdeckt, im Schutz einer Menschenmenge lautstark und öffentlich aufzutreten. Im April 1970 berichtete die Jenaer Polizei erstmals über „Störer“ beim Fußball als besondere Gruppe. Hauptstörer würden mit „zweckmäßigen Aufklärungsmaßnahmen“, zum Beispiel Fotos, „schnell festgestellt, festgenommen und zugeführt“. Geplante Provokation hätten so verhindert werden können.¹¹⁷ Sieben Jahre später wurde die Herausforderung bei Großveranstaltungen sichtbar:

¹¹⁵ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (BDVP Gera: Überprüfungsprotokoll zum Vorkommnis in Kahla am 28. März 1981 vom 3. April 1981).

¹¹⁶ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1908, ohne Paginierung (Leiter der Kriminalpolizei: Schreiben an das Ministerium des Innern vom 2. Februar 1983 - Bericht zu eingeleitetem Ermittlungsverfahren gegen Bürger anderer Staaten und Einwohner von Berlin-West im Jahr 1982).

¹¹⁷ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1559, Bl. 198.

„Seit dem zweiten Halbjahr 1977 zeichnet sich eine Zunahme des klassenfeindlichen Einflusses besonders gegenüber Jugendlichen und Jungerwachsenen ab. Insbesondere bei Sportveranstaltungen (Spiele der Fußballoberliga), Tanzveranstaltungen sowie örtlichen als auch überörtlichen Großveranstaltungen treten Erscheinungen der ideologischen Diversion unter dem genannten Personenkreis verstärkt auf.“¹¹⁸

Eine erste bekannte Verurteilung betraf 1977 einen schon länger polizeibekanntem Mann aus Jena, der die Stadien und bei Auswärtsspielen auch die oft überfüllten Züge zur An- und Abreise gemeinsam mit anderen dazu nutzte, „staatsverleumderische“ Sprechchöre anzustimmen.¹¹⁹ Dem folgten bald mehr und mehr Neonazis, Antisemit*innen und Rassist*innen, auch im Umfeld der Fußballklubs des FC Carl Zeiss Jena und der BSG Wismut Gera.

¹¹⁸ LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der DVP Gera, Signatur 1909, ohne Paginierung (BDVP Gera: Bericht über die Erfahrungen zur Durchsetzung der staatlichen Kontrolle gemäß DV 031/77, der Gefährdetenverordnung und der Direktive 4/75 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 12. August 1975“ an den Rat des Bezirks Gera vom 14. Februar 1978, S. 11).

¹¹⁹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 835.

Die 1980er-Jahre: Quellen des NSU

In diesem Jahrzehnt erfolgte die Entwicklung von instabilen rechten Gruppen hin zu einer dichten und verfestigten Szene rechtsextremer Zusammenschlüsse. Am bekanntesten waren die Skinhead-Gruppen. Mitte der 1980er-Jahre entstanden solche Gruppen u. a. in Gera, Jena und Stadtroda. Auch an den Schulen breitete sich rassistisches und rechtsextremes Denken und Handeln aus. Der Überfall einer Gruppe Skinheads auf die Besucher*innen eines Konzerts in der Berliner Zionskirche markierte das Ende der Gleichgültigkeit der Sicherheitsbehörden gegenüber den Rechtsextremen. Allerdings blieben die entsprechenden Konsequenzen oft aus. So erstarkte der Rechtsextremismus weiter – auch in Gera und Jena kam es zu etlichen gewalttätigen und rassistischen Überfällen.

Vielleicht gehören die Vorfälle in der historischen Residenzstadt Greiz zur Phase des Übergangs von meist kurzlebigen neonazistischen Gruppen hin zur organisierten Skinheadszene. Dort wurde ab Mai 1984 wiederholt eine Vielzahl Parolen und Symbole gesprüht und im Oktober 1985 erneut Hakenkreuze, SS-Runen und Ähnliches. Die Polizei dehnte ihre Ermittlungen auf die Nachbarorte Zeulenroda und Reichenbach aus, wo es bereits 1982/83 Übergriffe von „kriminell gefährdeten beziehungsweise vorbestraften Personen“ mit „negativer Einstellung zu namibischen Bürgern“ gegenüber Vertragsarbeitern gegeben hatte¹²⁰ und nun ebenfalls NS-Symbole in der Öffentlichkeit auftauchten, deren Urheberschaft nicht aufgeklärt wurde. Ein operativer Vorgang „Schwarz“ und eine operative Personenkontrolle der Staatssicherheit sollten Ermittlungserfolge bringen, aber wenige Tage später waren neuerlich 20 Hakenkreuze und ähnlich viele SS-Runen in einer Größe bis zu einem Quadratmeter in der Öffentlichkeit angebracht.¹²¹ Ermittlungserfolge sind nicht bekannt. Die Vorgänge aber sind Indiz dafür, dass sich in der Region inzwischen deutlich stabilere Strukturen herausgebildet hatten, als dies von den meist kurzlebigen Gruppen der 1960er- und 1970er-Jahre bekannt war.

Neonazis in der Bundesrepublik als Vorbilder

In der Bundesrepublik hatten sich ab Ende der 1970er-Jahre, in der DDR wenig später Skinheadgruppen gebildet, die sich bald als „größte rechtsextrem orientierte Strömung in der Geschichte der DDR“ erwiesen – auch wenn es sich „im Verhältnis zur Gesamtheit der DDR-Jugend um den

¹²⁰ Vgl. S. 55.

¹²¹ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, e-Dokumentation, a.a.O., S. 232 f. Vgl. LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1906, ohne Paginierung (BDVP Gera, Kriminalpolizei: Berichterstattung gemäß Informationsordnung 081/83 Kriminalität – Ursachen und Bedingungen für Entwicklungen, besondere Erscheinungsformen, neue Begehungsweisen vom 18. Dezember 1985).

Bruchteil einer Promille-Quote“ handelte.¹²² Ein Anlass für das Aufkommen solcher Gruppen in der Bundesrepublik war die von der NPD und anderen Neonazi-Organisationen, aber auch von CDU und CSU befeuerte Debatte über Flüchtlinge, die im Bundestagswahlkampf 1980 gar zum Thema des CSU-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß wurde. Aus dem Umfeld der NPD heraus entstanden sogenannte „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“. Andere Neonazigruppen, etwa die von Michael Kühnen gebildete „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“, traten immer sichtbarer mit der Leugnung der NS-Verbrechen auf. Im September 1980 verübte ein Angehöriger der Wehrsportgruppe Hoffmann das bislang schwerste rechtsextreme Attentat:

„Der in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Bombenanschlag, der am 26. September 1980 auf dem Münchener Oktoberfest zwölf Tote und viele Schwer verletzte forderte, hat ein erschreckendes Schlaglicht auf die Virulenz des Rechtsradikalismus und Neofaschismus in dieser Republik geworfen.“¹²³

Am 19. Dezember 1980 wurden der Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke in Erlangen ermordet, der mutmaßliche Täter stammte gebürtig aus Pößneck und war ebenfalls der Wehrsportgruppe Hoffmann zuzuordnen. Eine vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Studie des SINUS-Institutes zur Verbreitung rechten Gedankengutes zeigte, dass etwa 13 % aller Wähler*innen in der Bundesrepublik über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügten.¹²⁴

Die Entwicklung in der DDR

Für die DDR ermittelte das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung einige Jahre später, dass auch dort inzwischen 12 % der befragten Schüler*innen und 15 % der befragten Auszubildenden eher der Aussage zustimmten, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt.¹²⁵ Erneute Befragungen 1989 und 1990 offenbarten die rasche Ausbreitung rechter Weltbilder:

„Bei einer Wiederholungsuntersuchung unter Schülern zeigte sich, dass im Zeitraum vom Oktober bis Dezember 1989 das Aversionspotential gegenüber Ausländern sprunghaft angestiegen war. Der Anteil derer, die Ausländer als störend empfanden, wuchs innerhalb dieses kurzen Zeitraums von 32 auf 45 Prozent an. [...] Untersuchungen von 1990 bestätigen die Intoleranz ostdeutscher Jugendlicher gegenüber Ausländern in der genannten Größenordnung.“¹²⁶

¹²² Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland, a.a.O., S. 71.

¹²³ Gerhard Stuby/Martin Kutscha: Handhaben gegen den Neofaschismus in Grundgesetz und Völkerrecht, S. 1.169, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1980.

¹²⁴ Martin Greiffenhagen: Fünf Millionen Deutsche – „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 8.

¹²⁵ Wilfried Schubarth/Thomas Schmidt: Sieger der Geschichte. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth: Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ost-deutschland, Köln 1992, S. 20.

¹²⁶ Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus – Subjektive Verarbeitung des Umbruchs?, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth: Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder, a.a.O., S. 83f.

Ebenfalls 1990 schlossen sich 67 % der befragten Auszubildenden der explizit rechtsextremen Forderung „Deutschland den Deutschen“ und 46 % der nach „Ausländer raus“ an.¹²⁷

Die Entwicklungen in der Bundesrepublik waren einer der Auslöser für zeitlich verzögerte, aber ähnliche Prozesse in der DDR. Extrem rechte Gruppen agierten hier zunehmend im Schutz von Fangruppen bei Fußballspielen. Sie bildeten sich u. a. aus einer Wandlung ehemaliger Punks in Skinheads heraus – zunächst vor allem in Berlin, Leipzig und Rostock. Ab Mitte des Jahrzehnts gab es in fast allen größeren Städten der DDR Skinhead-Gruppen. „Zugleich vollzog sich eine stärkere Ideologisierung der Szene in Richtung Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus. Das war verbunden mit eindeutigeren Feindbildern und einer Eskalation von Gewaltanwendungen.“¹²⁸

Bernd Wagner, seit 1980 als Ermittler und Analyst mit Skinheads und Rechtsextremen befasst und ab 1986 in der Hauptabteilung Kriminalpolizei des Innenministeriums der DDR tätig, benennt für die 1980er-Jahre fünf Entwicklungsschritte einer „Radikalisierungs-Metamorphose“: Um 1980 seien jugendliche Gruppen „in einen zunehmend ideologisch geprägten Typ der losen basal-radikalisierten Gruppen“ übergegangen. Dabei habe zunächst noch eine „ästhetische Identität“ überwogen, bevor zwischen 1982 und 1984 „die rechtsradikale Ideologie [...] an innerlicher und äußerer Bedeutung“ gewann. 1985/86 seien „rechtsradikale Skinheads“ im öffentlichen Raum zur neuen Macht der Alterskohorte bis ungefähr 25 Jahre geworden. Ihre Radikalisierung war bereits vorangeschritten. Das vierte Stadium war eines „der strukturellen Radikalisierung 1987 bis 1989.“ Der neue „Typ in der Radikalisierungs-Metamorphose [...] lässt sich als schon relativ elaborierter nazistisch-militanter Typus“ charakterisieren. „Rechtsradikale Ideologiebestimmungen sind in allen wesentlichen Bestandteilen ausgeprägt.“ Im letzten Stadium 1989/90 hätten sich dann in allen Bezirken der DDR Organisationsstrukturen herausgebildet, die als Grundstock für Kadergruppen und Kaderparteien fungierten und so formiert waren, dass sie nach der Wende Synthesen mit westlichen Pendanten eingehen konnten.¹²⁹ Der vormalige Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig fasste rückblickend zusammen:

„Erscheinungen des rechtsextremistischen Bewusstseins, der Ausländerfeindlichkeit und des Gewaltverhaltens haben seit Mitte der achtziger Jahre in der DDR erheblich zugenommen. [...] 1989 spitzte sich die Lage auf diesem Gebiet weiter zu. Die Prozesse des politischen Einstellungswandels verliefen sehr schnell, kulminierten in der Wendezeit in dramatischer Weise. Mit einer Längsschnittstudie konnte vom Zentralinstitut für Jugendforschung ermittelt werden, dass auch nationalistische und pro-nazistische Einstellungen im Herbst 1989 in kurzer Zeit stark zugenommen haben. Innerhalb von knapp zwei Monaten äußerten sich von den befragten (identischen) Schüler- und Lehrlingsgruppen fünf bis acht Prozent mehr im Sinne nationalistischer/pro-nazistischer Aussagen.“¹³⁰

¹²⁷ Wilfried Schubarth: Ebenda, S. 87.

¹²⁸ Norbert Madloch: Rechtsextremismus a.a.O., S. 73.

¹²⁹ Bernd Wagner: Rechts-Radikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2018 (zweite Auflage), S. 317ff.

¹³⁰ Walter Friedrich: Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?, Schkeuditz 2002, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, S. 22.

Harry Waibel unterlegt die Entwicklung mit Daten der Sicherheitsorgane:

„Die dynamisch verlaufende rechte Bewegung in der DDR steigerte sich enorm ab den 1980er Jahren und so betrafen 1985 und 1986 ein Viertel aller Ermittlungsverfahren des Ministeriums für Staatssicherheit neonazistische Vorkommnisse, wobei das Höchstalter der Täter von 20 auf 26 Jahre angestiegen war. Vom 1. Oktober 1987 bis zum 20. Januar 1988 wurden insgesamt vierzig Ermittlungsverfahren gegen 108 Neonazis eingeleitet, wobei 94 Personen inhaftiert wurden. Für das gesamte Jahr 1987 wurden über 800 Neonazis (16 bis 25 Jahre) erfasst. Im Unterschied zum Jahr 1988 wurden 1989 in allen Bezirken Skinhead-Gruppen beobachtet, wobei Berlin und Potsdam regionale Schwerpunkte darstellten. Insgesamt wurden über 1.000 Skinheads und Sympathisanten in circa vierzig Gruppen gezählt.“¹³¹

Territoriale Verteilung der Skinheads in der DDR im Oktober 1988 nach Ermittlungen des Ministeriums für Staatssicherheit¹³²

Bezirk	Anteil	%
Berlin	447	42,7
Rostock	9	0,9
Schwerin	3	0,3
Neubrandenburg	9	0,9
Potsdam	120	11,5
Frankfurt/Oder	82	7,8
Cottbus	52	5,3
Magdeburg	66	6,3
Halle	36	3,4
Leipzig	88	8,4
Dresden	45	4,3
Karl-Marx-Stadt	6	0,6
Gera	39	3,7
Erfurt	38	3,6
Suhl	26	2,5

¹³¹ Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, a.a.O., S. 116.

¹³² Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, a.a.O., S. 78.

Stabile Gruppen in Ostthüringen ab Mitte der 1980er-Jahre

Für die größeren Städte in Ostthüringen wurde die Herausbildung rechtsextremer Skinheadgruppierungen bisher auf das Ende der 1980er-Jahre datiert und somit eine starke zeitliche Verzögerung angenommen. Tatsächlich belegen die Akten von Polizei, Staatsanwaltschaften und Staatssicherheit eine deutlich frühere Konstituierung in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre. Sie deuten weiter eine ausgeprägte Vernetzung mit Gruppen in anderen Regionen an. Ein Jenaer Neonazi führte 1990 in einer Vernehmung der Polizei aus, dass er seit sieben oder acht Jahren mit seinen Gesinnungsgenoss*innen befreundet gewesen sei: „Diese Personen vertreten schon seit vielen Jahren bestimmte politische Richtungen“, die er als „Nazi“ oder „deutschnational“ einordnete.¹³³ Für Gera schilderte das dortige Kreisamt der Staatssicherheit 1989:

„Vor diesem Hintergrund vollzog sich ab Anfang 1984, zunächst konzentriert auf das Neubaugebiet Gera-Lusan, eine adäquate Entwicklung im Territorium. Es entstanden die für die Etablierung der sogenannten ‚rechten Szene‘ in Gera teilweise bis heute bestimmenden Kräfte und deren Zusammenschlüsse.“¹³⁴

Weiter heißt es dort:

„Bei den sich in dieser Zeit der ‚rechten Szene‘ zugewandten Personen [...] handelt es sich ausschließlich um der Arbeiterklasse zugehörige männliche Jugendliche überwiegend der Jahrgänge 1966 bis 1968.“

Als Sammelbecken fungierten u. a. Fußballfanklubs des FC Carl Zeiss Jena und der BSG Wismut Gera.¹³⁵ Auch in der Kleinstadt Stadtroda, für die die Staatssicherheit Ende der 1980er-Jahre auffällig oft betonte, dass keine Verbindungen zu Gruppen in anderen Städte feststellbar seien, wurden schon 1985 in der Bahnhofshalle rechtsextreme Bekenntnisse sichtbar: „Wir brauchen eine Wehrmacht, Heil Himmler“ lautete der von einem Mann angebrachte Schriftzug, daneben SS-Runen und ein Totenkopf als Symbol der SS.¹³⁶ Im Januar 1986 übergab der gleiche Mann „beim Rat des Kreises, Abteilung Inneres einen schriftlichen Antrag auf Übersiedlung in die BRD“, zur

„Begründung gibt er darin unter anderem an, dass er in der DDR seine nationalsozialistische Weltanschauung nicht zum Ausdruck bringen und sich in diesem Sinne nicht betätigen darf, dafür bestraft worden sei und in der BRD seine Weltanschauung öffentlich vertreten kann.“¹³⁷

Spätestens ab Mitte der 1980er-Jahre ist also vom Bestehen gefestigter rechtsextremer Strukturen im Bezirk Gera zumindest entlang der Ost-West-Autobahn auszugehen. Für den Raum

¹³³ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2145, Bl. 83.

¹³⁴ BA-StUA: MfS BV Gera, KD Gera, 3018 neu, Bl. 1.

¹³⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 1.

¹³⁶ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Stadtroda, Signatur 330, Bl. 1a.

¹³⁷ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Stadtroda, Signatur 369, Bl. 8.

Saalfeld-Rudolstadt finden sich dazu keine Hinweise. Zumindest die Saalfelder Polizei hatte allerdings ohnehin kaum neonazistische oder rassistische Vorfälle und Gruppierungen in ihren Berichten dokumentiert. Ob das an fehlenden Fällen oder an fehlender Aufmerksamkeit dafür lag, muss in dieser Untersuchung offenbleiben. Auch für den Bezirk Erfurt ist von fest strukturierten Gruppen bereits Mitte der 1980er-Jahre auszugehen, für Weimar beschreibt dies Ralf Borchert,¹³⁸ für Arnstadt finden sich in den Akten der Polizei entsprechende Nachweise, die auch über Kontakte westdeutscher Neonazis nach Arnstadt berichten.¹³⁹ Für Suhl als dritten Bezirk in Thüringen konstatierte Kai Richarz jüngst hingegen einen „verzögerten Neonazismus.“ Hier organisierten sich Skinheads und Neonazis erst deutlich später in festen Strukturen.¹⁴⁰



Neonazistische Schmierereien in Bad Köstritz, Februar 1988 (Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Rudolstadt, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera Nr. 829)

Zu Beginn des Jahrzehnts knüpften die Ostthüringer Polizeibehörden zunächst an die Berichterstattung der Vorjahre an, dabei stellten sie den Vorbildcharakter westdeutscher Neonazigruppen heraus:

„Bei weiterer Konzentration krimineller und kriminell-gefährdeter Gruppierungen

¹³⁸ Ralf Borchert: „... bisschen was Derberes“. Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar, Jena 2004, S. 67 f.

¹³⁹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1208, Bl. 84; Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1209, Bl. 36 sowie Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1211, Bl. 103. Die Arnstädter Gruppe wurde in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zu einer der überregional offenbar bekanntesten Gruppen, dazu mehr im folgenden Text.

¹⁴⁰ Kai Richarz: Neonazis hinterm Rennsteig – verzögert, ausgebrems und doch etabliert. Entwicklungen und gesellschaftlicher Umgang im (ehemaligen) Bezirk Suhl, Masterarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2022.

Jugendlicher in beiden Großstädten¹⁴¹ ist beachtenswert, dass sich an Polytechnischen Oberschulen und Betriebsberufsschulen Gruppierungen mit militaristischem und neofaschistischem Gedankengut herausbilden (Jena: Wikinger Jugend [sic!]; Deutsche Freiheit Partei [sic!]).¹⁴²

Trotz der nicht ganz korrekten Bezeichnungen ist deutlich, dass sich die Verweise auf die im Bereich neonazistischer bundesdeutscher Jugendorganisationen seinerzeit hegemoniale Wiking-Jugend sowie auf die 1979 gebildete Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) bezogen. Es blieb aber ausweislich der Akten bei der Berichterstattung, zum Eingreifen sah die Polizei augenscheinlich keinen Grund. Das galt auch, als spätestens ab Mitte der 1980er-Jahre, am 20. April eines jeden Jahres, in einer Gaststätte abseits des Jenaer Stadtzentrums Feiern zum Geburtstag Adolf Hitlers abgehalten und ebenso als die Sprechchöre bei Oberligaspielen des FC Carl Zeiss Jena im Verlauf des Jahrzehnts zunehmend rassistischer und antisemitischer wurden.

Neonazismus in Wehrausbildungslagern Jena und Gera

Das Auftreten Jenaer Schüler*innen während eines Wehrausbildungslagers gab im Frühsommer 1984 Anlass für einen umfangreicheren Bericht der Staatssicherheit und zeigte, dass auch unter den Schüler*innen dieser Generation nationalsozialistisches Gedankengut gepflegt und weiterverbreitet wurde: Ein sechzehnjähriger Schüler der Polytechnischen Oberschule „Rosa Luxemburg“ führte gegenüber Mitschüler*innen aus, im Wehrausbildungslager würden sich vier oder fünf Neonazis befinden, er selbst gehöre auch dazu. Schwarze Menschen seien „keine Menschen, sondern Tiere“ sowie „Ein echter Deutscher ist nur, der keine Ausländer in Deutschland duldet“¹⁴³. Bei einem anderen Schüler wurde ein antisemitischer Liedtext gefunden, der in einer Gemeinschaftsarbeit entstanden war. Drei weitere Teilnehmer aus unterschiedlichen Jenaer Schulen bezeichneten sich selbst öffentlich als Neonazis. Einer

„hat, wie er in der Befragung angab, aus Freude über ein gewonnenes Fußballspiel mehrfach ‚Sieg Heil‘ gerufen. [...] Dazu erklärte er, dass es bei einigen seiner Freunde durchaus üblich sei, solche Worte wie Juden als Schimpfwort zu gebrauchen [...].“¹⁴⁴

Weiter notierte der Bericht, dass es in Jena-Lobeda eine Gruppe gab, die ein verfremdetes „Neo“-Zeichen verwenden würde. Sogenannte „Neos“ bildeten eine der Richtungen, in die sich die extreme Rechte in der DDR über die Skinhead-Kultur hinaus verzweigte. Die Staatssicherheit in Gera machte das später an äußeren Merkmalen fest:

¹⁴¹ Gemeint sind Gera und Jena.

¹⁴² LATH-StA Rudolstadt: Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Signatur 1906, ohne Paginierung (BDVP Gera: Schriftliche Berichterstattung vor der Leitung der BDVP gemäß Planposition C II/8, Blatt 20, Arbeitsplan Chef 1. Halbjahr 1980 vom 2. Juni 1980).

¹⁴³ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX SA 259, Bl. 1.

¹⁴⁴ BA-StUA: Ebenda, Bl. 3.

„Diese, sich selbst als Neo's bezeichnenden Jugendlichen treten auf mit sogenanntem ‚Pimpfhaarschnitt‘, schwarzen, braunen und khakifarbenen Hemden mit Schulterklappen, gleichfarbenen Hosen und Lederschlipsen, beziehungsweise Halstüchern und teilweise mit Schulterriemen.“¹⁴⁵

Zwar würden sie sich mit Ideologie und Mode der Skinheads identifizieren, aber deren Haarschnitt ablehnen, hieß es weiter. Schließlich endete der Bericht mit der Einschätzung, die aufziehende Gefahr von rechts sei von außen gesteuert. Verantwortlich machte er dafür die in Jena zu dieser Zeit vorhandenen Friedensinitiativen und formulierte so eine DDR-spezifische Variante der Extremismustheorie. Damit wurde die Bekämpfung der Jenaer Friedensinitiativen in den Vordergrund gerückt:

„Von besonderer Bedeutung ist die in diesen Haltungen objektiv begründete Möglichkeit zukünftiger öffentlichkeitswirksamer Aktionen. [...] Die Gefährdung der Schüler widerspiegelt sich in der objektiven Übereinstimmung zwischen den durch die Schüler verbreiteten Losungen mit den Formulierungen feindlich initiiert pseudo-pazifistischer Kräfte und der sichtbar werdenden Haltungen von Faschismus und Neofaschismus. Um dieser unabhängig von der subjektiven Zielsetzung der Schüler objektiv bestehenden Gefährdung entgegenzutreten und vorbeugend einen feindlichen Missbrauch oder eine feindliche Aktivität von beziehungsweise durch einzelne Schüler vorbeugend zu verhindern, ist es erforderlich, alle Erscheinungen dieser Art konsequent zu klären und durch die gemeinsamen Anstrengungen der an der Erziehung beteiligten Kräfte die Basis für die Entstehung derartiger Haltungen zu beseitigen.“¹⁴⁶

Über ähnliche Vorfälle in einem Geraer Wehrausbildungslager berichtete die Staatssicherheit zwei Jahre später:

„Im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung im Ausbildungslager Raila im Oktober 1986 wurde durch mehrere Lehrlinge dieser Klasse eine Verherrlichung des Faschismus offen in der Form betrieben, dass man die Wachablösung nach faschistischer Manier und mit faschistischer Grußerweisung durchführte. So wurde unter anderem die gegenseitige Begrüßung mit erhobener Hand und den Worten ‚Sieg Heil‘ beziehungsweise ‚Heil Hitler‘ durchgeführt [...]“¹⁴⁷

Junge Gemeinde Jena: Skinhead-Gewalt gegen Punker*innen 1987

Bedrohungen und Gewalttaten der Skinheads blieben in dieser Phase meist ungestraft. Ein damaliger Angehöriger der Punkszene berichtete über einen Vorfall in Jena, bei dem sich eine Gruppe junger Punker*innen zur Wehr setzte:

¹⁴⁵ BA-StUA: MfS BV Gera, AKG 3753, Bd. 37, PI Nr. 22/88, Bl. 2.

¹⁴⁶ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX SA 259, Bl. 4.

¹⁴⁷ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XVIII, 003436, Bl. 6.

„Die Überfälle nahmen in der gesamten DDR immer mehr zu. Auch in Sachen Brutalität gab es kaum noch Grenzen. [...] Das erste Mal, dass ich eine richtige Gegenwehr erlebte, war bei einer Punkwerkstatt im Frühjahr 1987 in Jena. Dort waren etwa dreißig Skinheads unter den Konzertgästen. Immer wieder griffen sie einzelne Punks heraus, um sie zu verprügeln. Meistens passierte dies unbemerkt im Hof des Geländes. [...] Für die Skins [...] war Gewalt ein Teil ihres Lebens.“¹⁴⁸

Ein Eingreifen der Polizei ist nicht dokumentiert. Vor allem die Staatssicherheit überwachte und bekämpfte die Junge Gemeinde bereits seit Jahren, weil sie mit ihren Angeboten offener Jugendarbeit einer der zentralen Orte für „unangepasste“ Jugendliche, Friedensinitiativen, Punker*innen und andere Formen der DDR-Opposition war. Mit all ihren verfügbaren Mitteln arbeitete die Staatssicherheit über Jahre hinweg gegen die Aktivitäten und Akteur*innen der Jungen Gemeinde, bis deren Räume schließlich aufgegeben wurden.¹⁴⁹ Insofern kann vermutet werden, dass den Sicherheitsbehörden Gewalttaten der Skinheads gegenüber Besucher*innen der Jungen Gemeinde, wie in diesem Beispiel, sehr willkommen waren. Erst die mediale Berichterstattung in der Bundesrepublik und die dann auch in der DDR einsetzende Empörung über den Überfall von Skinheads auf die Besucher*innen eines Punkkonzerts in der Berliner Zionskirche markierte im Oktober 1987 eine gewisse Zäsur in der Arbeit von Polizei und Staatssicherheit gegenüber rechtsextremen Gruppen und Personen. Dies blieb aber widersprüchlich:

„Es brechen zum Teil gravierende Meinungsunterschiede über die Entstehung, die Bedeutung den Verlauf, die Perspektiven sowie die Ursachen und Bedingungen von rechtsradikalen Tendenzen im Sozialismus respektive der DDR aus, mit Folgen in den Operationsketten und -verhältnissen Beteiligter. Das setzt sich bis in die Kreisdienststellen hin mehr oder weniger offen fort. [...] Es kommt nur bei wenigen die Analyse auf, dass der Rechtsradikalismus eine spezifische ideologische und politische Form der Opposition gegen die DDR sei.“¹⁵⁰

Nicht gesehen wurde dabei auch, „dass [...] der Rechtsradikalismus sich schon in einem höheren, sich selbst erweiternden systemischen Stadium befindet“¹⁵¹. Die fehlende Analysefähigkeit war ein wichtiger Grund dafür, dass die nun zumindest formal einsetzende Überwachung der extremen Rechten nicht nur im Bezirk Gera bis zu Wende im Herbst 1989 erstaunlich lückenhaft und widersprüchlich blieb.

Regelmäßige Berichterstattung der Staatssicherheit

Der Leiter der HA XX des Ministeriums für Staatssicherheit forderte alle Bezirksverwaltungen am 11. November 1987 dazu auf, über die in der Republik bestehenden Skinheads und ihre Strukturen

¹⁴⁸ Geraf Pochop: Untergrund war Strategie. Punk in der DDR zwischen Rebellion und Repression, Bonn 2018, S. 126 f.

¹⁴⁹ Henning Pietzsch: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970 bis 1989, Köln 2005.

¹⁵⁰ Bernd Wagner: Rechts-Radikalismus in der Spät-DDR, a.a.O., S. 420.

¹⁵¹ Bernd Wagner: Ebenda, S. 129.

zu berichten. Beigefügt war ein Fragenkatalog, der von nun an regelmäßig zu beantworten war. Die Hauptabteilung Kriminalpolizei erstellte bis März 1988 ebenfalls eine erste Übersicht über das rechtsextreme Geschehen. Sie bewertete darin Berlin, Cottbus und Potsdam als die am stärksten betroffenen Bezirke, blieb aber insgesamt unvollständig, auch weil die lokalen Gliederungen meist nur lückenhafte Kenntnisse hatten. Die Staatssicherheit im Bezirk Gera begann auf diese Aufforderung hin mit ihrer regelmäßigen Berichterstattung. Sie meldete im Dezember 1987 für ihren Zuständigkeitsbereich keine „Skinheadgruppen mit festen Organisationsformen und Gruppennormen“, wohl aber „eine spürbare Tendenz [...], die dem Vorfeld einer sogenannten Skinheadbewegung zugeordnet werden muss“¹⁵². Schwerpunkte sah sie demnach in Gera, Jena und Stadtroda. Seit September 1987 sei es dabei zu einer Verlagerung nach Jena gekommen. Die Jugendklubs „Dialog“ in Gera und „Impuls“ in Jena wurden als öffentliche Treffpunkte identifiziert, ebenso Wohnungen und Gärten in Hermsdorf, in denen die Rechten unter sich blieben.

Berichtet wurde weiter über das Bemühen der Skinheads, im Falle einer Einberufung zur Armee Ausbildungen in Spezialeinheiten zu bekommen. Im Raum Gera waren u. a. Mitglieder eines Fanclubs der BSG Wismut Gera aufgefallen, ebenso Insass*innen des Kinderheims „Willy Schneider“ in Gera-Lusan, die sich Schlagstöcke mit Ketten und Nägeln angefertigt hatten. Kontakte Ostthüringer Skinheads gab es der Staatssicherheit zufolge bereits jetzt zu Gesinnungsgenos*innen in anderen Städten, so nach Altenburg, Berlin, Weimar und Zeitz. Dort standen später Skinheads aus Ostthüringen vor Gericht, die gemeinsam mit Gesinnungsgenos*innen aus Stadtroda und Münchenbernsdorf einen Angehörigen der Grenztruppen in einem Personenzug niedergeschlagen hatten. In diesem Zusammenhang versuchte die Staatssicherheit, eine Auszubildende des VEB Elektronik Gera als Kontaktperson ins rechte Spektrum zu gewinnen, die die Männer im Zug begleitet hatte. Sie schilderte u. a. regelmäßige Karatetrainings in Stadtroda.¹⁵³ Einige Wochen später schwächte die Bezirksverwaltung dies erkennbar ab: Es seien keine Verbindungen zu Skinheads aus Hermsdorf und Stadtroda festgestellt worden. Hinsichtlich „gemeinschaftlich durchgeführter wehrsportähnlicher Übungen“ könne eine „Ernsthaftigkeit im Sinne einer Ausbildung“ nicht eingeschätzt werden.¹⁵⁴

März 1988: „Territoriale Schwerpunkte in den Kreisen Gera, Jena und Stadtroda“

Bis März 1988 hatte der Geheimdienst für den gesamten Bezirk Gera etwa 20 „Skinheads/Neos/Faschos“ ausgemacht. Auffällig war aber aus seiner Sicht der Anstieg

„neofaschistischer, nationalistischer Erscheinungsformen unter negativ-dekadenten Jugendlichen. Territoriale Schwerpunkte bilden hierbei die Kreise Gera, Jena und Stadtroda. In diesen Kreisen treten Einzelpersonen in Erscheinung, um die sich Konzentrationen negativ-dekadenter Jugendlicher mit neofaschistischem

¹⁵² BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 172.

¹⁵³ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 190, Bl. 39.

¹⁵⁴ BA-StUA: Ebenda, Bl. 43.

*Gedankengut, paramilitärischem äußeren Erscheinungsbild gebildet haben beziehungsweise herausbilden.*¹⁵⁵

Besonders zu beachten war demnach die „Tendenz der Herausbildung straff organisierter Gruppenstrukturen sowie die intensive Beschäftigung mit Kampfsportarten in erkannten Konzentrationen“¹⁵⁶. In einem anderen Bericht finden sich im Februar 1988 detailliertere Zahlen: Man hatte demnach im Bezirk 26 Skinhead-Anhänger*innen namentlich identifiziert, was interessanterweise der für Februar angegebenen Zahl nicht entsprach: 12 in Gera, je 4 in Hermsdorf und Jena, je 3 in Münchenbernsdorf beziehungsweise in Eisenberg und Umgebung.¹⁵⁷ Im Rahmen einer eingeleiteten operativen Personenkontrolle „Contra“ wurde ein Schüler der „Erweiterten Oberschule II“ in Gera von der dortigen Kreisdienststelle überwacht, der mit anderen zusammen als „Deutsche Aktionsfront“ Wehrsportübungen im Geraer Stadtwald abhielt. Schon im November 1987, so der Bericht, hatte sich die Gruppe „in voller Montur und mit geschwärtzten Gesichtern im Foyer des Interhotels“ aufgehalten, „um zu testen, welche Wirkung man damit erreicht“, Ende November 1987 hatte sie „in gleicher Weise eine Disco in Weißig“ aufgesucht.¹⁵⁸

Der Kern der Gruppe gehörte zu den bereits genannten Bewohner*innen des Kinderheims „Willy Schneider“. Als Ziel der operativen Personenkontrolle nannte die Staatssicherheit nicht eine Strafverfolgung, sondern die „weitere Aufklärung der Gruppenmitglieder unter dem Aspekt der Herausarbeitung von Ansatzpunkten zur Gewinnung von IM“¹⁵⁹. Besonders aufmerksam war man wohl vor allem, weil die Gruppe versuchte, Kontakte zu Angehörigen der britischen Besatzung in Berlin zu knüpfen und sich von einem Erfurter Gesinnungsgenossen Sprengstoff beschaffen wollte. Im benachbarten Frankenthal hatte man das Kulturhaus als möglichen Treffpunkt einer zweiten Skinhead-Gruppierung ausgemacht. Die versuchte aber vergeblich, diesen Ort für sich zu erobern und konnte sich nicht gegen die dort ebenfalls verkehrende Gruppe „alter Blueser“ durchsetzen.

Ende April 1988 vermeldete die Bezirksverwaltung „keine wesentlichen Änderungen, neue Tendenzen, Konzentrationen“, um dann für Jena genau Gegenteiliges zu beschreiben:

*„Gleichzeitig ist allerdings feststellbar, dass sich zunehmend jüngere Personenkreise (Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren) solchen Erscheinungsformen anschließen. Als territorialer Schwerpunkt zeichnet sich hierbei aus Sicht der gegenwärtigen operativen Erkenntnisse Jena ab.“*¹⁶⁰

¹⁵⁵ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 168.

¹⁵⁶ BA-StUA: Ebenda, Bl. 168.

¹⁵⁷ BA-StUA: MfS BV Gera AKG 3753 Bd. 37, Nr. 22/88, Bl. 3.

¹⁵⁸ BA-StUA: MfS BV Gera, AOPK 813/88 Bd. 1, Bl. 7.

¹⁵⁹ BA-StUA: Ebenda, Bl. 8.

¹⁶⁰ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 160.

Gera: OPK „Contra“

Der von der operativen Personenkontrolle „Contra“ überwachte Mann in Gera bemühte sich inzwischen um die Beschaffung von Sprengstoff aus der SDAG Wismut, der vorangegangene Versuch in Erfurt war ergebnislos geblieben. Somit war zumindest der Staatssicherheit bereits im Frühjahr 1988 bekannt, dass sich die rechtsextreme Szene um Sprengstoff bemühte. Ebenso war ihr bekannt, dass sie inzwischen Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1972 bis 1974 erfasste. Ob auch Uwe Mundlos, zu diesem Zeitpunkt Schüler der Polytechnischen Oberschule Magnus Poser in Jena, zu denen zählte, auf die sich der Berichtsteil zur Saalestadt bezog, ist unbekannt; die Staatssicherheit hatte ihre Beobachtung nicht mit Namen hinterlegt. Über die Entwicklung von Mundlos in dieser Phase berichten Maik Baumgärtner und Marcus Böttcher später:

„Es heißt, er¹⁶¹ versorgt den Enkel mit Büchern über das dritte Reich und verherrlicht den Zweiten Weltkrieg. Offenbar konnten auch Lehrer und Direktoren nicht verhindern, dass die giftige Ideologie in Mundlos Kopf heranwächst. Laut ‚Berliner Kurier‘ schauen sie konsequenzlos zu beziehungsweise weg, wenn der sonst so Wissbegierige in Springerstiefeln auftaucht und provoziert.“¹⁶²

Wenig später arbeitete die Staatssicherheit erneut die Bedeutung der Fußballstadien für die extreme Rechte heraus und berichtete über offene „neofaschistische, antisemitische und rassendiskriminierende Einstellungen verbunden mit einem Ansteigen von Brutalität“ in Fanklubs. Als ein besonderer Schwerpunkt wurde erneut der „Erzhammer“ der BSG Wismut Gera benannt.¹⁶³ Dass die dortige Szene inzwischen gut vernetzt und einflussreich war, zeigt ein anderes Vorkommnis: Anlässlich eines Spiels des Bundesligavereins Bayer Leverkusen in der CSSR hatten Angehörige des Fanklubs Kontakte mit westdeutschen Hooligans geschlossen und sich für Juli 1988 zu einem Turnier in Gera verabredet. Hieß es vonseiten der Staatssicherheit zunächst, dass dieses Turnier „durch die Kreisdienststelle Gera und andere Dienstseinheiten des MfS inoffiziell abgesichert“ und es dabei „in Verbindung mit im Vorhinein geführten Disziplinierungsgesprächen seitens der Organisatoren und Vertretern der BSG Wismut Gera zu keinen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ gekommen sei,¹⁶⁴ wurde wenig später eine andere Nuance betont:

„Um genannte Personenkreise, zum Beispiel die beschriebenen Fußballfans der BSG Wismut Gera nicht über Gebühr gegen Entscheidungen wie ein mögliches staatliches Verbot ihres geplanten Fußballfan-Turniers aufzubringen, wurde genannter Aktivität staatlicherseits mit Auflagen zugestimmt und eine inoffizielle Absicherung gewährleistet.“¹⁶⁵

¹⁶¹ Gemeint ist der Großvater von Uwe Mundlos.

¹⁶² Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher: Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012, S. 24. Vgl. auch Matthias Quent: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim 2019, 2. Aufl., S. 302 ff. sowie Christian Fuchs/John Goetz: Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 2012, S. 48 ff.

¹⁶³ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 154 f.

¹⁶⁴ BA-StUA: Ebenda, Bl. 135.

¹⁶⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 136.

Dazu gibt es zwei unterschiedliche Lesarten: Entweder hatten die Geraer Hooligans beziehungsweise alle eingeladenen rechten Fußballfans inzwischen eine derartige Stärke, dass eine Absage zu großes Aufsehen erregt hätte, oder, was wahrscheinlicher ist, die Sicherheitsbehörden unterschätzten die schnellen Bedeutungsgewinne rechtsextremer Organisationen und ihrer internationalen Kontakte noch immer. Auf jeden Fall ließ sie die „genannten Personenkreise“ gewähren.

Eine ausführliche „Einschätzung aktueller Erscheinungsformen“ für den Bezirk Gera gab sich Anfang 1989 merkwürdig entspannt: Man hatte zwar inzwischen eine Verdoppelung der Zahl statistisch erfasster Skinheads auf 40 ausgemacht, hielt aber daran fest, dass es sich bei anderen Jugendlichen „mit neofaschistischen und rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen“ „meist um vierzehn- bis sechzehnjährige Schüler“ handelte, „die mit Schmierereien oder verbalen Äußerungen anfallen, jedoch nicht den Skinheads zuzuordnen sind“¹⁶⁶. Eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung wurde nun der FDJ zugewiesen: Die dort inzwischen erfolgte Bildung besonderer Ordnungsgruppen

„zur Disziplinierung von öffentlichkeitswirksamem Auftreten der Skinheads und der vorbeugenden Sicherung von Jugendgroßveranstaltungen sowie der zentral angewiesenen Aussprachen durch FDJ-Sekretäre mit bekannt gewordenen Sympathisanten und Anhängern der Skinheads [...] müssen zielstrebig weiter forciert werden“¹⁶⁷.

Die Zahl der als informelle Mitarbeiter*innen geführten Spitzel in der rechten Szene war inzwischen von bislang einem auf nun vier erhöht worden. Rechnerisch waren also 10 % der 40 erfassten Skinheads für die Staatssicherheit aktiv.

Jena: Codewort „Glatze“

In Jena lief inzwischen die „Bearbeitung eines Sachverhaltes zur Existenz einer Gruppierung von Skinheads mit dem Codewort „Glatze“¹⁶⁸. Dabei wurden Verdächtige überprüft. Bis Dezember 1988 vermochte die Staatssicherheit aber keine feste Gruppierung zu erkennen. Dann wurde ein Auszubildender der Jenaer Niederlassung des Fleischerkombinats Gera benannt, der im Lehrlingswohnheim öffentlich ein Abzeichen der NSDAP getragen hatte. Davon ausgehend erfasste man nun eine Gruppe in Lobeda-Ost, die u. a. intensiv Kraftsport betrieb und plötzlich eindeutig als Gruppe von Skinheads galt. Über nun folgende Befragungen berichtete die Staatssicherheit:

„Von den befragten Jugendlichen aus dem Bereich Lobeda wird die Meinung vertreten, dass auch in der DDR zu viel Ausländer aufgenommen beziehungsweise ausgebildet werden. Befragt nach Ursachen für die negative Einstellung gegenüber Ausländern kommt in vielen Fällen eine Geschichte über einen Konflikt mit Ausländern beziehungsweise ‚Anmachen von Freundinnen‘ beziehungsweise ‚tragen alle Messer‘ und ‚benehmen sich aufgrund ihres Westgeldbesitzes wie die Kings‘ und ‚es

¹⁶⁶ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 137.

¹⁶⁷ BA-StUA: Ebenda, Bl. 139.

¹⁶⁸ BA-StUA, MfS Gera, Kreisdienststelle Jena, Bestand 001879, Bl. 8.

wird ihnen alles durch die DDR in den Arsch gesteckt' und Ähnliches. Diese Meinung kann als vorherrschend unter den Jugendlichen, die als kriminalitätsgefährdet einzuschätzen sind, im Bereich Lobeda einklassifiziert werden.¹⁶⁹

MIS/BV BV GERA
 Dienstseinheit XX
 Mitarbeiter Wittrin

BStU Gera den 4.4.89
 000002
 Reg.-Nr. X1523/89

KOPIE

Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle

"SYMBOL"
 Deckname

Lfd. Nr.	Name, Vorname	PKZ ¹	Karteikarten erhalten Datum/Unterschrift
01	[REDACTED]	[REDACTED]	

1. Gründe für das Einleiten

Der [REDACTED] ist unserer DE seit 11/88 als Anhänger/Sympathisant der Skinheads bekannt. In der Vergangenheit fiel er als Fußballstörer an und es konnten inoffizielle Hinweise zu einer möglicher Republikflucht erarbeitet werden. Desweiteren hat der [REDACTED] Verbindungen zu Skinheads aus Jena.

2. Zielstellung der OPK

- Herausarbeitung von Zielen, Absichten und Motiven der OPK-Pers.
- Erarbeitung und ~~XXXXXX~~ Identifizierung von Verbindungspersonen der OPK-Pers.
- Gezielte Einflußnahme und Disziplinierung auf die OPK-Pers. durch weitere Kontaktgespräche und Prüfung auf eine eventuelle inoffizielle Nutzung
- Unterbindung einer neg. Einflußnahme auf weitere Jugendliche

3. Entscheidung über das Einleiten

Bestätigt: _____ Datum _____ Unterschrift _____

4. Eingesetzte IM/GMS

Koordiniert mit _____

¹ PKZ bei DDR-Bürgern, bei Ausländern Geburtsdatum angeben!

¹⁶⁹ BA-StUA; Ebenda, Bl. 9.

Der Auszubildende selbst wurde ebenfalls zur Polizei vorgeladen und mithilfe eines vorbereiteten „Fragespiegels“ befragt, wie er allem Anschein nach in dieser Form überregional verwendet wurde. Dort war eine Reihe von markanten Kalendertagen eingetragen, nun wurde nach eventuell geplanten Aktivitäten der Skinheads dazu gefragt. Dies betraf den 11. und 12. April 1989 (Fußball-Länderspiel der DDR in Magdeburg gegen die türkische Nationalmannschaft), den 20. April (100. Hitler-Geburtstag), den 1. Mai, den 7. Mai (Kommunalwahlen in der DDR) und den 8. Mai (Tag der Befreiung). Für all diese Tage befürchteten Polizei und Staatssicherheit ein koordiniertes öffentliches Auftreten der Neonazis, das unter allen Umständen verhindert werden sollte. In einem Vernehmungsprotokoll wurde vermerkt: „Der (Name anonymisiert, ME) wurde belehrt, sich an den Tagen 12. April 89, 20. April 89, 1. Mai 89 und 7. Mai 89 gesellschaftsgemäß zu verhalten.“¹⁷⁰ Die Befragung eines anderen, beim VEB Zeiss beschäftigten Skinheads vermittelt ein Gefühl für dessen inzwischen offenbar gut geschultes Vorgehen gegenüber der Polizei:

„Während der Befragung verhielt sich der (Name anonymisiert, ME) höflich und aufgeschlossen, solange es um allgemeine Probleme ging. Bei konkreten Fragen nach Namen, geplanten Aktionen und Organisationsformen machte er keine Angaben. Zum Abschluss fertigte er eine handschriftliche Erklärung, in der er versicherte, sich an gesellschaftlichen Höhepunkten [...] gesellschaftsgemäß zu verhalten. Ebenso werde er am 20. April 1989 nicht in Erscheinung treten.“¹⁷¹

Die rechtsextreme Szene in Gera

Die extrem rechten Strukturen im Bezirk waren bis 1989 wohl in Gera selbst am weitesten entwickelt. Ein Erfurter Skinhead führte in einer Vernehmung bei der Polizei an: „Hier in Gera gibt es feste Treffpunkte und auch direkte Skinhead-Gruppen.“¹⁷² Auch die strafrechtlich relevanten Vorgeschichten einiger Neonazis reichten hier länger zurück. Schon für 1983 ist die Untersuchungshaft eines Mannes dokumentiert, der von nun an immer wieder in entsprechenden Zusammenhängen, aber auch als Lieferant einschlägiger Literatur wie „Infanterieregiment Großdeutschland greift an“¹⁷³ auftauchte. Im März 1987 hatte ein anderer Mann das Beschriften einer Schutzhütte im Wald mit Hakenkreuzsymbolen, SS-Runen und anderem angezeigt. Als Täter*innen wurden fünf Schüler*innen ermittelt, die unter dem Namen „Nationalsozialistische Terrorgruppe“ auftraten. Das gegen sie eingeleitete Strafverfahren endete mit Bewährungsstrafen.¹⁷⁴ Mindestens eine*r der Täter*innen tauchte in den Ermittlungsakten zu späteren rechtsextremen Vorfällen wieder auf.

Die Szene in der Bezirkshauptstadt hatte spätestens 1987/88 eine Stärke erreicht, die sie zu immer selbstbewussterem öffentlichen Auftreten veranlasste, bei denen die Polizei sie gewähren ließ: Am 11. Februar 1988 etwa zeigten 30 Skinheads während einer Veranstaltung im „Klub der Jugend

¹⁷⁰ BA-StUA: Ebenda, Bl. 29.

¹⁷¹ BA-StUA: Ebenda, Bl. 32.

¹⁷² LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2044, Bl. 84.

¹⁷³ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 678, Bl. 32.

¹⁷⁴ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 1415.

und Sportler“ Hitler-Grüße. Am 20. Februar ertönten im gleichen Klub „Sieg-Heil“-Rufe, als Ordner einschritten, wurden sie von den Skinheads angegriffen. Am 29. April erfolgte ein Angriff auf Jugendliche mit Antikriegsstickern im Klubhaus „Walhalla“.¹⁷⁵ Im November 1988 erhob im Jugendklub „33. Jahrestag der DDR“ der rechtsextreme Teil des Publikums bei einer Diskoveranstaltung die Arme zum Hitlergruß mit entsprechenden Rufen. Am 11. Februar 1989 verübten die örtlichen Skinheads in der Gaststätte „HOG Sonneneck“ einen „seit langem geplanten Racheakt [...] unter anderem auch mit dem Ziel, die HOG Sonneneck als neuen Treffpunkt für sich zu erschließen“¹⁷⁶.

¹⁷⁵ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 190, Bl. 44.

¹⁷⁶ BA-StUA: MfS BV Gera, KD Gera, 3018 Neu, Bl. 3.

Kreisdienststelle Gera

Gera, 21. März 1989
mar-erlGegenwärtige Lage S K I N H E A D S1. Vorkommnisse

- 11. 02. 89 gegen 22.15 Uhr, HOG "Sonneneck" Lusan
 - a) Skinheads provozieren eine tätliche Auseinandersetzung mit einer Gruppe Blueser/Skiffer/Heavys
 - b) Einleitung EV gem. § 215 StGB - Rowdytum Anordnung der Untersuchungshaft gegen
 [REDACTED], 1970
 Gera, [REDACTED]
 [REDACTED], 1973
 Gera, [REDACTED]
- 18. 02. 89 gegen 21.00 Uhr
 - a) Ausgangspunkt "Plzen", 6 Skinheads, wovon jeder 1 Bierglas aus der Gaststätte entwendete und mit in die Straßenbahn nahm
 - b) Herauswerfen von Gläsern aus der Straßenbahn an Haltestelle "Gleisdreieck", Singen, Grölen, Belästigen von Fahrgästen
 - c) Einschreiten S an Haltestelle Keplerstraße
 Wurde bis zum 14. 3. 89 als OW durch S bearbeitet, danach im Zusammenhang mit Vorkommnis E.-Thälmann-Str. 72 als Straftat in Arbeit
- 18. 02. 89 gegen 22.30 Uhr, Berggasse unterhalb UHA
 - a) namentlich bekannte Skinheads und Sympathisanten grölen in der Berggasse und versuchen eine Kontaktaufnahme mit den U-Häftlingen [REDACTED] und [REDACTED]
 - b) Wurde als OW klassifiziert
 - c) Wird seit dem 14. 03. 89 als Straftat geprüft.
- 11. 03. 89 gegen 21.15 Uhr, Gera, E.-Thälmann-Str. 72
 - a) 17 Skinheads und Sympathisanten feiern in der Wohnung des Inhaftierten [REDACTED] (Skinhead); Wohnung wird durch den Skin [REDACTED] (19 Jahre) und dessen Freundin [REDACTED] (17 Jahre) derzeit bewohnt (Verstoß gegen Meldeordnung wird geprüft).
 - b) Sachverhalt wurde als Rowdytum gem. § 215 StGB und als Beleidigung gem. §§ 137, 139 (3) StGB klassifiziert.

Ziel der Attacke waren die Männer („alte Blueser“), die zwei Jahre zuvor das Kulturhaus Frankenthal gegen die Skinheads verteidigt hatten. Wiederum eine Woche später randalierte eine größere Gruppe Skinheads in einer Straßenbahn und ließ dazu neonazistische Sprechchöre ertönen. Die herbeigerufene Polizei schritt zunächst ein, ließ die Gruppe aber nach Verlassen der Straßenbahn ungehindert in Richtung der Geraer Untersuchungshaftanstalt marschieren, wo seit dem Überfall in der „HOG Sonneck“ eine Woche zuvor zwei ihrer Gesinnungsgenossen einsaßen. Anfang März folgte der nächste Vorfall, der zu erneuten Festnahmen führte. Eine Geburtstagsfeier Geraer Skinheads mit Gesinnungsgenoss*innen aus Erfurt, Stadtroda und dem nahen Münchenbernsdorf wurde zu dessen Ausgangspunkt. Im Verlauf des Nachmittages hatten einige Männer die Feier kurzzeitig verlassen, mehrere Punker*innen zusammengeschlagen, eine Haustür eingetreten und einen weiteren Mann mit einem feststehenden Messer bedroht. Das Eingreifen der Polizei am Abend erfolgte dann aber nicht aufgrund der Gewalttaten vom Nachmittag, sondern aufgrund eines Anrufs aus der Nachbarschaft wegen Ruhestörung: Die Skins hatten mehrere leere Schnapsflaschen aus dem Fenster der Wohnung geworfen und dabei ein geparktes Auto beschädigt. Als die Polizei gegen 21 Uhr eintraf, wurde sie mit Beschimpfungen und Hitler-Grüßen empfangen. Sie verfügte die sofortige Auflösung der Feier, schritt aber nicht ein, als ein Teil der Neonazis daraufhin ungerührt zu einer Diskothek weiterzog. Ein Polizist erinnerte sich:

„Als die Wohnung dann verlassen wurde, grüßten die Personen mit dem Heil-Hitler-Gruß. [...] Dann hörte ich richtiggehend im Takt: Sieg Heil – Sieg Heil. Diese Grußformel Sieg Heil – Sieg Heil setzte sich auf der Straße bis zur Bushaltestelle fort.“¹⁷⁷

Erst ein weiterer Überfall auf eine Gruppe Punker*innen wurde dann zwei Tage später zum Anlass für die Aufnahme offizieller Ermittlungen und die Inhaftierung dreier Täter, die bereits bei der Geburtstagsfeier ins Visier geraten waren: ein einschlägig vorbestrafter Skinhead aus Erfurt sowie zwei Bäcker-Auszubildende der PGH Eintracht Gera. Insgesamt wurden in diesem Kontext etwa 20 Männer und Frauen aus der Skinhead-Szene aktenkundig und zumindest zum Teil vorgeladen und zu den Vorfällen, aber auch zu Strukturen, Treffpunkten und Motiven befragt. Fast alle waren als Arbeiter*innen oder Auszubildende in Arbeiterberufen tätig. Als regelmäßige Treffpunkte nannten sie die Gaststätten „Plzen“, die HOG „Sommerleite“ und den Jugendklub „33. Jahrestag“. Die Mutter eines Beschuldigten betonte besonders, dass sich ihr Sohn aktiv am Aufbau und der Renovierung des Jugendklubs „Walhalla“ beteiligt habe und somit in der gesellschaftlichen Jugendarbeit aktiv sei.¹⁷⁸ Die öffentlichen Treffen folgten einem festen Muster: „Mittwochs haben wir uns in der HOG Plzen und sonnabends im Jugendclub 33. Jahrestag getroffen. Sonntags war immer in der HOG Sommerleite Frühschoppen.“¹⁷⁹

Eine 19-jährige Hilfskrankenschwester, die sich nach der Ehefrau des Lagerleiters des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald als Ilse Koch rufen ließ, erläuterte ihre Einstellung gegenüber Ausländer*innen kurz und bündig: „In der Regel können wir diese alle nicht leiden, da sie [...] keine

¹⁷⁷ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2047, Bl. 64.

¹⁷⁸ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2044, Bl. 60.

¹⁷⁹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2044, Bl. 105.

Menschen sind.“¹⁸⁰ Ein anderer äußerte sich über Punker*innen: „Ich habe etwas gegen diese Leute, weil sie schmutzig sind, stinken und nicht auf Arbeit gehen, um sich ihr Geld ordentlich zu verdienen.“¹⁸¹ Im Juni verurteilte das Gericht zwei Beschuldigte zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten zuzüglich staatlicher Kontrollmaßnahmen gemäß § 48 StGB beziehungsweise zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr.¹⁸² Nach den Verhaftungen im Februar und März 1989 reagierte die Geraer Szene zunächst gereizt und bekam weiteren Zulauf:

„Seit den Vorkommnissen Anfang Februar [...] ist in Gera eine zunehmende Bereitschaft unter den Skinheads vorhanden, rowdyhaft in der Öffentlichkeit aufzutreten. Motivierend wirken dabei die nach Ansicht der Skinheads zu Unrecht eingeleiteten Ermittlungsverfahren und die Anordnung der Untersuchungshaft zu beteiligten Personen. [...] Gleichzeitig finden sich immer mehr Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren zusammen, die die Bereitschaft zeigen, neonazistische und rassistische Positionen zu übernehmen und weitertragen. [...] Es kann davon ausgegangen werden, dass sich derzeit ein überwiegender Anteil von diesen Jugendlichen/Jungerwachsenen bewusst den Skinheads anschließt und darin nicht nur eine bestimmte Moderichtung (Äußeres) sehen. Demgegenüber treten heavy-metal-Fans und Punks nicht mehr so aktiv in unserem Territorium auf. Diese Anhänger und Sympathisanten sind aber dem zunehmenden Druck der Skinheads ausgesetzt und es kam in den vergangenen Wochen zu mehreren Tötlichkeiten.“¹⁸³

Später gaben sich die Sicherheitsbehörden entspannter und berichteten wiederholt, dass die Szene in Gera infolge der Verhaftungen geschwächt sei. Im September 1989 schrieb die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, dass sich zwar in Gera regelmäßig Skinheads aus Erfurt aufhalten würden, die Lage aber ruhig sei.¹⁸⁴

Jena im Frühjahr 1989

Für den 100. Geburtstag Adolf Hitlers fürchteten Staatssicherheit und Polizeibehörden ein massives Auftreten der überregionalen Szene in Jena. Einige Skinheads hatten dieses Gerücht ebenso gestreut wie Ankündigungen eines Treffens auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald:

„Zum 20. April 1989 liegen erste inoffizielle und bisher nicht überprüfte Hinweise von Quellen unserer Sondereinheit zu einem überörtlichen Treffen von Skinheads aus Gera, Berlin, Leipzig und Erfurt in Jena vor.“¹⁸⁵

¹⁸⁰ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2046, Bl. 81.

¹⁸¹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2045, Bl. 31.

¹⁸² LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2048.

¹⁸³ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 131.

¹⁸⁴ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, Bestand SA 190, Bl. 289

¹⁸⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 132.

Den operativen Vorgang „Glatze“ hatte die Staatssicherheit in der Saalestadt inzwischen in die operative Personenkontrolle „Symbol“ umgewandelt. Sie richtete sich gegen den Auszubildenden des VEB Thüringer Fleischkombinat. Inzwischen wurden ihm auch Verbindungen zur Leipziger Szene zugeordnet. Er galt als „begeisterter Fußballanhänger des FC CZ Jena“ mit intensiven Kontakten zu den „bekanntem negativ-dekadenten Jugendlichen/Jungerwachsenen aus Hermsdorf“, war im März 1989 anlässlich eines Fußballspiels in Rostock „zugeführt“ und mit einem Ordnungsgeld verwarnt worden.¹⁸⁶ Ziel der Personenkontrolle war die Identifizierung weiterer Skinheads, aber auch die „Gewinnung eines Jugendlichen (Anhänger/Sympathisant der Skinheads) als inoffizielle Quelle“¹⁸⁷. Inzwischen verfügte die Staatssicherheit in Jena bereits über drei andere Informant*innen, etwa über eine Kontaktperson „Pluto“.¹⁸⁸ Ein Sachstandsbericht vom August 1989 unterschätzte die tatsächliche Situation dennoch massiv, wie sich schnell zeigen sollte:

„Die genannten fünf Anhänger der Skinheads können als eine lose Gruppierung ohne feste Treffpunkte und -zeiten sowie ohne typische Gruppenstruktur eingeschätzt werden. Ihren Zusammenhalt bilden die gleichen negativ-dekadenten Verhaltensweisen und Einstellungen zu den Skinheads.“¹⁸⁹

Die besonders symbolträchtigen Tage, auch der 20. April 1989, verliefen ohne nennenswerte Provokationen. Die befürchteten Aktionen beschränkten sich auf einen Einbruch mit Hakenkreuz-Schmierereien in Jena und das öffentliche Grölen von NS-Parolen in Bad Blankenburg, dort ausgehend vom Abschlussball einer Tanzschule.¹⁹⁰ Dazu merkte die Staatssicherheit nach bekanntem Muster an:

„Aus den Befragungen der Schüler wurde ersichtlich, dass der Ausgangspunkt dieses Verhaltens im Einfluss der westdeutschen Massenmedien, insbesondere der Berichterstattungen zu neofaschistischen und rechtsradikalen Erscheinungen in der BRD liegt, sowie im Unverständnis der Politik unseres Staates, unter anderem zur sozialistischen Wahlgesetzgebung (Wahlrecht für ausländische Bürger in der DDR).“¹⁹¹

Auch der nicht den Skinheads zuzuschreibende Überfall einer Gruppe deutscher Männer auf 20 mosambikanische Vertragsarbeiter*innen in Bad Blankenburg am Abend des 1. Mai wurde wie gewohnt beendet: Die Polizei drängte die Vertragsarbeiter*innen in ihr Wohnheim zurück und

¹⁸⁶ BA-StUA: MfS BV Gera, AKG/OPK 1020, Bl. 7 f.

¹⁸⁷ BA-StUA: Ebenda, Bl. 8.

¹⁸⁸ BA-StUA: Ebenda, Bl. 8 ff. Als „Kontaktperson“ bezeichnet wurden Personen, die in der Regel vom nachrichtendienstlichen Charakter der Verbindung keine Kenntnis hatten, oder Personen, die Kontakt zu inoffiziellen Mitarbeiter*innen hatten, nach: Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv: Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2022 (13. Auflage), S. 49.

¹⁸⁹ BA-StUA: Ebenda, Bl. 14.

¹⁹⁰ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 128.

¹⁹¹ BA-StUA: MfS BV Gera Abt. XX, SA 197, Bl. 15. Die DDR hatte kurz zuvor das kommunale Wahlrecht für Ausländer*innen eingeführt, die dort ständig lebten oder in Betrieben und Institutionen des Landes tätig waren. Diese Regelung war durchaus umstritten. Die Abteilung Agitation/Propaganda der SED-Bezirksleitung Gera schrieb am 6. März: „Vereinzelte gibt es auch Zweifel an der realen demokratischen Wirksamkeit des Beschlusses, die damit begründet werden, dass die politischen Vorstellungen und Interessen sowie die Lebensgewohnheiten dieser Bürger nicht mit unserer Gesellschaft im kommunalen Bereich übereinstimmen [...]“, in: LATH-Sta Rudolstadt: Bezirksleitung der SED Gera, Signatur 4258, ohne Paginierung (Information an den Ersten Sekretär der Bezirksleitung, Genossen Herbert Ziegenhahn vom 6. März 1989).

betrachtete den Vorfall damit als erledigt.

Im Frühjahr 1989 registrierte die Staatssicherheit in Jena analog der Entwicklung in Gera die Herausbildung neuer rechtsextremer Gruppierungen an Jenaer Schulen.¹⁹² Dieser Prozess erfasste achte und neunte Klassen, also 14- bis 16-Jährige. Die Staatssicherheit berichtete über antisemitische, großdeutsche und nazistische Gedichte, die Verherrlichung Hitlers, neonazistische Losungen und Symbole, eindeutig rechtsextreme „Provokationen und Lieder in der Öffentlichkeit“, fortgesetzte rassistische Beleidigungen gegenüber syrischen Schüler*innen und verstärktes „rowdyhaftes Auftreten in der Öffentlichkeit“¹⁹³. Die Bekämpfung erfolgte gewohnt niedrigschwellig: Mit den Schüler*innen wurden disziplinierend gemeinte Gespräche geführt, in denen diese „fast übereinstimmend“ erklärten, „aus Abenteuerlust unüberlegt gehandelt zu haben, sie wollten sich großtun, ihre Kraft zeigen“. Weiter gaben sie zu Protokoll, „dass sie sich über politische Wirkungen ihres Handelns nicht im Klaren seien“. Sehr ähnlich argumentierten die Eltern: „Fast einstimmig erklärten sich die betroffenen Eltern überrascht über die Beteiligung ihrer Kinder an derartigen Vorkommnissen, erklären, ihre Kinder hätten als ‚unreife, dumme Jungen‘ gehandelt.“¹⁹⁴

Information Nr.: 034703 235 189	
II	Eingang der Information
II	Entgegengenommen durch: Oltm.
II	Datum/Uhrzeit: 23.8.1989, 20.35 Uhr
III	Meldende Dienststelle: BV Gera
III	Verteiler
AI	<u>Genosse Minister</u>
AI	<u>Generaloberst Mittig</u>
AI	Generalleutnant Großmann
AI	<u>Generalleutnant Neiber</u>
AI	<u>Generalleutnant Schwanitz</u>
AI	<u>Generalmajor Rümmler</u>
IIA	I, II, III, VI, VII, VIII, IX, X XVII, XVIII, XIX, XX, XXI
IIA	BdL, KuSch, N, PS, Rechtsstelle, VRD, ZAGO, BKK, ZAG, ZKG
IIIA	BV
IIIA	T. ist für die EV Gera, Abt. XX, erfasst S. ist für die BV Gera, KD-Jang, erfasst
<p>Rowdytum durch DDR-Bürger auf der Straße vor dem Studentenwohnheim "Salvador Alende" in Jena-Lobeda/West/Gera</p> <p>Am 22. 8. 1989, gegen 00.45 Uhr, traten auf der Straße vor dem Studentenwohnheim "Salvador Alende" in Jena-Lobeda/West, Karl-Marx-Allee 3, in dem auch ausländische Bürger untergebracht sind, mehrere DDR-Bürger in rowdyhafter Weise in Erscheinung.</p> <p>Durch die DDR-Bürger (Personalien sh. Anlage) wurde mehrfach lautstark "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" gerufen.</p> <p>Zwei Beteiligte trugen dabei ausgebreitet ein blutbeschriftetes Handtuch.</p> <p>Zum Motiv wurde eine negative Einstellung zum Staat und zu ausländischen Bürgern erarbeitet.</p> <p>Gegen sechs weitere beteiligte DDR-Bürger wird die Durchführung strafrechtlicher oder ordnungsrechtlicher Maßnahmen geprüft.</p> <p><u>Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Einleitung von EV gem. § 215 StGB (Rowdytum) mit Haft. - Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die des VP des BKA... 	

August 1989: MfS-Meldung zum Angriff auf ein Wohnheim in Jena-Lobeda (Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS ZOS 1893 Bl. 60)

¹⁹² BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 124 f.

¹⁹³ BA-StUA: Ebenda, Bl. 125.

¹⁹⁴ BA-StUA: Ebenda, Bl. 125.

August 1989: Überfall auf ein Jenaer Wohnheim

Im Sommer 1989 wurde der Staatssicherheit dann eine Gruppe „Junge Wehrwölfe Jena“ bekannt, deren Kern aus neun Menschen bestanden haben soll, die mit Decknamen und Deckadressen operierten und „eine wehrsportähnliche Ausbildung“ organisierten.¹⁹⁵ Ende August kam es dann zu Vorfällen, die erstmals in Jena strafrechtlich sanktioniert wurden. Eine auffälliger Weise erst im September erstattete Anzeige eines Polizisten fasste zusammen:

„Am 21. August 1989 haben sich der Verdächtige und weitere Jugendliche und Jungerwachsene zu einer Discoververanstaltung im Kulturhaus in Jena-Lobeda aufgehalten. Gegen 23.30 Uhr hat er sich mit circa zwanzig Personen zusammengeschlossen und sie begaben sich zum Studentenwohnheim in Jena-Lobeda, Karl-Marx-Allee 5. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich im Wohnheim ausländische Studenten beziehungsweise Staatsbürger auf. Dort haben verschiedene Jugendliche und auch der Verdächtige diese Staatsbürger, indem sie sich vor dem Studentenwohnheim aufhielten, mit solchen Äußerungen wie ‚Deutschland den Deutschen‘ und ‚Ausländer raus‘ beschimpft. Ähnliche und gleiche Äußerungen wurden bereits auf dem Weg vom Kulturhaus zum Studentenwohnheim gebraucht. Mit diesen Äußerungen sollten die ausländischen Staatsbürger provoziert und bei Erscheinen zusammengeschlagen werden.“¹⁹⁶

Im Verlauf der Vernehmungen stellte sich heraus, dass dieser Angriff auf das Wohnheim bereits der zweite innerhalb einer Woche war. Der erste war am 13. August folgenlos geblieben, einen Einsatz der Polizei oder eine Anzeige hatte es dabei augenscheinlich nicht gegeben. Am Abend des 21. August hatten die Skins den Ermittlungen zufolge zunächst im Kulturhaus einen sowjetischen Armeeinghörigen zusammengeschlagen und waren dann mit einem blutverschmierten Handtuch zum Wohnheim marschiert. Einer der Beschuldigten nannte unverblümt sein Motiv:

„Ich möchte in dem Zusammenhang noch sagen, dass es sicher gut war, dass zu der Zeit keine Ausländer mehr vor dem Wohnheim waren. Diese hätten wir dann sicherlich verprügelt, wie es unser Ziel war. [...] Dazu kann ich sagen, dass ich persönlich und auch die anderen etwas gegen Ausländer habe. Meiner Meinung nach haben die Ausländer hier nichts zu suchen.“¹⁹⁷

Als die aus dem Wohnheim alarmierte Polizei sich näherte, löste sich die Gruppe auf und floh in unterschiedliche Richtungen, einige der Täter*innen wurden gefasst und noch in der Nacht verhört. In ihrem Schlussbericht hielt die Polizei trotz allem daran fest, dass keine festen Organisationsstrukturen feststellbar seien: „Bei beiden Beschuldigten handelt es sich um Sympathisanten der Skinheadbewegung, ohne dass sie einer festen Skinheadgruppierung angehören.“¹⁹⁸

¹⁹⁵ BA-StUA: Ebenda, Bl. 121.

¹⁹⁶ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2001, Bl. 2 f.

¹⁹⁷ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 49.

¹⁹⁸ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 101.

Urteile ergingen im September lediglich gegen zwei Beteiligte, einer wurde zu drei Monaten Jugendhaft verurteilt, der Zweite zu einer Geldstrafe von 500 Mark.¹⁹⁹ Diese Urteile hob das Kreisgericht Jena wenig später auf: „Sie entsprechen nicht der Schwere der Tat, so dass der Erlass des Strafbefehls nicht gerechtfertigt ist.“²⁰⁰ Im Oktober wurde das neue Urteil gesprochen: Der erste Täter erhielt nun drei Monate Jugendhaft plus 500,- Mark zusätzlicher Geldstrafe wegen „Rowdytum und in Tateinheit dazu begangener öffentlicher Herabwürdigung in Mittäterschaft handelnd“, der andere drei Monate auf Bewährung.²⁰¹ Kurz vor Haftbeginn floh erstgenannter in den Wirren des Novembers 1989 in die Bundesrepublik, kehrte nach dem Ende der DDR wiederholt zurück, war in unterschiedliche Straftaten verwickelt und wurde im April 1992 unter Einbeziehung der alten Strafsache zu einer neuerlichen Haftstrafe von 17 Monaten verurteilt.²⁰²

Die Polizei hatte insgesamt mehr als 20 Tatbeteiligte festgestellt und die Bezirksverwaltung Gera des Ministeriums für Staatssicherheit eine deutlich härtere Bestrafung angekündigt. Mit dem Urteil sollte dann auch die Operative Personenkontrolle „Symbol“ beendet werden:

„Auf das Vorkommnis am 22. August 1989 in Jena [...] wird nach Abschluss der kriminalpolizeilichen Ermittlungen differenziert mit sechs Strafbefehlen reagiert werden. Es ist mit Verurteilung auf Bewährung bis zu Haftstrafen zu rechnen.“²⁰³

Soweit aus den Unterlagen nachzuvollziehen, waren fast alle Beteiligten als Arbeiter*innen oder Auszubildende in Jena beschäftigt, beim VEB Jenaer Glaswerk etwa, beim VEB Kraftverkehr Jena, beim VEB Zeiss Jena, in der Konsumgenossenschaft Stadtroda und bei der Jenaer Niederlassung des Thüringer Fleischkombinates. Die deutliche Mehrheit waren Männer, aber auch einige Frauen waren unter den Täter*innen.

Fragen zur Strafverfolgung

Bei der Betrachtung dieses Strafverfahrens überrascht es, dass lediglich zwei Täter*innen verurteilt wurden. Wie bereits im Frühjahr in Gera hat es den Anschein, dass einzelne Täter*innen herausgegriffen und quasi exemplarisch verurteilt wurden. Alle anderen Beteiligten blieben mit Ausnahme ihrer Vernehmungen unbehelligt. Auffällig ist auch, dass in Gera wie in Jena viele Beteiligte ermittelt wurden, die den Sicherheitsbehörden sehr wahrscheinlich besser bekannt waren, als es in den Berichten dokumentiert wurde. Manche wurden aber nicht einmal zu Vernehmungen oder Befragungen vorgeladen. Zumindest finden sich dazu keine Protokolle. Im Jenaer Beispiel gilt das u. a. für einen Mann, der zum Zeitpunkt des Angriffs auf das Wohnheim längst für eine Serie krimineller Delikte bekannt war, im Geraer Verfahren für einen Mann aus Stadtroda, der immerhin von anderen als ein Anführer herausgestellt worden war. Seine eigene Geburtstagsfeier im Juli mit Skinheads aus Erfurt, Weimar und Leipzig endete im Übrigen mit einem Überfall auf mosambikanische

¹⁹⁹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 105.

²⁰⁰ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 106.

²⁰¹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2002, Bl. 139.

²⁰² LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2005.

²⁰³ BA-StUA: MfS – HA XX/AKG Nr. 5939, Bl. 77.

Vertragsarbeiter*innen vor dem Stadtrodaer Jugendklub.

Die jeweils erst verzögert eingeleiteten Ermittlungen in Gera und Jena sowie die Verurteilung jeweils nur einzelner Tatbeteiligter wirken, als hätten die Sicherheitsbehörden in Ostthüringen Arrangements mit den Neonazi-Gruppen getroffen. In die gleiche Richtung deutet auch das Vorgehen gegen ein Fußballturnier der Skinheads im Raum Gera: Im Oktober 1988 war die Polizei explizit „auf eine neue Lage in Sachen Rechtsradikalismus und eine neu kombinierte Arbeitsweise des kriminalpolizeilichen Handelns“ hingewiesen worden.

„Im Mittelpunkt steht die unverzügliche Reaktion auf Gruppenbildungen und deren gezielte Bekämpfung, damit sie und ihre Netzwerke nicht chronifizieren und durch Gewalt und Raumordnungskämpfe ihren sozialen Einfluss ausweiten können.“²⁰⁴

Im Bezirk Gera wurden diese Hinweise noch im Sommer 1989 sichtbar ignoriert, weiteren Raumgewinnen der extremen Rechten damit Vorschub geleistet.

Rudolstadt – Saalfeld – Königsee 1989

In Rudolstadt bestand eine zunächst offenbar nur kleine Neonazi- und Skinheadszene. 1988 lief hier zwar unter der Bezeichnung „Gruppe“ eine operative Personenkontrolle, deren Ergebnisse aber aus Sicht der Staatssicherheit wenig bedeutsam waren:

„Bei der OPK Gruppe, die im März 1988 eröffnet wurde, gab es Hinweise auf mögliche neofaschistische Tendenzen. Im Verlauf der Bearbeitung konnte zweifelsfrei geklärt werden, dass sich die operativ bedeutsamen Anhaltspunkte, die zur Einleitung der OPK führten, nicht bestätigten. Im September 1988 wurde die Bearbeitung der OPK Gruppe eingestellt.“²⁰⁵

Auch andere südliche Kreisdienststellen des Bezirks meldeten weitgehend Fehlanzeigen oder nur einzelne Skinheads wie in Saalfeld. Ein bisheriger Geraer Szeneangehöriger zog im Frühjahr 1989 hierher und nahm eine Tätigkeit im dortigen Betriebsteil des VEB Backwarenkombinat auf. Ein Auszubildender des VEB Maxhütte weckte mit neonazistischen Äußerungen die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit. Ebenso erging es zwei Auszubildenden des VEB Zeiss Jena, Betriebsteil Saalfeld. „Am extremsten tritt der (Name anonymisiert, ME) auf, welcher offen seine Sympathie für nazistisches Gedankengut zum Ausdruck bringt und Symbole des Nazismus verherrlichte.“²⁰⁶ Im Juli 1989 meldete die Saalfelder Kreisdienststelle, dass einer der wenigen dort erfassten Skinheads Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik gestellt hatte. Weiter waren enge Verbindungen eines anderen Mannes zur Berliner Szene ermittelt worden:

²⁰⁴ Bernd Wagner: Rechts-Radikalismus in der Spät-DDR, a.a.O., S. 450.

²⁰⁵ BA-StUA: MfS BV Gera Abt. XX SA 196, Bl. 89.

²⁰⁶ BA-StUA: Ebenda, Bl. 68.

„Der [...] aufgeführte (Name anonymisiert, ME) aus Prenzlau, der zurzeit seine Berufsausbildung im VEB Carl Zeiss Jena, Betriebsteil Saalfeld absolviert, wird seitens des K1 des Volkspolizeikreisamtes Saalfeld bis zum Ende seiner Lehrausbildung im Juni 1990 in einem operativen Kontrollmaterial unter Kontrolle gehalten. Der (Name anonymisiert, ME) trägt gern Uniformteile, ist im Besitz von Bundeswehrkampfstiefeln und brachte zum Ausdruck, dass er in Prenzlau Verbindungen zu Jugendlichen/Jungerwachsenen hat, die mit Skinheads sympathisieren beziehungsweise dieser Erscheinungsform selbst zuzurechnen sind.“²⁰⁷

Im Juli 1989 wurde in Rudolstadt ein bereits vorbestrafter Skinhead zu einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten verurteilt. Auch die Ermittlungen hier waren erst nach einem zweiten Vorfall eingeleitet worden:

„Der Beschuldigte hat am 23. Juni 1989 im Thälmannhaus in Rudolstadt bei einer Tanzveranstaltung mehrmals Sieg Heil gerufen und seinen Arm zum Hitlergruß erhoben. Am 30. Juni 1989 belästigte er auf dem Markt in Rudolstadt andere Bürger, den einschreitenden Volkspolizei-Angehörigen bezeichnete er als ‚Nazi-Bullen‘ und ‚Kommunistenschwein‘ und äußerte ‚Alle aufhängen und vergasen!‘ Er bezeichnet sich als Skinhead und bekennt sich für Zucht und Ordnung im Sinne des faschistischen deutschen Reiches.“²⁰⁸

Als Ort seiner politischen Sozialisation gab der Mann ein Lehrlingswohnheim an: „Während meiner Lehrzeit war ich 1987 im Wohnheim in Gera. Dort hatte ich erstmals Kontakt mit Skinheads gehabt. Seit dieser Zeit fühle ich mich als deren Anhänger und zugehörig.“²⁰⁹ Auf Grundlage des Amnestieerlasses vom 6. Dezember 1989 wurde er im Dezember 1989 entlassen, verzog bald dauerhaft nach Gera und blieb dort in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv.

Am 5. August 1989 traf sich eine Gruppe zum Teil mehrfach vorbestrafter Neonazis aus Arnstadt zu einem Konzert der Punkband „Kaltfront“ auf dem Sportplatz im benachbarten Königsee. Über den Tag verteilt verübte sie hier eine Serie rechter Straf- und Gewalttaten: Beim Kauf der Eintrittskarten zeigte die Gruppe den Hitler-Gruß und überfiel dann eine Gruppe Punker*innen in der Nähe einer Gaststätte. Während des Konzertes zeigte sie wiederholt Hitler-Grüße, beleidigte und bedrohte eine Gruppe mosambikanischer Vertragsarbeiter*innen, warf Bier- und Schnapsflaschen auf den Platz, schlug auf dem Heimweg mehrere Männer zusammen und reiste schließlich mit Taxis, die der Vater eines der Täter*innen bereitgestellt hatte, zurück nach Arnstadt. Das alles verlief ganz offensichtlich gut geplant und nach Regie:

„Als Besonderheit bei der gesamten Sache ist zu bemerken, dass bei den Skinheads ein junger Mann war, welcher einen großen Einfluss auf die ausübte. Auf sein Kommando hin ließen sie jedes Mal bei Provokationen von anderen Bürgern sofort ab.

²⁰⁷ BA-StUA: Ebenda, Bl. 38.

²⁰⁸ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1168, Bl. 16.

²⁰⁹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 24.

*Der junge Mann ist mit den Skinheads angereist und auch wieder abgereist.*²¹⁰

Mit anderen auswärtigen Gruppen war man offenbar für diesen Tag verabredet, in den Akten der Polizei ist beispielsweise von einer Gruppe aus Erfurt die Rede, die ein SA-Lied „Hoch die Fahnen“ gesungen habe.²¹¹ Eine Frau aus Suhl oder Ilmenau machte offensichtlich bestellte Fotos von den Aktionen. Den Ermittler*innen in Rudolstadt war die Arnstädter Gruppe auch aufgrund von einschlägigen Vorstrafen gut bekannt:

*„Bei den Beschuldigten handelt es sich um eine organisierte und im Kreis Arnstadt bekannte provokative und demonstrative Gruppierung der Skinheads. Die Straftäter erklären subjektiv übereinstimmend, dass sie für ein einheitliches faschistisches Deutschland sind, die Ausländer hassen und sich durch provokatives Verhalten schlagkräftig gegenüber anderen Bürgern verständlich machen wollen. Sie bezeichnen sich selbst als Neonazis.“*²¹²

Im Januar 1990 wurden fünf Männer verurteilt, das Verfahren wies eine nun immer wieder auftretende Charakteristik auf: „Alle Zeugen [...] haben beantragt, vor Gericht in Abwesenheit der Angeklagten auszusagen, da sie aufgrund bestimmter gegenwärtiger Erscheinungsformen in der Skinhead-Szene Nachteile für sich selbst befürchten.“²¹³ Keine Rolle im Prozess spielten die Fragen, warum die Polizei am 5. August in Königsee zwar nach dem ersten Überfall auf Punker*innen die Personalien der Angreifer*innen aufgenommen hatte, dann aber die Gruppe unbehelligt ziehen lassen und bei keinen weiteren Straftaten eingegriffen hatte. Auch warum die Neonazis nach dem Konzert am Abend mit Taxis wieder hatten nach Arnstadt fahren können und dort erst in den folgenden Tagen festgenommen worden waren, blieb unbeantwortet. Die in den Vernehmungen wiederholt gestellte Frage nach ihren Verbindungen in Richtung Mecklenburg-Vorpommern spielte ebenfalls keine Rolle mehr. Dass ein Redakteur des Jugendfernsehens „1199“ im November 1989 eine „Sprechgenehmigung“ im Rahmen einer „Produktion über die Fascho-Szene in der DDR“ mit einem der Haupttäter erbat und die Genehmigung dafür erhielt, weist auf dessen überregionale Bekanntheit und Bedeutung hin.²¹⁴

Herbst 1989

Angesichts der Entwicklungen in Gera und Jena, in Rudolstadt und Königsee wirkt es befremdlich, dass der Bericht der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Ende August 1989 Erfolge in der Bekämpfung heraus hob und Gelassenheit ausstrahlte: 40 Skinheads im Bezirk seien namentlich bekannt. Die Schwerpunkte seien nach wie vor in Gera, Jena und Stadtroda.

²¹⁰ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1208, Bl. 5.

²¹¹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1210, Bl. 3.

²¹² LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1208, Bl. 23.

²¹³ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1212, Bl. 79.

²¹⁴ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt, Signatur 1211, Bl. 107.

„Durch mehrere Werbungen sowie acht Ermittlungsverfahren mit Haft konnte die politisch-operative Lage in diesem Personenkreis zunehmend besser eingeschätzt und stabilisiert werden. Insbesondere die Maßnahmen zur Sicherung gesellschaftlicher Höhepunkte führten zu einer Disziplinierung und Verunsicherung derartiger Personen. Gegenwärtig zeichnet sich die Tendenz ab, dass die Führungskräfte von Gruppierungen Anträge auf ständige Ausreise stellen beziehungsweise dies in Erwägung ziehen.“²¹⁵

Folgt man dieser Einschätzung, war der Rechtsextremismus im Bezirk Gera eine rechtzeitig vor dem 40. Jahrestag der DDR erfolgreich bekämpfte Fußnote der Geschichte. Tatsächlich ist keine Ausreisewelle von Führungspersonen dokumentiert. Zwar hatten die Rechten in Vernehmungen und Befragungen immer mal wieder betont, dass sie ihre Gesinnung in der Bundesrepublik freier würden ausleben können und daher die DDR ablehnten, tatsächlich aber blieben die hier ermittelten Aktiven auch nach dem 9. November 1989 in der Ostthüringer Szene aktiv. Eine der wenigen Ausnahmen war ein Forstarbeiter aus einem kleinen Dorf nahe Kahla, der im Herbst 1988 einen illegalen Grenzübertritt versucht hatte, dabei verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Er wurde im Juni 1989 in die Bundesrepublik entlassen und wohnte zur Wendezeit im Raum Nürnberg. Er kehrte dann aber nach Kahla zurück. Bei seinem Fluchtversuch hatte er diverse NS-Devotionalien dabei, Orden und andere Abzeichen wie das der ehemaligen SA-Brigade 42 Jena. Vielleicht wollte er sich damit gegenüber Gesinnungsgenoss*innen in der Bundesrepublik als einer der ihren ausweisen.²¹⁶

Ende September 1989 berichtete die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit erneut, dass die Lage im Hinblick auf Skinheads eher ruhig sei, auch wenn sich regelmäßig einige Erfurter Szeneangehörige in Gera aufhalten würden. Lediglich um die zehn Personen würden in Jena als Skinheads in Erscheinung treten, die Hermsdorfer Szene „negativer Fußballfans habe „stabile Kontakte“ dorthin. Die Jenaer ihrerseits nähmen regelmäßig an Discoververanstaltungen in der Gaststätte „Stadt Hermsdorf“ teil.²¹⁷ Ende Oktober hieß es dann:

„Besonders unter den Anhängern/Sympathisanten der Skinheads ist aus bezirklicher Sicht kein nennenswerter Zulauf zu verzeichnen. Die operativ zu beachtenden Personen sind unter Kontrolle beziehungsweise verbüßen gegenwärtig ihre Haftstrafen.“²¹⁸

Stattdessen rückten nun andere ins Zentrum der Aufmerksamkeit:

„So gefährdeten am 22. Oktober 1989 die Anhänger/Sympathisanten der Punks und darüber hinausgehend Jugendliche mit anarchistischen Auffassungen im Stadtgebiet von Gera die öffentliche Ordnung und Sicherheit, indem sie eine ungenehmigte Demonstration im Anschluss von kirchlichen Veranstaltungen organisierten und an

²¹⁵ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, Bestand SA 97, Bl. 4.

²¹⁶ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 1769, Bl. 18.

²¹⁷ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, Bestand SA 190, Bl. 289.

²¹⁸ BA-StUA: MfS BV Gera, Abt. XX, SA 195, Bl. 117.

*der Spitze des Demonstrationzugs mitmarschierten.*²¹⁹

Gewalttätige Ausschreitungen bei Fußballspielen der BSG Wismut Gera am 30. September und 7. Oktober 1989 wurden ebenso vermeldet wie die Teilnahme von Skinheads an einer Demonstration in Jena am 25. Oktober. Hier waren sie aber offenbar unerwünscht, aus der Demonstration heraus ertönten Sprechchöre: „Nazis raus“.²²⁰ Kurz bevor der Runde Tisch der DDR in seiner ersten Sitzung einen Beschluss zur Auflösung der Staatssicherheit fasste, analysierte ein Beschäftigter des Kreisamtes Gera die Arbeit der letzten Jahre gegenüber Skinheads und Neonazis bemerkenswert selbstkritisch als gescheitert:

„Begünstigend auf diesen Prozess wirkte zweifellos die Tatsache, dass diese von der Öffentlichkeit einschließlich der gesellschaftlichen Gremien, deren Handeln notwendig gewesen wäre, lange, zu lange ignoriert beziehungsweise negiert wurde. [...] Gleichsam untauglich war die mir bekannte Bewertung des Problems seitens der Sicherheitsorgane, die, wenngleich differenziert, in den Skinhead- und Fascho-Gruppen lediglich westlichen Einflüssen unterlegene kriminelle oder kriminell-gefährdete Jugendliche sahen. [...] Mit Stand 4. Dezember 1989 existieren in Gera insgesamt 38 als rechtsradikal registrierte mir bekannte Personen, die sich in drei Gruppen organisiert haben. Diese rekrutieren sich aus den Jahrgängen 1962 bis 1970, wobei die Dreizehn- bis Fünfzehnjährigen noch eine Dunkelziffer bilden. Es sind alle sozialen Schichten betroffen. Männliche Jugendliche dominieren [...].“²²¹

²¹⁹ BA-StUA: Ebenda, Bl. 117.

²²⁰ LATH-StA Rudolstadt: Bestand Bezirksleitung der SED Gera, Signatur 4292, Bl. 155.

²²¹ BA-StUA: MfS BV Gera KD Gera, 3018 Neu, Bl. 1 ff.

Das Jahr 1990

Die Monate nach der politischen Wende im Herbst 1989 brachten vielerlei neue Handlungsmöglichkeiten für den Rechtsextremismus auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR. Sie erhielten Unterstützung von ihren Gesinnungsgenoss*innen aus der Bundesrepublik, auch von den rechtsextremen Parteien dort. Eine Reihe von Gewalttaten blieb oft ungeahndet. In Gera und Saalfeld gab es Bombendrohungen gegen Wohnheime, in denen Vertragsarbeiter*innen untergebracht waren. Mehrmals gab es in Gera und Jena Angriffe auf Häuser, in denen Antifaschist*innen lebten oder sich dort trafen, schließlich wurden die Häuser geräumt. Es kam auch zu Gewaltausbrüchen gegenüber der Polizei. Für sich selbst forderten Jenaer Rechts-extreme eigene Räumlichkeiten.

Eine grundlegend veränderte Situation ergab sich für alle Schattierungen des DDR-Rechtsextremismus nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989: Skinheads und andere Rechtsextreme konnten sich viel besser als zuvor die gewünschten Szene-Materialien besorgen, entsprechende Kleidungsstücke und auch Waffen kaufen sowie ihre Identifikation mit der Szene stärken. Sie konnten sich ungestört mit westdeutschen Gesinnungsgenoss*innen austauschen, vernetzen und gemeinsame Pläne machen. Auch die Amnestie des DDR-Staatsrates vom 6. Dezember 1989 veränderte die Situation, viele rechte Straftäter*innen wurden mitsamt ihren Erfahrungen und den in der Haft neu entstandenen Netzwerken in die Szene entlassen.²²² Skinheads und andere Rechts-extreme strömten in die entstehenden Strukturen der Republikaner, DVU und NPD, der Jungen Nationaldemokraten, der FAP Michael Kühnens und vieler anderer Gruppen. Die delegitimierten Sicherheitsapparate, nicht nur der Staatssicherheit, sondern auch der Polizei brachen zusammen. So entstanden noch größere Bewegungsspielräume. Für die nun folgenden Monate gibt es unzählige Beispiele entfesselter rechtsextremer Gewalt und Gewaltfantasien.

Am 21. Dezember kam es am damaligen Platz der Kosmonauten im Stadtzentrum Jenas zu mehreren aufeinanderfolgenden Gewalttaten: Gegen 13.30 Uhr schlug ein Neonazi, gegen den seit Wochen eine Anzeige wegen Einbruchdiebstahl vorlag, einen anderen Mann zusammen, wenig später überfielen zwei Brüder eine Gruppe Punks:

„Die Beschuldigten haben nach eigenen Angaben am 21. Dezember 1989 gegen 15 Uhr an der Ecke Johannisstraße/Weigelstraße in Jena grundlos die Zeugen (Namen anonymisiert, ME) tätlich angegriffen. Nach Angaben des (Name anonymisiert, ME) sahen die späteren Geschädigten aus wie Punks und solche hätten im Allgemeinen etwas

²²² Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland a.a.O., S. 88.

gegen Skins, weswegen sie öfter mal eins auf die Schnauze bekommen müssen.“²²³

Einer der Brüder hatte aufgrund anderer Delikte bis 18. Dezember 1989 in Haft gesessen und war infolge des genannten Amnestieerlasses freigekommen. Der andere absolvierte eine Ausbildung als Ausbaumaurer in der Jenaer Berufsschule des Bau- und Montagekombinats Erfurt. Der Jüngere führte in seiner Aussage unmissverständlich aus: „Ich kann nur sagen, dass der eine Jugendliche wie ein Punk aussah vom Äußeren her und mich schon so ansah, und das reichte mir, um in die Gruppe der drei Jugendlichen reinzurempeln und mit der Faust zuzuschlagen.“²²⁴ In der Silvesternacht 1989/90 verübten Rechtsextreme einen Anschlag auf den sowjetischen Ehrenhain am Geraer Ostfriedhof, stürzten die Grabsteine sowjetischer Soldaten auf den Gräbern um und traten auf weiteren Gräbern die Sowjetsterne ab. Kurz darauf bewarfen sie einen Wohnblock sowjetischer Menschen mit Steinen. In der gleichen Nacht schlugen Skinheads in Erfurt Passant*innen zusammen.

August 1990 – Tatort Jena-Winzerla

In Jena blieben 1990 viele derjenigen mit gewalttätigen Angriffen aktiv, die an den Aktionen gegen das Wohnheim in Lobeda im August 1989 beteiligt, aber nicht angeklagt worden waren.²²⁵ Dies belegen Anzeigen vom 7. Mai 1990 wegen Rowdytum und vorsätzlicher Körperverletzung vor dem Jugendklub in Jena-Burgau, vom 9. Juni wegen vorsätzlicher Körperverletzung vor dem Jugendklub „Treffpunkt“, vom 17. Juli wegen Körperverletzung gegenüber einem Angehörigen der sowjetischen Armee, vom 10. August wegen Körperverletzung gegenüber einem Aussteiger aus der rechten Szene, bevor die Öffentlichkeit Ende August aufgrund zweier Vorfälle vor dem Jugendklub „Trend“ in Jena-Winzerla Notiz davon nahm. Als „Tatortbericht aus Winzerla“ war der Artikel der „Ostthüringer Nachrichten“ überschrieben:

„In der Nacht zum Sonnabend klingelte gegen 24 Uhr das Telefon im Volkspolizeikreisamt Jena. Der Anruf kam aus dem Jugendzentrum Trend in der Matrossow-Schule. Dort hatten sich dreißig bis vierzig Personen, ihrem Äußeren nach als Skins bezeichnet, eingefunden. Zuvor war es offensichtlich zu Auseinandersetzungen mit Besuchern des Klubs gekommen. Drei Funkstreifenwagen sowie zwei Mannschaftswagen mit jeweils 26 Polizisten besetzt und ausgestattet mit Helmen und Schlagstöcken rückten daraufhin aus. Ihre Taktik bestand in erster Linie darin, die Situation gütlich zu bereinigen. Dies gelang ihnen auch. Sie begleiteten die Mehrzahl der Gruppe Skins, die zwar krakeelend, aber relativ friedlich durch das Wohngebiet zur Straßenbahn in Richtung Innenstadt marschierten. Leider wiederholte sich das Spiel in darauffolgender Nacht noch einmal. Diesmal waren es zwar nur rund 25 Skins, doch die Beruhigungstaktik der Volkspolizei ging nicht auf. Die jungen Männer in Bomberjacken und Stiefeln griffen die Ordnungskräfte des Klubs sowie die Polizisten an.“²²⁶

²²³ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2086, Bl. 35

²²⁴ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 81.

²²⁵ Vgl. S. 78ff.

²²⁶ „Zeichen der Gewalt - Tatortbericht aus Winzerla“, in: Ostthüringer Nachrichten vom 29. August 1990.

Ein Polizist schilderte detailliert, zunächst seien zwar einige Anwesende der Aufforderung gefolgt, den Platz zu verlassen. Andere

„blieben stehen, hauptsächlich die Skins und begannen uns zu beschimpfen mit Ausdrücken wie ‚Bullenschweine‘, ‚rote Schweine‘ und ‚Euch müsste man alle erschlagen‘, ‚Verschwindet‘. Aus der Gruppe der Skins wurde der mir bekannte (Name anonymisiert, ME) zugeführt und in den Funkwagen [...] gebracht. [...] Als danach der Funkwagen [...] mit dem (Name anonymisiert, ME) losfahren wollte, stürzten sich mehrere Skins auf den Funkwagen und schlugen und traten nach dem Funkwagen. Hier habe ich konkret den Herrn (Name anonymisiert, ME) und den Herrn (Name anonymisiert, ME) gesehen.“²²⁷

Als die Polizei Schlagstöcke einsetzte,

„wandten sich mehrere Skins gegen mich und ich kam zu Fall. Ich versuchte, mich wieder aufzurichten, was mir aber nicht gelang, da ich jetzt von dem mir bekannten Skinhead (Name anonymisiert, ME) mindestens vier Fußtritte ins Gesicht erhielt. Der (Name anonymisiert, ME) trat dabei auch mit Kraft zu.“²²⁸

Erst nach einem Warnschuss ließen die Skins ab und flohen, „so dass es uns auch nicht gelang, eine dieser Personen sofort zuzuführen“²²⁹. Gegen einige daran beteiligte Skinheads lagen längst mehrere Anzeigen vor. Sie hatten in den Monaten zuvor wiederholt alternative Jugendliche zusammengeschlagen. Zwei laufende Ermittlungsverfahren wurden infolge der Vorfälle vor dem Jugendklub nun erweitert, aber dann 1991 eingestellt: Die Geschädigten hatten keinen Strafantrag gestellt, wie es nach Auffassung der Staatsanwaltschaft aufgrund der seit 3. Oktober 1990 geltenden Rechtslage notwendig war. Ohnehin war einer der Täter inzwischen geflohen und hielt sich unauffindbar im Raum Nürnberg auf.

Wiederum griffen die jetzigen Ermittlungen lediglich einzelne Tatbeteiligte heraus – etwa einen Fleischer, einen Zeiss-Beschäftigten und einen Arbeiter des Stadtbaubetriebs Jena, der ebenfalls wiederholt mit Gewalttaten aufgefallen war. Wie bereits 1988/89 wurden auch in diesem Verfahren verschiedene Vorfälle zusammengefasst. Am Ende standen drei Bewährungsstrafen. Der inzwischen gekündigte Zeiss-Beschäftigte erfüllte die Bewährungsauflagen schließlich mit Renovierungsarbeiten in einem Jenaer Jugendzentrum. Sein in den Ermittlungsakten dokumentierter Werdegang war durchaus auffällig: Er hatte sich bereits während der Berufsausbildung beim VEB Zeiss den Skinheads angeschlossen, war im Wissen darum zum 1. September 1988 ausgerechnet zum Wach- und Sicherungsdienst des Ministeriums für Staatssicherheit eingezogen worden, um dann ein Jahr später „unter Herabsetzung im Dienstgrad vom Unteroffizier zum Soldat mit Wirkung vom 14. September 1989 aus dem MfS entlassen“ zu werden.²³⁰ Zwischen Januar und August 1989 hatte

²²⁷ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2157, Bl. 5 f.

²²⁸ Ebenda.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2163, Bl. 10.

er wiederholt Hakenkreuze und Judensterne im Bereitschaftsraum der Wache gezeichnet und war auch auf andere Weise mit seiner Gesinnung aufgefallen. Am 31. August 1989 rief er in einer gut besuchten Gaststätte „Jugend – Heil Hitler“ und hob vor allen Gästen den Arm zu Hitler-Gruß.²³¹

Schon im April 1990 war die Polizei wohl eines der erklärten Ziele rechter Gewalt gewesen, als mehrere Hundert Berliner Fußballfans anlässlich des Spiels des FC Carl Zeiss Jena gegen den BFC Dynamo Berlin erst im Stadion und dann in der Stadt aufmarschierten. In einem Zeitungsinterview gab der amtierende Leiter der Jenaer Polizei zu Protokoll:

„Sieben Angehörige der Polizei wurden durch Tätlichkeiten beziehungsweise Feuerwerkskörper verletzt, drei Gästefans mussten medizinisch versorgt werden. Hinzu kommen eingeschlagene Fensterscheiben in der Innenstadt, bei einem Mannschaftsfahrzeug wurden die Frontscheibe, die Heckscheibe und die Plane durch einen Feuerwerkskörper durchschossen.“ [...] Die Urhebererschaft dafür verortete er im Westen: „Es handelte sich hier um etwa achtzig Bürger, die aus Westberlin angereist waren [...]“²³²

An den Ausschreitungen im Stadion sowie beim anschließenden Marsch durch die Innenstadt waren auch Jenaer Hooligans beteiligt. Auffällig der gewohnte Reflex, die Hooligans als westdeutschen Import zu definieren: „Sie fallen wie Heuschrecken ein, nennen sich Hooligans und sind nur auf Randalen aus. Zu den schlimmsten ihrer Sorte gehören Westberliner Rowdys.“²³³

Bombendrohungen

Wiederholte Bombendrohungen gehörten ebenfalls zur neonazistischen Wirklichkeit des Jahres 1990 in Ostthüringen. Weitgehend im Sande verliefen dabei Ermittlungen gegen vier junge Arbeiter*innen der Maxhütte Unterwellenborn, die am 5. Mai 1990 aus einer öffentlichen Telefonzelle heraus mehrfach im Lehrlingswohnheim des VEB Maxhütte in Kamsdorf angerufen hatten: „Im Lehrlingswohnheim ist eine Bombe gelegt, verhalten Sie sich danach, verlassen Sie das Objekt“, und: „Anonym – das ist eine Bombendrohung.“ Zu der Zeit waren in besagtem Wohnheim vietnamesische Vertragsarbeiter*innen untergebracht. Trotzdem wollten die Ermittler*innen keine politischen Hintergründe der Tatverdächtigen sehen.²³⁴ Einen Monat zuvor war Ähnliches in Gera geschehen, als ein Wohnheim bedroht wurde, in dem etwa hundert Vietnames*innen, Pol*innen und Mosambikaner*innen untergebracht waren:

„Am Donnerstag gegen 0.45 Uhr ging beim diensthabenden Volkspolizeirevier Gera über den öffentlichen Telefonanschluss 26229 ein anonymes Anruf einer unbekanntenen männlichen Person ein mit folgendem Inhalt: ‚In zwei Stunden geht [...] eine Bombe hoch.‘ Um 1.18 Uhr geht über den Volkspolizei-Notruf 110 beim obersten

²³¹ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 11.

²³² Interview mit Major W. Baer, amtierender Leiter des VPKA Jena, in: Ostthüringer Nachrichten vom 10. April 1990.

²³³ Fußballfans des FCB randalierten in Jena, in: Ostthüringer Nachrichten vom 9. April 1990.

²³⁴ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld, Signatur 1323/1324.

Diensthabenden des Volkspolizeikreisamtes Gera erneut ein anonymer Anruf einer unbekanntenen männlichen Person ein mit folgendem Inhalt: „Punkt 3 Uhr explodiert [...] in der Gießnerstraße eine Bombe.“²³⁵

Der Täter wurde zu vier Monaten Haft verurteilt. Er war ausgerechnet als Betreuer der Vertragsarbeiter*innen in der Werkzeugfabrik WEMA beschäftigt.²³⁶ Eine ähnliche Bombendrohung in Jena im Januar 1990 gegen ein Wohnheim in Jena-Lobeda hatte hingegen nach den Erkenntnissen der Polizei keinen rechten Hintergrund.

Kampf um die Häuser

Die rechte Mobilisierung richtete sich auch gegen Wohnprojekte und Häuser junger linker Gruppen. Die Junge Gemeinde Stadtmitte, über Jahre hinweg ein wichtiger Ort für DDR-Oppositionelle und alternative Jugendliche sowie nun als Treffpunkt der Jenaer autonomen Antifa-Gruppe geplant, wurde zwischen dem Jahresende 1989 und Mitte 1990 mehrfach überfallen, völlig verwüstet und die Räumlichkeiten schließlich geschlossen. In Gera griffen die Skinheads wiederholt ein von autonomen Jugendlichen besetztes Haus in der Karl-Marx-Allee an, vormals ein Gebäude der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Im Frühsommer 1990 räumte die Polizei das Haus, 19 Personen wurden „zugeführt“, der Bericht der „Ostthüringer Nachrichten“ vergaß nicht zu erwähnen: „Anwohner der Karl-Marx-Allee spendeten den Polizisten Beifall auf offener Szene.“²³⁷

In Jena richtete sich der Blick der rechten Szene auch auf ein besetztes Haus in Jena-Ost: Am 20. April begingen etwa 30 Skinheads zunächst wie alljährlich den Geburtstag Adolf Hitlers und machten sich dann in einer Marschkolonnie auf den Weg nach Jena-Ost. Über den weiteren Fortgang berichtete die lokale Presse:

„Die Volkspolizei, der die Feier bekannt war, versuchte die Rechtsradikalen nach Verlassen der Gaststätte gegen 22 Uhr von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten abzuhalten, was auch bis auf den ruhestörenden Lärm (die Gruppe marschierte demonstrativ faschistische Lieder singend zum Stadtzentrum) bis zu dem Zeitpunkt gelang, als eine offene Konfrontation mit der sogenannten linken Szene (vorwiegend Schüler, Lehrlinge und Pseudointellektuelle), ihr Stammquartier befindet sich in der Karl-Liebknecht-Straße 58, drohte. Diese hatten zu diesem Zeitpunkt bereits verummte und mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Späher ausgeschiedt. Die Gruppe rechtsradikaler Personen beschädigte parkende Autos und belästigte massiv die Bewohner. Die Volkspolizisten griffen daraufhin ein und führten diese dem Volkspolizei-Revier zu. Die Belästigten, Geschädigten und weitere Bürger bedankten sich bei der Volkspolizei für ihr Handeln.“²³⁸

²³⁵ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt, Signatur 2428, Bl. 2.

²³⁶ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 58.

²³⁷ Polizei vertrieb Besetzer, das Problem aber bleibt, in: Ostthüringer Nachrichten vom 7. Juni 1990. Der Bericht wirkt, als sei einfach eine Erklärung der Polizei wörtlich abgedruckt worden.

²³⁸ Führers Geburtstag, in: Ostthüringer Nachrichten vom 24. April 1990. Auch hier scheint einfach eine Meldung der Polizei abgedruckt worden zu sein.

Wenige Wochen später folgte ein zweiter, dieses Mal erfolgreicher Angriff:

„Die Beschuldigten hatten sich mit weiteren sieben Personen, es handelt sich dabei um Sympathisanten der Skinhead-Szene, zusammengeschlossen und waren gemeinsam zum Wohnhaus Karl-Liebknecht-Straße 58 gezogen, um die darin wohnenden Hausbewohner, es handelt sich dabei um sogenannte Linke, zu schädigen. Nach Eintreffen dieser Gruppierung am Wohnhaus wurde damit begonnen, Fensterscheiben einzuschlagen beziehungsweise einzuwerfen und weitere Sachbeschädigungen am Hausinventar vorzunehmen. Es wurden Wohnungstüren eingetreten, Treppengeländer abgerissen und teilweise sich in den Wohnungen befindliches Haushaltsporzellan zerschlagen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurden Hausbewohner tätlich angegriffen und [...] mit Faustschlägen an der Gesundheit geschädigt. [...] Um die Sachbeschädigungen durchführen zu können, hatten sich die Beschuldigten mit Holzknüppeln und ähnlichen Werkzeugen ausgerüstet.“²³⁹

Lediglich drei der Täter*innen wurden inhaftiert und im März 1991 zu niedrigen Geldstrafen verurteilt oder mit einer Verwarnung bestraft. Sie gehörten zu der schon Mitte der 1980er-Jahre bestehenden Gruppierung, die bis dahin niemals strafrechtlich belangt worden war. Eine*r der Täter*innen beschrieb sein Motiv so: „Meine Gesinnung steht zu den Besitzern des Hauses in Kontra. Ich habe etwas gegen diese Roten. Zumal diese nach meiner Meinung noch für und in ihren Handlungen unterstützt werden.“²⁴⁰ Ein wenig tauglicher Versuch, das explodierende Problem rechter Gewalt anzugehen, erfolgte wenige Tage später mit einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung unter dem Thema „Radikalismus – Element der Demokratie auch in Jena?“. Der städtische Dezernent für Recht, Ordnung und Sicherheit stellte gleich zu Beginn dar, „dass die Veranstaltung nicht zu einem Anklagetricunal ausarten darf“ und ein Bericht der „Ostthüringer Nachrichten“ zeugte von großer Akzeptanz gegenüber den Rechtsextremen:

„Die Jungs wollen nicht mehr nur quatschen. [...] Die Skins versuchen, gemeinsam mit einigen kompetenten Partnern vom Magistrat der Stadt ein Domizil zu finden. [...] In unserer Gesellschaft ist es heute möglich, bei gutem Willen auch Randgruppen zu akzeptieren und zu tolerieren.“²⁴¹

Davon rückte die Stadt Jena auch nicht ab, als das Wohnprojekt in der Karl-Liebknecht-Straße am Abend des 2. Oktober 1990 erneut angegriffen wurde.

„Drinne sieht es furchtbar aus. Zerschlagene Möbel, zerstörte Treppengeländer, ein Wust von durcheinandergeworfenen Kleidungsstücken, umherliegende Bücher, Steine, Scherben – nichts geht mehr in diesem Haus, das eigentlich einmal eine Stätte der Kommunikation werden sollte und in Ansätzen auch war.“²⁴²

²³⁹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2145, Bl. 24.

²⁴⁰ LATH-StA Rudolstadt: Ebenda, Bl. 70.

²⁴¹ Radikalismus – Element der Demokratie auch in Jena, in: Ostthüringer Nachrichten vom 27. Juni 1990.

²⁴² Karl-Liebkecht-Straße 17. Ein Traum wurde radikal zerschlagen, in: Thüringer Landeszeitung vom 23. Oktober 1990.

Die Besetzer*innen gaben das Haus auf. Ein Vertreter der Stadt hatte dazu geraten, „da Magistrat und Polizei erneut Gewalttaten befürchteten“²⁴³. Kurz zuvor hatten Skinheads in Saalfeld das dortige Jugendklubhaus angegriffen, 17 Personen waren kurzzeitig verhaftet worden.²⁴⁴ In Weimar und Erfurt wurden am Abend des 2. Oktober ebenfalls besetzte Häuser angegriffen, in Eisenach ein Wohnheim für mosambikanische Vertragsarbeiter*innen.

NPD, Republikaner und andere



„Landesparteitag der NPD in Thüringen“, Ostthüringer Nachrichten, 27. August 1990 (Stadtarchiv Jena)

Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen hielt die NPD in Gera einen Landesparteitag ab:

„Zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl wurde der 27-jährige Andre Bracke gewählt. Der ledige Elektromontierer aus Gera will seine Partei politisch rechts von der CDU angesiedelt wissen. Entschieden wendet er sich gegen jeden Extremismus von rechts und links. „Nazis haben bei uns nichts zu

²⁴³ Ebenda.

²⁴⁴ Skin-Anhänger nach Randalen zugeführt, in: Ostthüringer Nachrichten vom 1. Oktober 1990.

*suchen, meinte er, als er auf die Abstimmung eines Delegierten mit dem Hitlergruß hingewiesen wurde.*²⁴⁵

Der nunmehrige Parteivorsitzende war seit 1983 wiederholt in rechtsextremen Zusammenhängen aufgefallen und zwischenzeitlich mehrfach in Haft. Nun stand sein Name für einen der zahlreichen Versuche, die gewalttätige Ostthüringer Szene in eine parteipolitische Organisation zu überführen. Für programmatische Überlegungen solcher Art nutzte einer der Arnstädter Neonazis, die im August 1989 in Königsee aufgetreten waren, seine Haft: Er entwarf „in der JVA Untermaßfeld (Thüringen) das Programm für eine noch zu gründende Nationale Arbeiterpartei Deutschlands“²⁴⁶. Mit der DSU, der Deutschen Sozialen Union, stand schließlich eine offiziell als demokratisch verstandene Partei bereit, Themen der extremen Rechten zu bedienen. Ihr Jenaer Stadtverordneter, der spätere Landesvorsitzende der Republikaner Heinz Schneider, im November 1990:

*„Meine Haltung zur Übernahme von Asylbewerbern in der jetzigen Situation unserer Stadt hat sich nicht geändert. [...] Auf dem Forum erklärte ich, dass Asylbewerber ihre Anträge vor der Zuweisung in die Kommunen stellen müssten, um die Kommunen nicht mit Wirtschaftsasylanten zu überlasten, die mit Sicherheit die überwiegende Mehrheit ausmachen.“*²⁴⁷

²⁴⁵ Landesparteitag der NPD in Thüringen, in: Ostthüringer Nachrichten vom 27. August 1990.

²⁴⁶ Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, a.a.O., S. 82.

²⁴⁷ Haltung nicht geändert, in: Thüringer Landeszeitung vom 28. November 1990.

Resümee

Entwicklungslinien

Thüringen war zwar lange vor 1933 eine der Hochburgen des Nationalsozialismus, aber vor allem in Ostthüringen gab es daneben auch eine historisch gewachsene Arbeiter*innenbewegung, die bis März 1933 nicht für die NSDAP zu gewinnen war. Diese Tradition endete nach den Reichstagswahlen abrupt. Die NS-Herrschaft konnte sich nun auch in den proletarisch geprägten Orten und Städten Ostthüringens etablieren. Die Entnazifizierung hatte 1945 zunächst weitreichende Ziele, die bald vor allem mit den wirtschaftlichen Erfordernissen der Nachkriegszeit in Konflikt gerieten: Angesichts des notwendigen Wiederaufbaus und der Sicherung des alltäglichen Überlebens konnte und sollte auch hier nicht auf die NS-Belasteten verzichtet werden, musste und wollte man wie in den anderen Besatzungszonen Kompromisse eingehen. Auch, aber nicht nur deshalb blieben Anhänger*innen und Aktive des NS-Regimes verschont. Zudem konnten sie mit gefälschten Lebensläufen oder falschen Entnazifizierungs-Bezeugungen von Freund*innen und Bekannten aufwarten, die nicht immer aufzuklären waren.

Damit wurden sowohl ein Einrichten in der DDR als auch neue Karrieren ehemaliger Nationalsozialist*innen möglich. Das blieb zwar nicht unbemerkt, stieß Antifaschist*innen und ehemalige Widerstandskämpfer*innen vor den Kopf, setzte sich aber als herrschende Linie durch. In Familien-, Freundes- und Kolleg*innenkreisen konnten alte Ideologien und Überzeugungen nicht nur überdauern, sondern ebenso weitergegeben werden wie nationalsozialistische Literatur, Orden, Abzeichen und andere Devotionalien. Das alles war nicht vergleichbar mit den Entwicklungen in der Bundesrepublik, wo ehemalige Diener*innen des NS-Staates bald einen gesetzlichen Anspruch auf Rückkehr in ihre alten Positionen erhielten, sondern blieb im privaten und familiären Umfeld. Ein wirksames Mittel zur Überwindung alter NS-Ideologien aber fand die DDR zu keiner Zeit.

In den 1950er-Jahren wurden viele der „Ehemaligen“ kritisch beäugt, soweit sie bekannt waren oder erkannt wurden. Möglicher Besitz von Waffen und die mit der Entnazifizierung einhergegangene personelle Konzentration in produzierenden Betrieben blieben im Blick der Sicherheitsbehörden. Die anhaltenden Parteiausschlüsse aus der SED dokumentieren ebenfalls den Versuch, ehemaligen aktiven Nationalsozialist*innen und anderen Anhänger*innen des NS-Regimes Grenzen zu setzen. Aber auch dabei wurden Ausnahmen bewusst zugelassen. Insgesamt ist für den neuen Bezirk Gera in diesem Jahrzehnt festzuhalten, dass nationalsozialistisches Denken und Handeln für die Sicherheitsbehörden vorrangig retrospektive Themen waren. Erst zum Ende der 1950er-Jahre hin berichteten Polizei und Staatssicherheit über rechtsextreme Propagandadelikte und Gruppenbildungen. Soweit die Akten aussagen, blieben letztere zumeist kurzlebig, wurden schnell erkannt und bekämpft. Das genaue Gegenteil geschah in Jena. Hier ermittelten Polizei und Staatssicherheit äußerst schleppend gegen junge Anhänger*innen des Nationalsozialismus, bevor sie die Ermittlungen

1962 für die Anwerbung von Spitzeln nutzte, die zur Bekämpfung anderer oppositioneller Gruppen eingesetzt wurden. Auch der Schutz eines bereits vorhandenen Informanten war Argument dafür, die Strafverfolgung der ab 1960 regelmäßig auftauchenden antisemitischen und NS-Schmierereien zu verhindern. Insofern ergab sich hier ein gewisses Arrangement zwischen den Sicherheitsbehörden und jungen Anhänger*innen des Nationalsozialismus, das deren Strafverfolgung verhinderte, obwohl die gesetzliche Grundlage dies forderte. Auffällig ist in dieser Phase auch ein sehr unterschiedliches Vorgehen gegenüber Gruppen, die ohne Gerichtsverfahren aufgelöst wurden, und der Gruppen „Deutsche Widerstandsbewegung“ in Rudolstadt: Dort waren wohl die Rolle eines Übersiedlers aus der Bundesrepublik und die offen geäußerte Ablehnung der DDR Grund für hohe Haftstrafen. Ob sich neben den meist kurzlebigen Gruppen außer in Jena auch anderswo längerfristig aktive Strukturen herausbilden konnten, muss offenbleiben. Die Akten der Sicherheitsbehörden zeigen keinerlei Hinweise dafür. Es bleibt aber festzuhalten, dass Versuche zum Aufbau neonazistischer Strukturen hier wie in der gesamten DDR seit Ende der 1950er-Jahre immer wieder auftraten. Die Maßnahmen der Polizei und Staatssicherheit schreckten nicht davon ab. Auch das Erziehungs- und Bildungssystem stieß trotz aller antifaschistischen Ziele und Bekenntnisse an seine Grenzen.

Ab den späten 1970er-Jahren zeigte sich dann eine Entwicklung, die innerhalb kurzer Zeit zur Herausbildung einer starken, widerstandsfähigen und sehr selbstbewussten Skinhead- und Neonazilandschaft führte, die auch für Gera, Jena und andere Orte entlang der heutigen Thüringer Städtekette belegt ist. Die politisch Verantwortlichen wie auch Staatssicherheit und Polizei waren überfordert. Zu einer zutreffenden Analyse zeigten sie sich unfähig und wenig bereit. Sie hielten stattdessen daran fest, dass es sich hier um ein Jugendproblem handele, das vorrangig der „politisch-ideologischen Diversion“ des Westens geschuldet sei. Die Mittel zur Bekämpfung der Gefahr von rechts wurden somit falsch gewählt und konnten die schnelle Ausbreitung nationalsozialistischer Ideologie nicht aufhalten. Im Bezirk Gera hatten sich Mitte der 1980er-Jahre längst stabile rechtsextreme Strukturen mit großer Ausstrahlung auf Schüler*innen und junge Auszubildende herausgebildet, als der Überfall auf ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche 1987/88 eine öffentliche Haltung dazu und ein verstärktes Eingreifen erzwang. Letzteres blieb allerdings halbherzig: Nach wie vor dominierte die Behauptung, der DDR-Rechtsextremismus sei im Wesentlichen ein Importprodukt aus der Bundesrepublik. Die daraufhin eingeforderten Berichte aus den Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit blieben Monat für Monat lückenhaft und oberflächlich. Zumindest zum Teil wirkten sie wie eine bewusste Verfälschung der Wirklichkeit. Hinzu kam eine im Bezirk Gera merkwürdig anmutende polizeiliche und strafrechtliche Vorgehensweise: Mehrfach wurden Polizei und Staatsanwaltschaften erst nach mehreren Übergriffen innerhalb kurzer Zeit tätig, in verschiedenen Fällen dauerte es Tage, bevor ein Polizist Vorfälle überhaupt anzeigte. Ob das, wie von Zeitzeug*innen bisweilen vermutet, dem geschuldet war, dass einzelne Neonazis Eltern oder andere nahe Verwandte im Sicherheitsapparat hatten und aktiv geschützt wurden, bleibt offen. Im Rahmen der hier angestellten Recherchen konnten keine solchen Verwandtschaftsverhältnisse ermittelt werden. Als zweite Interpretationsmöglichkeit bleibt, wie auch für den Beginn der 1960er-Jahre, das Vorhandensein gewisser Arrangements zwischen Rechtsextremen einerseits, Polizei und/oder Staatssicherheit andererseits, beispielsweise ein bewusstes oder unbewusstes Absprechen von Handlungsspielräumen für Skinheads und Neonazis. Auch das kann aus den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen, aber aus verschiedenen Abläufen heraus angenommen werden.

Die überwiegend proletarische Sozialstruktur der Skinheads und Neonazis, die im Rahmen von Straftaten von der Polizei im Bezirk Gera über die Jahre hinweg ermittelt, befragt oder vernommen wurden, ist mit den aus anderen Untersuchungen bekannten²⁴⁸ nahezu deckungsgleich. Sie weist als eindeutigen Schwerpunkt junge Arbeiter*innen in niedrigqualifizierten Berufen und Auszubildende für gleichartige Berufszweige auf. Auch für die betroffenen Elternhäuser galt dieser Status nahezu durchgängig. 1962/63 und 1988/90 sind über 100 Skinheads und Neonazis aus Gera, Jena und Stadtroda in den Akten von Polizei, Staatsanwaltschaften und Staatssicherheit registriert. Der Anteil von höher qualifizierten Angestellten oder Wissenschaftler*innen liegt sowohl bei den Täter*innen als auch bei den Elternhäusern bei nahe null Prozent. Das änderte sich in Ostthüringen offenbar erst mit der Schüler*innengeneration, über deren Eintauchen in die Szene die Staatssicherheit Ende in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre berichtete – bei Uwe Mundlos zum Beispiel, dessen Vater als Mathematiker an der Universität arbeitete, oder bei Uwe Bönnhardt, dessen Eltern als Ingenieur beziehungsweise als Lehrerin tätig waren. Auch eine auffällige Häufung einzelner Berufsgruppen innerhalb von Gruppierungen ist festzustellen. Die ist mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen, dass die entsprechenden Berufsschulen und Lehrlingswohnheime die Orte waren, in denen neue Gruppenmitglieder geworben wurden. Andere dafür wichtige Orte waren allgemeinbildende Schulen oder gemeinsame Heimaufenthalte.

Rolle der Zivilgesellschaft

Von einer Zivilgesellschaft, die sich gegen das Entstehen und Auftreten der neuen Rechtsextremen zur Wehr setzte, war bislang keine Rede, und das aus gutem Grunde: Es finden sich schlichtweg keinerlei Hinweise auf ihr Vorhandensein. Wenn Staatssicherheit und Polizeibehörden hin und wieder über mangelnde Mitarbeit der Bevölkerung klagten, so war damit aller Wahrscheinlichkeit nach weniger eine Zivilgesellschaft im heutigen Sinne gemeint als vielmehr eine Bereitschaft zu Spitzeleien oder zu belastenden Aussagen. Es gab aber durchaus auch manchen Vorgang, zu dem es Hinweise auf offene Ablehnung rechtsextremer Aktivitäten oder gar auf ein Einschreiten hätte geben können. Bei den wehrsportgruppenähnlichen Vorkommnissen Anfang der 1980er-Jahre in Graitschen ist stattdessen ein Mitmachen von Kolleg*innen und Nachbar*innen dokumentiert, angesichts der Verlegung der mongolischen Vertragsarbeiter*innen nach Kahla 1981 eine mit rassistischen Stereotypen unterlegte kollektive Ablehnung seitens der Einwohner*innenschaft. Nach dem vor einem Publikum von etwa 200 Menschen erfolgten Gewaltausbruch gegenüber einem kubanischen Vertragsarbeiter 1981, ebenfalls in Kahla, berichtete die Polizei nicht von Hilfe für den Überfallenen, sondern von „Kubaner raus“- Sprechchören. Und als in Jena im August 1989 Neonazis zum Ausländerwohnheim marschierten, beschränkte sich die Aufforderung eines nebenan Wohnenden laut Zeug*innenaussagen auf ein: „Seid mal ruhig“, das mit „Halts Maul, Ausländerfreund“²⁴⁹ beantwortet wurde.

²⁴⁸ Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller: Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 19 ff.; Gunhild Korfes: „Seitdem habe ich einen dermaßen Hass.“ Rechtsextremistische Jugendliche vor und nach der Wende. Exemplarische Biographien, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder, a.a.O., S. 47 ff.

²⁴⁹ LATH-StA Rudolstadt: Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land, Signatur 2001, Bl. 60.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ermittlungsakten interessant, in denen Eltern und Arbeitskolleg*innen zu den Aktivitäten ihrer Kinder und Kolleg*innen befragt wurden: Auch dort findet sich keine wirkliche Empörung darüber. Stattdessen dominieren bei den befragten Arbeitskolleg*innen Entlastungsversuche durch die Bezeugung guter Arbeitsleistungen, bei den Eltern die Leugnung von Zugehörigkeiten zu Skinhead- und Neonazigruppen, Beschwichtigungen oder Hinweise auf falschen Umgang. Ausdrückliches Engagement gegen Rechtsextremismus war vorerst wenigen entstehenden Gruppen u. a. in Berlin, Potsdam, Dresden und Halle vorbehalten, nach deren Vorbild sich 1989 auch in Gera und Jena junge Menschen als Autonome Antifa organisierten. Sie wurden schnell als gesellschaftliche Außenseiter*innen oder, wie oben gesehen, als „Pseudointellektuelle“ stigmatisiert.

Dass sich im Wendeherbst 1989 erste Ansätze zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten über die jungen Antifagruppen hinaus zu zeigen begann, ist in den „Nazis raus“-Rufen der Jenaer Kundgebung am 25. Oktober 1989 dokumentiert. Christoph Schulze stellte 2021 den besonderen Stellenwert einer aktiven Zivilgesellschaft gegen rechts heraus:

„Dass die Einflussmöglichkeiten des Rechtsextremismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft insgesamt beschränkt blieben, ist zu einem großen Anteil ein Verdienst des politischen Widerstandes, der ihm gesellschaftlich entgegengebracht wurde. Immer wieder haben sich Menschen den rechtsextremen Aktivitäten entgegengestellt.“²⁵⁰

Es kann nur darüber spekuliert werden, ob rechtsextreme Entwicklungen in der Spätphase der DDR anders verlaufen wären, wären sie auf den Widerstand einer entschiedenen Zivilgesellschaft getroffen. Anfang der 1990er-Jahre hätte ein Mehr an zivilgesellschaftlichem Widerstand die Entwicklungen hin zum Thüringer Heimatschutz und zu den Morden des NSU verändern können. Geschichte und Entwicklung rechtsextremen Denkens und Handelns sind untrennbar mit dem Denken und Handeln zivilgesellschaftlich engagierter Gruppen verbunden. Deren vielfältige Beschränkungen im Thüringen nach 1989 durch die Landespolitik sowie die neu geschaffenen Sicherheitsbehörden aufzuarbeiten, wäre eine lohnende Aufgabe. Spannend wäre auch eine Untersuchung dazu, wie verbreitet die Anfang der 1980er-Jahre von der Staatssicherheit Jena formulierte totalitarismustheoretische Sicht auf die konträren oppositionellen Bewegungen (rechtsextremistische Schüler*innen und Jenaer Friedensinitiativen) in den Sicherheitsbehörden der DDR war – oder es sich hierbei um eine regionale Spezialität handelte, die über die Wende hinweg tradiert und in den 1990er-Jahren gegen engagierte Thüringer Antifaschist*innen gerichtet wurde.

²⁵⁰ Christoph Schulze: Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden 2021, S. 216.

Eine kurze Chronik

April 1945: Befreiung Thüringens vom Nationalsozialismus

August 1945: Am Ende dieses Monats sind im Rahmen der Entnazifizierung u. a. 8 Oberbürgermeister*innen und 13 Landrät*innen abgesetzt.

September 1946: Die CDU in Thüringen gibt einen Anteil von etwa 10% früherer Nationalsozialist*innen an ihrem Mitgliederbestand an, die LDPD etwa 8%, für die SED wird ein ähnlich hoher Anteil geschätzt.

1947: Jussuf Ibrahim erhält die Ehrendoktorwürde der Stadt Jena. Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur war er an Euthanasieverbrechen beteiligt.

Mitte 1948: Die Entnazifizierung wird in Thüringen für abgeschlossen erklärt. 155.000 Menschen wurden überprüft – davon zwei Drittel entlassen oder anderen Beschränkungen unterworfen.

Sommer 1949: Das Innenministerium holt Auskunft zu ehemaligen Mitgliedern der NSDAP ein, die noch in der Verwaltung tätig sind.

September 1951: Die SED berichtet für Thüringen von 375 früheren Angehörigen nationalsozialistischer Organisationen, die zwischenzeitlich der Partei angehört hatten und nun ausgeschlossen wurden.

1959: Das Ministerium für Staatssicherheit zählt 1.418 „Hetzlosungen und faschistische Schmierereien“. Für Ostthüringen berichtet die Polizei erstmals über Hakenkreuzschmierereien, u. a. in Jena und Greiz. Als Täter*innen werden zumeist Jugendliche genannt.

4. Januar 1960: NS-Symbole und antisemitische Parolen werden in Jena an 19 öffentlichen Plätzen aufgemalt. Staatssicherheit und Polizei bilden eine gemeinsame Ermittlungsgruppe. Bis Mitte Februar werden im Bezirk Gera 44 ähnliche Delikte gezählt, Schwerpunkte liegen in den Kreisen Jena, Pößneck und Rudolstadt.

März 1960: Im Kunstfaserwerk Rudolstadt wird eine „Deutsche Widerstandsbewegung“ angezeigt, die Gruppe aus Auszubildenden wird zerschlagen und verurteilt.

September 1960: Schändung des Ehrenmals der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Jena

1961: In Zeulenroda wird eine „Faschistische Lehrlingspartei“, bestehend aus Auszubildenden des VEB Kreisbaubetriebes, entdeckt und aufgelöst.

1961: Ermittlung einer Gruppe in Bad Blankenburg, die sich Mitgliedsausweise und Armbinden mit Hakenkreuzen hergestellt hat. Dabei handelt es sich um neun Schüler*innen eines Kinderheims, die daraufhin aus der FDJ ausgeschlossen werden.

Januar 1962: Die Polizei in Stadtroda stellt zwei Haftbefehle gegen Jugendliche des Jugendwerkhofs in Wolfersdorf aus. Die hätten „den Faschismus verherrlicht“. Diese Einstellung sei im Jugendwerkhof weit verbreitet.

November 1962: Erst jetzt und nur bis Februar 1963 bearbeiten Staatssicherheit und Polizei die andauernden Hakenkreuzschmierereien in Jena „zielgerichtet“. Unter Verdacht steht eine Gruppe junger Arbeiter*innen, zu einer Anklage kommt es nicht. 1965 wird der Vorgang in den Archiven der Staatssicherheit abgelegt.

Juni 1975: In einer Gaststätte in Kahla greift ein Mann zwei Algerier an, die angeblich seine Tochter belästigt hätten. Diese bestätigt die Belästigung nicht.

Oktober 1976: In Saalfeld wird mit der „Puschkinparkgruppe“ eine Gruppe zerschlagen, in der sich die Ablehnung der DDR mit nationalsozialistischen Überzeugungen verband. Fünf Personen werden verurteilt.

20. April 1978: Etwa ein Dutzend Jugendlicher feiern in Bad Blankenburg den Geburtstag Adolf Hitlers. Wenig später tritt in Crossen bei Eisenberg eine Gruppe junger Erwachsener öffentlich mit nationalsozialistischem Gedankengut auf. In Neustadt/Orla gründen junge Männer 1978 eine Gruppe namens „Wölflinge“, die bald zerschlagen wird.

1979: Die Polizei beschreibt für den Bezirk Gera, dass besonders an Schulen im Kreis Jena und an Internaten der Jenaer Großbetriebe die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes festzustellen sei.

Juni 1980: Die Polizeibehörde berichtet für Gera und Jena über die Herausbildung von Gruppierungen mit militaristischem und neofaschistischem Gedankengut an Polytechnischen Oberschulen und Betriebsberufsschulen.

Februar 1981: In Graitschen bei Jena wird eine Gruppierung junger Arbeiter*innen des VEB Zeiss bekannt, die wehrsportähnliche Veranstaltungen durchführen. Kolleg*innen und Nachbar*innen beteiligen sich daran. Die Gruppe wird von der Staatssicherheit aufgelöst.

März 1981: Eine Gruppe mongolischer Vertragsarbeiter*innen wird in Kahla untergebracht, nachdem es in Jena zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit einer Gruppe Deutscher gekommen war. Die Einwohner*innen in Kahla lehnen das ab. Zu einer Veranstaltung im Haus der Jugend kommen deutsche Jugendliche mit Messern und Schlagwaffen.

28. März 1981: Zwei deutsche Männer schlagen bei einer Veranstaltung in Kahla einen kubanischen

Vertragsarbeiter zusammen. Die Polizei bringt den Vertragsarbeiter in der Polizeistation in Sicherheit. Vor dem Polizeigebäude versammeln sich etwa 150 Menschen, Pfiffe und Gejohle sind zu hören, auch Rufe wie „Kubaner raus“.

Oktober 1982 bis Januar 1983: Wiederholte tätliche Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und namibischen Vertragsarbeiter*innen des Möbelkombinats Zeulenroda. Die Polizei ermittelt, dass die Auseinandersetzungen jeweils aufgrund der „negativen Einstellung“ der Deutschen gegenüber den namibischen Vertragsarbeiter*innen provoziert wurden.

1984: In Gera entstehen laut Staatssicherheit ab Anfang des Jahres zunächst im Neubaugebiet Gera-Lusan die für die Etablierung der rechten Szene „bestimmenden Kräfte“ und deren Zusammenschlüsse. Auch in Jena bildet sich 1983/84 laut späteren Aussagen eine erste rechtsextreme Clique, die zumindest bis 1990 aktiv bleibt.

Mai 1984: In diesem Monat beginnt eine Serie des Sprühens von NS-Parolen und Symbolen in Greiz. Die Polizei dehnt die Ermittlungen auf die Nachbarorte Zeulenroda und Reichenbach aus, eine Aufklärung und Strafverfolgung erfolgt nicht.

Juni 1984: In einem Wehrausbildungslager Jenaer Schüler*innen treten Jugendliche offen neonazistisch auf. Die Staatssicherheit weist mit Blick auf die Jenaer Friedensinitiativen auf eine angebliche Übereinstimmung „feindlich initiiertes pseudo-pazifistischer Kräfte und der sichtbar werdenden Haltungen von Faschismus und Neofaschismus“ hin.

Oktober 1986: In einem Wehrausbildungslager Geraer Schüler*innen treten Jugendliche offen neonazistisch auf.

Frühjahr 1987: Im Rahmen einer Veranstaltung der Jungen Gemeinde Stadtmitte schlagen etwa 30 Skinheads Punker*innen zusammen.

Oktober 1987: Besucher*innen eines Konzerts in der Berliner Zionskirche werden von Skinheads überfallen und zum Teil zusammengeschlagen.

November 1987: Im Foyer des Geraer Interhotels tritt eine Gruppe Neonazis offen auf. Sie führt außerdem Wehrsportübungen im Stadtwald durch. Die Staatssicherheit leitet die operative Personenkontrolle „Contra“ ein. Die Gruppe tritt als „Deutsche Aktionsfront“ auf.

Dezember 1987: Die Staatssicherheit meldet für den Bezirk Gera keine Skinheadgruppen mit festen Organisationsformen, sieht aber eine spürbare Tendenz, die sie dem Vorfeld der Skinheadbewegung zuordnet. Schwerpunkte seien in Gera, Jena und Stadtröda, wobei es seit September 1987 zu einer Verlagerung nach Jena gekommen sei.

11. Februar 1988: 30 Skinheads zeigen in Gera während einer Veranstaltung im „Klub der Jugend und Sportler“ Hitler-Grüße.

20. Februar 1988: „Sieg-Heil“-Rufe im Geraer „Klub der Jugend und Sportler“

März 1988: Die Staatssicherheit meldet in ihrem Bericht für den gesamten Bezirk Gera offiziell 20 „Skinheads/Neos/Faschos“.

März 1988: In Rudolstadt ermittelt die Staatssicherheit mit einer operativen Personenkontrolle unter der Bezeichnung „Gruppe“ gegen Neonazis. Die Ermittlungen werden im September 1988 ergebnislos eingestellt.

April 1988: Die Staatssicherheit berichtet über die zunehmende Ausbreitung rechtsextremer Ideologie bei 14- bis 16-Jährigen in Jena.

29. April 1988: Angriff von Skinheads auf Jugendliche mit Antikriegsstickern im Klubhaus „Walhalla“ in Gera

Juli 1988: Rechtsextreme Hooligans aus dem Umfeld des Fußballklubs Wismut Gera führen ein Turnier Gleichgesinnter durch.

Oktober 1988: Das Ministerium für Staatssicherheit zählt für Thüringen offiziell 39 Skinheads im Bezirk Gera, 38 im Bezirk Erfurt und 26 im Bezirk Suhl.

November 1988: Im Geraer Jugendklub „33. Jahrestag der DDR“ erhebt ein Teil des Publikums die Arme zum Hitlergruß mit entsprechenden Rufen.

Dezember 1988: Unter dem Codewort „Glatze“ beginnen Ermittlungen gegen eine Gruppe Neonazis in Jena.

11. Februar 1989: In Gera überfallen Skinheads in der Gaststätte „HOG Sonneneck“ eine andere Gruppe. Einige der Täter*innen werden verhaftet und verurteilt.

18. Februar 1989: Geraer Skinheads randalieren in einer Straßenbahn und marschieren zur Untersuchungshaftanstalt, in der ihre Gesinnungsgenoss*innen sitzen.

März 1989: Eine Geburtstagsfeier eines Geraer Neonazis wird zum Ausgangspunkt u. a. eines Überfalls auf Punker*innen. Nachdem die Polizei die Feier auflöst, zieht eine Gruppe mit „Sieg-Heil“-Rufen weiter. Erst als zwei Tage später erneut Punker*innen überfallen werden, kommt es zu Verhaftungen und Anklagen gegen einige Täter*innen.

20. April 1990: Jenaer Skinheads versuchen, ein besetztes Haus in Jena-Ost anzugreifen. Die Polizei verhindert den Angriff.

30. April 1989: Überfall einer Gruppe deutscher Männer auf 20 mosambikanische Vertragsarbeiter*innen in Bad Blankenburg.

Juni 1989: Ein Rudolstädter Skinhead tritt wiederholt öffentlich u. a. mit „Sieg-Heil“-Rufen auf. Er wird angeklagt und verurteilt, schließt sich dann den Neonazis in Gera an.

August 1989: In Jena läuft eine operative Personenkontrolle unter dem Codewort „Glatze“. Trotzdem schätzt die Staatssicherheit eine Skinheadgruppe „als eine lose Gruppierung ohne feste Treffpunkte und -zeiten sowie ohne typische Gruppenstruktur“ ein.

5. August 1989: Eine Gruppe bekannter Arnstädter Neonazis begeht während eines Konzertes in Königsee eine Serie gewalttätiger Übergriffe und anderer Straftaten. Fünf Männer werden später verhaftet und verurteilt.

13. und 21. August 1989: Jenaer Neonazis greifen ein Wohnheim an, in dem ausländische Gruppen untergebracht sind. Obwohl über 20 Beteiligte ermittelt werden, werden nur zwei von ihnen angeklagt und verurteilt.

Ende August 1989: Die Staatssicherheit meldet für den Bezirk Gera 40 namentlich bekannte Skinheads mit Schwerpunkten nach wie vor in Gera, Jena und Stadtroda. Es seien mehrere Werbungen sowie 8 Ermittlungsverfahren mit Haft erfolgt. Die „politisch-operative Lage in diesem Personenkreis“ sei damit „stabilisiert“ worden.

6. Dezember 1989: Aufgrund einer Amnestie des DDR-Staatsrates kommen verurteilte rechte Straftäter*innen frei und werden erneut in der rechten Szene aktiv.

21. Dezember 1989: Wiederholte gewalttätige Überfälle Jenaer Skinheads auf dem „Platz der Kosmonauten“

31. Dezember 1989: Anschlag auf den sowjetischen Ehrenhain am Geraer Ostfriedhof. Kurz darauf wird ein Wohnblock sowjetischer Menschen mit Steinen beworfen. In Erfurt schlagen Skinheads Passant*innen zusammen.

5. April 1990: Bombendrohung gegen ein Wohnheim ausländischer Vertragsarbeiter*innen in Gera

5. Mai 1990: Bombendrohung gegen ein Wohnheim ausländischer Vertragsarbeiter*innen in Saalfeld

24. Mai 1990: Erneuter Angriff Jenaer Neonazis auf das besetzte Haus in Jena-Ost: Einrichtungsgegenstände und Fenster werden zerschlagen, Türen eingetreten, Bewohner*innen zusammengeschlagen. Obwohl deutlich mehr Beteiligte ermittelt werden, werden nur drei verurteilt.

Juni 1990: In einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung fordern Jenaer Neonazis ein Haus für sich.

August 1990: Erster Landesparteitag der NPD in Thüringen. Zum Landesvorsitzenden wird Andre Bracke aus Gera gewählt. Bei Abstimmungen erhebt ein Mann jeweils seinen rechten Arm zum Hitler-Gruß.

24./25. August 1990: Wiederholt tritt eine Gruppe gewalttätiger Skinheads vor einem Jugendklub in Jena-Winzerla auf. Am 25. August kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

2. Oktober 1990: In Weimar, Erfurt und Jena greifen Neonazis besetzte Häuser an, in Eisenach ein Wohnheim von Vertragsarbeiter*innen.

Literaturverzeichnis

Literatur

- Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher:** Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012.
- Reinhold Billstein:** Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1985 (2. Auflage).
- Marcus Böick/Anja Hertel/Franziska Kuschel (Hrsg.):** Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte, Berlin: Metropolis 2012.
- Frank Boblenz:** Zur Überlieferung aus dem Bestand „NS-Archiv des MfS“ im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, in: Archive in Thüringen 2/2006.
- Ralf Borchert:** „...bisschen was Derberes“. Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar, Jena 2004.
- Gideon Botsch/Friedrich Burschel/Christoph Kopke/Felix Korsch (Hrsg.):** Rechte Ränder – Faschismus, Gesellschaft und Staat, Berlin 2023.
- Frank Döbert:** Nie gesühnte Verbrechen. Das Jenaer Polizeibataillon 311 im Zweiten Weltkrieg, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, Ausgaben 40, 42, 44 und 46.
- Jens-F. Dwars/Mathias Günther (Hrsg.):** Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen, Jena 2001.
- Walter Friedrich:** Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Schkeuditz 2002.
- Rainer Fromm:** Rechtsextremismus in Thüringen, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992.
- Christian Fuchs/John Goetz:** Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 2012.
- Martin Greiffenhagen:** Fünf Millionen Deutsche – "Wir sollten wieder einen Führer haben ..." Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981
- Robert Harnischmacher (Hrsg.):** Angriff von rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen, Rostock/Bornheim-Roisdorf 1993.
- Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.):** Nationalsozialismus in Thüringen, Köln 1995.
- Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth:** Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992.
- Friedrich Kiessling/Christoph Safferling:** Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, München 2021 (2. Auflage).
- Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.):** Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Schriften Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 5, Berlin 2000.
- Andreas Klärner:** Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008.
- Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller:** Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990.
- Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hrsg.):** Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Diskussion, Erfurt 1992.
- Annette Leo/ Peter Reif-Spirek (Hrsg.):** Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999.

Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001.

Sandra Meenzen: "Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit": SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research, 35 (3).

Henning Pietzsch: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970 bis 1989, Köln 2005.

Geralf Pochop: Untergrund war Strategie. Punk in der DDR zwischen Rebellion und Repression, Bonn 2018.

Matthias Quent: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim 2019 (2. Auflage).

Bodo Ramelow (Hrsg.): Shreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen, Hamburg 2013.

Bodo Ramelow (Hrsg.): Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012.

Kai Richarz: Neonazis hinterm Rennsteig – verzögert, ausgebremst und doch etabliert. Entwicklungen und gesellschaftlicher Umgang im (ehemaligen) Bezirk Suhl, Masterarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2022.

Jens Schley: Quellen zur Geschichte Thüringens. Thüringen 1945, Januar bis Juni, Kriegsende und amerikanische Besatzung, Erfurt 2016.

Christoph Schulze: Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden 2021.

Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991.

Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949 bis 1985, Frankfurt am Main 1985.

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.

Gerhard Stuby/Martin Kutscha: Handhaben gegen den Neofaschismus in Grundgesetz und Völkerrecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1980.

Rüdiger Stutz/Matthias Mieth (Hrsg.): Jena. Lexikon zur Stadtgeschichte, Jena 2018.

Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten/Studienkreis deutscher Widerstand 1933 bis 1945 (Hrsg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 bis 1945, Band 8: Thüringen, Frankfurt am Main 2003.

Heinz Voigt: Weg mit Ulbricht – gebt uns Freiheit und was zum Fressen. Vor fünfzig Jahren wurde in Jena eine jugendliche Widerstandsgruppe zerschlagen, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, Ausgabe 3/2013.

Bernd Wagner: Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2018 (zweite Auflage).

Harry Waibel: Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR, Frankfurt am Main 2014.

Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017.

Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, e-Dokumentation antisemitischer, rassistischer und neonazistischer Propaganda- und Gewaltstraftaten, nach Bezirken und chronologisch geordnet, Stuttgart 2017.

Helga A. Welsh: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945 bis 1948), München 1989.

Archivbestände

Bundesarchiv/Stasi-Unterlagenarchiv (BA-StUA)

MfS, BV Gera, Abt. XX SA 190	MfS, HA IX / MF I 15591
MfS, BV Gera, Abt. XX SA 196	MfS, HA XX / AKG 5939
MfS, BV Gera, Abt. XX SA 259	MfS, HA XX, Nr. 11196
MfS, BV Gera, AG XXII 0239	MfS, HA XX, Nr. 2360
MfS, BV Gera, AKG 4742	MfS, ZAIG, Nr. 256
MfS, BV Gera, AOP 1630/65	MfS, ZAIG 3120
MfS, BV Gera, 1289162	MfS, ZAIG 20633
MfS, BV Gera, 1630/65	MfS ZOS Nr. 1893
MfS, HA II, Nr. 31940	MfS ZOS Nr. 2858
MfS, HA IX / MF I 11884	

Staatsarchiv Rudolstadt (LATH-StA Rudolstadt)

Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, VPKA Gera
 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, VPKA Jena
 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, VPKA Rudolstadt
 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, VPKA Saalfeld
 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Gera, VPKA Stadtroda
 Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Stadt
 Kreisstaatsanwaltschaft Gera-Land
 Kreisstaatsanwaltschaft Rudolstadt
 Kreisstaatsanwaltschaft Saalfeld
 Kreisstaatsanwaltschaft Stadtroda
 Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena-Land

Staatsarchiv Weimar

NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit, Signatur ZA VI 4244

Stadtarchiv Jena

Sammlung Volkswacht
 Sammlung Ostthüringer Nachrichten
 Sammlung Thüringer Landeszeitung

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte

Unterlagen zum Stadtrundgang „Angstzonen & Schutzräume“

Impressum

Autor: Michael Ebenau

Foto auf dem Cover: Eingangsbereich zum Jugendclub „Altes Gut“ in Jena-Burgau (Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Rudolstadt, Kreisstaatsanwaltschaften Jena-Stadt und Jena Land Nr. 2149, Bl. 10)

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena
Tel.: 03641 - 27 19 403
E-Mail: mail@idz-jena.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen
Futterstraße 20 | 99084 Erfurt
Tel.: 0361- 55 04 115
E-Mail: thuringen@rosalux.org



Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung | Novalisstraße 12 | 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Website: www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bezug: Die Publikation kann unter bestellung@idz-jena.de bestellt und unter www.idz-jena.de sowie <https://th.rosalux.de> heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-940878-82-3

Gestaltung: timespin Digital Communication GmbH

Das IDZ wird gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt).



Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

JENA VOR DEM NSU – RECHTSEXTREMISMUS BIS 1990 IN JENA UND OSTTHÜRINGEN

Im November 2011 wurde Jena international als Ursprungsort des NSU bekannt: Die Haupttäter*innen kamen aus Jena und ermordeten zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter – und sie verletzten viele Menschen bei Banküberfällen und Sprengstoffanschlägen.

Bevor die Haupttäter*innen in den Untergrund abtauchten, waren sie im Thüringer Heimatschutz (THS) aktiv – der THS und die Vorläufer-Organisationen Kameradschaft Jena und Anti-Antifa Ostthüringen sind inzwischen vielfach analysiert worden. Über historische Kontinuitäten in Ostthüringen ist dagegen wenig bekannt, deren Betrachtung beginnt zumeist erst in der Wendezeit 1989/90. Neonazis aber gab es in Jena und anderen Städten in Ostthüringen schon davor. Als Mitglieder einer rechtsextremen Partei Ende Dezember 1959 die Kölner Synagoge mit antisemitischen Schmierereien schändeten, folgten wenig später beispielsweise ähnliche Taten auch in Jena. Und als die Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 in der Bundesrepublik mit dem rechtsextremen Terroranschlag auf das Oktoberfest bekannt wurde, identifizierte die Staatssicherheit bald auch eine Gruppe von Arbeitern des VEB Zeiss, die unter Kolleg*innen und Nachbar*innen als „Wehrsportgruppe“ bekannt war. Die Monate nach der politischen Wende im Herbst 1989 brachten wiederum vielerlei neue Handlungsmöglichkeiten für den Rechtsextremismus auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR.

Mit zahlreichen Quellen rekonstruiert Michael Ebenau, wie Alt- und Neonazis nach 1945 die faschistischen Ideologien und Symbole des Nationalsozialismus am Leben erhielten. Die regionalhistorische Studie bietet durch ihre historischen Kontextualisierungen einen detaillierten Einblick in die Kontinuitäten neonationalsozialistischer Strukturen nach der Befreiung Europas vom NS-Regime.

